

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM,
 wochentlich 28 Pf. für ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Beitrags-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhebt sich außer Montag.

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: St. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 14. April 1909.

Expedition: St. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Reichsfinanzreform und die Blockparteien.

Die Osterfeiertage haben die hinter den Kulissen betriebene Schanderei um die neuen Steuervorlagen für kurze Zeit unterbrochen. Es ist aber unzweifelhaft, daß die Unterhandlungen schon in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Weist Fürst Bülow auch fern von Berlin in der Lagunenstadt an der blauen Adria, so sind doch seine Agenten um so eifriger tätig, sich den Dank ihres Meisters zu erwerben. Und die bescheidenen wirtschaftlichen Interessen bestimmter konservativer Kreise arbeiten ihnen bei ihren Bemühungen direkt in die Hände. Mögen die Wortführer des Bundes der Landwirte noch so scharfe Anrufe gegen die Nachlasssteuer erlassen und den der ausgegebenen Kampfpapier nicht gehorchenden konservativen Elementen mit der Rache des Bundes drohen, so findet doch der robuste Widerstand der Dertel, Wangenheim und Oldenburg gegen die geplante Nachlass- oder Erbschaftsteuer in den nicht unter direkter Diktatur der Bündler stehenden konservativen Kreisen immer weniger Sympathie. Nicht nur die mittlere und kleinere Beamenschaft und der gewerbliche Mittelstand, die bisher der konservativen Fahne folgten, erheben Einspruch gegen die bündlerische Steuerpolitik, selbst in den Kreisen der strengen Agrarkonservativen gärt es, wie die Erklärung des Vorstandes des konservativen sächsischen Landesvereins beweist. Obgleich am 19. März die Nachlasssteuer von der Landesversammlung des Bundes der Landwirte für das Königreich Sachsen einstimmig unter beifolgendem Beifall angenommen worden ist, und obgleich ferner die Leiter des sächsischen konservativen Landesvereins mit den Führern der preussischen Konservativen Fühlung genommen und von diesen erjudet worden waren, jede Demonstration für die Nachlasssteuer zu unterlassen, hat dennoch der sächsische Landesverein in seiner am 6. April abgehaltenen Sitzung eine Resolution gefaßt, in der gefordert wird, daß die sogenannte Vermögenssteuer, insofern eine andere Einigung über sie nicht erfolge, am letzten Ende durch Erhebung der Reichs-Erbschaftsteuer auf die Anfälle an Abkömmlinge und kinderlose Ehegatten des Erblassers aufzubringen seien.

Das ist eine deutliche Abfegung an die Oppositionspolitik der Bundesleitung. Ein Teil des sonst so fähigen konservativen Aufgebots verfährt die Heeresfolge! Warum? Nach den eigenen Worten der Fahnenflüchtigen, weil die politische Lage Deutschlands eine schnelle Ordnung der Finanzen unbedingt erfordert und sie (die Fahnenflüchtigen), getrieben von ihrer Vaterlandsliebe, die sogenannten vaterländischen Interessen über ihre eigenen Interessen stellen. Ein niedliches Beispiel politischer Heuchelei! In Wirklichkeit sondern sie sich vom landbündlerischen Aufgebot ab, weil in der Frage der Erbschaftsteuer ihre wirtschaftlichen Interessen mit denen der ländlichen Großgrundbesitzer differieren. Welches Interesse hat zum Beispiel der mittlere und selbst der höhere Reichsbeamte ohne Ar und Galm daran, daß der großbäuerliche und ritterschaftliche Besitz von der Nachlasssteuer verschont bleibt und statt dessen durch eine Erhöhung der Ratifikationsbeiträge oder eine Reichseinkommensteuer sein Einkommen schärfer zur Steuer herangezogen wird? Ihm liegt vor allem daran, möglichst bald die geistlich vorgegebene Gehaltszulage zu erhalten. Damit er sie aber erhält, muß zunächst die Reichsfinanzlage geregelt werden. Deshalb sein „patriotisches“ Drängen nach einer baldigen Beseitigung des heutigen Zustandes. Ähnlich wie mit den Beamten steht es mit dem konservativen gewerblichen Mittelstande, der ebenfalls kein Interesse daran hat, daß der ländliche Großgrundbesitz von der Nachlasssteuer verschont bleibt und dafür ihm ein Teil der sonst durch die Nachlasssteuer aufgebrachtten Summen aufgebürdet wird. Dazu kommen dann noch die Sonderinteressen einer Reihe anderer konservativer Berufsschichten, z. B. der Offiziere, die die Vereinfachung weiterer Geldmittel zur Heeresvermehrung fordern, die ja zugleich ihre Aussichten auf schnelleres Advancement verbessern.

Alle diese Elemente sind mit dem unbedingten Widerstande der landbündlerischen Großagrarien gegen die Nachlasssteuer nicht einverstanden. Sie verlangen Nachgiebigkeit, damit die Reichsfinanzreform bald erledigt wird. Und die konservativen Führer werden, wenn sie nicht ihre bisherige Position und einen Teil ihrer Mittläuferschaft verlieren wollen, sich gezwungen sehen, nachzugeben und einer Erweiterung der Reichserbschaftsteuer zustimmen — natürlich nicht umsonst, sondern, wie sich von selbst versteht, gegen allerlei Zugeständnisse bei den anderen Steuern, besonders bei der Branntweinbesteuerung.

Und die Herren Freisinnigen und Nationalliberalen sind zu den weitesten Zugeständnissen bereit. Sie wollen um jeden Preis den Block erhalten, und um dieses hehren Zweckes willen, sind sie entschlossen, wenn es sein muß, auf alle ihre sogenannten liberalen Grundsätze zu verzichten und selbst das Branntweinhandelsmonopol mit in den Kauf zu nehmen. Wer daran noch den Versicherungen der freisinnigen Presse noch zweifelt, dem zeigt

es der am Mittwoch voriger Woche abgehaltene Parteitag der Freisinnigen Volkspartei Groß-Berlins, der von den Wiener und Konferten lediglich zu dem Zwecke arrangiert worden ist, Stimmung für ihre amphibische Politik zu machen und sich zugleich ein Vertrauensvotum ausstellen zu lassen — eine Absicht, die sie glänzend erreicht haben.

Gibt die Mehrzahl der Konservativen so weit nach, daß sie sich in irgend einer Form zur Annahme einer Erbschaftsteuererweiterung bequemt, die, wenn auch nicht die anfangs geforderten 100 Millionen Mark, so doch dem Reich alljährlich 50—60 Millionen einbringt, so werden sich die Freisinnigen nach einigem Sträuben nicht nur bereit finden lassen, für alle verlangten Verbrauchssteuern, nötigenfalls auch für den Kaffeestempel, zu stimmen, sondern obendrein noch den Agrariern auf Kosten der Volksmasse beim Branntwein allerlei profitable Entschädigungen zuzubilligen. Selbst die von konservativer Seite geforderten Garantien für die Abhebung der Finanzhoheit des Reichs werden schließlich die Freisinnigen von einem solchen Kompromiß abschrecken. Das Verlangen der konservativen Kompromißler, die freie Verfügung über die Ausgestaltung der Reichserbschaftsteuer solle für die Zukunft der Reichsregierung und dem Reichstage genommen und an die Zustimmung der einzelstaatlichen Landtage gebunden werden, hebt zwar die Finanzhoheit des Reichs auf und stellt in gewissem Sinne den Reichstag unter die Aufsicht der zu meist reaktionären, agrarischen Einzelstaaten; aber in ihrem Zustande politischer Degeneration sind die Freisinnigen zu jeder Konzession bereit, die ihnen noch eine Teilung die Stellung einer Art Regierungspartei sichert.

Nicht von den Freisinnigen, sondern lediglich von den Konservativen hängt es deshalb ab, ob der Block die Reichsfinanzreform durchführt. Verstehen sich die Konservativen dazu, aus ihren Reihen so viele Stimmen zu stellen, daß eine Erweiterung der Erbschaftsteuer zustande kommt, dann sind die Freisinnigen zum Vergessen aller ihrer gepriesenen liberalen Prinzipien bereit. Dann werden sie ohne Bedenken übersehen, daß sie noch vor kurzem verlangt haben, die Besteuerung des Vermögens müsse mindestens 100 Millionen Mark einbringen. Dann werden sie schließlich für alle geforderten Verbrauchssteuern und Zölle stimmen und den Konservativen als Entgelt für ihre vaterländische Aufopferung außerdem noch einige einträgliche Liebesgaben gewähren.

Das Blockkonsolidat hat den Freisinn demnach entwertet, daß er bereits alles Verständnis für die politische Situation verloren hat und allen Einflusses in der Nachlasssteuer eine liberale Forderung sieht, die durchzubrühen ihm als ein Sieg des liberalen Gedankens erscheint. In Wirklichkeit hat die Nachlasssteuer mit dem Liberalismus nichts zu tun. Ein Nachgeben der Konservativen in dieser Frage kann deshalb auch nicht als ein Zugeständnis der Agrarien an den Liberalismus, sondern höchstens als eine konservative Konzeption an die Regierungs-Steuerpolitik und an bestimmte Interessentengruppen innerhalb ihrer eigenen Anhängerschaft angesehen werden. Ob die Nachlasssteuer in irgend einer verformten Gestalt eingeführt wird oder nicht, die liberale Gedankenwelt gewinnt dabei keinen Zoll an Boden. Doch der Freisinn hat sich längst unter der glorreichen Führung der Wiener und Rugdan in eine solche passive Stellung drängen lassen, daß er in dem kleinsten Abstrich von den jeweiligen konservativen Forderungen bereits einen Sieg des Liberalismus erblickt. Schritt vor Schritt weicht er vor den konservativen Ansprüchen zurück, und die liberale Aera, von der bei Gründung des Bundes die liberalen Romantiker vom Schlage der Raumannen träumten, löst sich vollständig in ein nageltes Nebelgebilde auf.

Bürgerliche Demokraten.

Die „Demokratische Vereinigung“, die neue politische Gruppe um die Barth, Dreifeld und Gerlach herum, hat am 2. Osterfeiertag ihre erste Delegiertenversammlung abgehalten, über die wir an anderer Stelle ausführlicher berichten. Die Demokratische Vereinigung zählt jetzt 45 Vereine mit rund 5000 Mitgliedern, sodas ihre Führer auch für die Zukunft eine kräftige Entwicklung dieser neuen Partei erhoffen, die einen späten Versuch darstellt, wenigstens gewisse Teile des Bürgertums für die Demokratie zu gewinnen.

Wir haben wiederholt dargelegt, daß wir diesem Versuch von Herzen alles Gute wünschen. Wir können das umso mehr, als wir gleich verschiedenen Rednern des Delegiertentages der Ueberzeugung sind, daß sich kein einziger Klassenbewußter Arbeiter durch die Agitation der bürgerlichen Demokraten der sozialen Demokratie abspenstig machen lassen wird. Auch wäre es schlimm um unsere Verarbeitung bestellt, wenn die Sozialdemokratie auch nur bei der Gewinnung neuer Anhänger die Konkurrenz der bürgerlichen Demokraten befürchten müßte. Und wenn die Barth, Dreifeld, Gerlach auch noch so zuversichtlich hoffen mögen, durch ihre bürgerliche Demokratie schließlich die Sozialdemokratie durch eine innerliche Wandlung überwinden und ihren kollektivistischen Idealen entfremden zu können, so können wir umgekehrt diesem Beginnen mit der größten Zuversicht zusehen, daß eine bürgerlich-demokratische Partei schließlich doch nur eine Refunktionsschule für die Sozialdemokratie sein wird.

Wir haben also nicht den geringsten Grund, der Demokratischen Vereinigung nicht alles Gedeihen zu wünschen. Und wenn wir den

Verhandlungen des Delegiertentages einige kritische Blößen widmen, so geschieht das wahrhaftig nicht, um die neue „Partei“ herabzusetzen. Die Demokratische Vereinigung hat ja in ihrem Kampfe gegen den Blockfreisinn eine so rüstige Agitation entfaltet und auch auf dem Delegiertentag selbst so kräftige Proteste gegen die neue Steuerausföndung usw. eingelegt, daß man ihr ihres guten Willens wegen eher etwas nachsehen könnte. Unsere kritischen Bemerkungen sind deshalb nur gutgemeinte Ratschläge, gleichviel, wie sie auch aufgenommen werden mögen.

Die Führer der Demokratischen Vereinigung scheinen eine seltsame Abneigung gegen programmatische Klarheit zu hegen. So wenden sie sich gegen die Erklärung, daß die Forderung der Demokratie auch die der Republik enthalte. Herr Breitfeld sogar mit dem wunderlichen Argument, auch die Sozialdemokratie fordere nicht ausdrücklich die Republik! Als ob die spezialisierten demokratischen Forderungen der sozialdemokratischen Programms eine andere Regierungsform überhaupt zuließen! Andere Delegierte kamen mit dem abgemachten Bunde, die Republik allein tue es nicht, das beweisen ja so manche Republiken. Deshalb fordert ja die Sozialdemokratie die soziale Republik! Aber wenn sich die bürgerlichen Demokraten auch nicht mit der sozialistischen Forderung der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln befremden wollten, so könnten sie immerhin die demokratischen Konsequenzen ziehen, die jede Form der Monarchie ausschließen. Aber man wollte das brave Viehhirtenum offenbar nicht kopflos machen, das ja schon Anno 1848 für eine Republik mit einem Großherzog an der Spitze schwärmte. Als ob nicht gerade innerhalb der für die Demokratie zu gewinnenden Schichten des Bürgertums Klarheit des Denkens mit allen Mitteln gefördert werden müßte!

Höchst bedenklich ist auch das Sträuben der Führer der Demokratischen Vereinigung gegen ein klar umrissenes Programm! Ganz unglücklich war die Berufung Gerlachs auf das Zentrum, das ohne Programm die heterogensten Elemente in sich vereinige durch das Bindelglied des Katholizismus. So müsse auch ohne Programm der demokratische Gedanke die große demokratische Partei der Zukunft vereinigen. Als ob die konfessionell markierte Zentrumspolitik sich nicht je länger je mehr als agrarisch-mittelständlerische Reaktionspolitik entpuppt hätte, in der die wirtschaftlichen Interessen der einflussreichen Zentrumswählerkreise den Ausschlag gäben! Wie kann man sich da der Illusion hingeben, daß ein abstrakt demokratisches Ideal die wirtschaftlichen Interessengegensätze zu überbrücken vermöge! Und schließlich hat die „Freie Zeitung“ gar nicht so unrecht, wenn sie die Barthianer wegen ihrer Abneigung gegen klare Programmforderungen bitter verhöhnt: dem Blockfreisinn mache man aus seinen Verhören gegen die liberalen Prinzipien und Programmforderungen alle erdenklichen Vorwürfe; wenn jetzt die demokratischen Kritiker sich scheuten, sich auf ein bestimmtes Programm festzulegen, so gehehe das offenbar nur aus Angst, selbst einmal auf Verstoße gegen das Programm festgenagelt zu werden!

Wenn die Demokratische Vereinigung mehr werden will, als ein Sammelplatz der Verärgerten und Enttäuschten aus den verschiedenen Lagern, nämlich eine Partei, so wird sie um die Schaffung eines Programms nicht herumkommen.

Ein Vorstoß der türkischen Reaktion.

Die Unruhen, die als Folge der Ermordung Hassan Fehmis vorausgesetzt worden, sind prompt eingetreten. Doch sind sie nicht der Ausdruck des Kampfes zwischen den Jungtürken und den Liberalen, sondern sie zeigen ein ausgeprochen reaktionäres Gesicht. Es scheint, daß die Partigänger der Reaktion den Zeitpunkt, da der Gegensatz zwischen den Jungtürken und den Liberalen so scharf geworden war, daß die Lage kritisch wurde, für einen Vorstoß geeignet gefunden haben.

Wieder ist, wie auch beim Sturze des Absolutismus, die Armee die Waffe, die die revoltierende Partei führt. Die Volksmasse stellt, soweit die bisherigen Meldungen ein Urteil gestatten, den Zuschauer. Wie groß der innere Anteil ist, den die Masse an dem Kampfe nimmt, und wohin sich ihre oder der Mehrheit Wünsche und Sympathien neigen, ist nicht zu erkennen.

Die Armee handelt. In den Siegestagen der Revolution war es die ganze Armee, das Offizierkorps an der Spitze. Die Armee, die Masse der Gemeinen, war in jenen Tagen ein Werkzeug in den Händen der Offiziere, das sie handhaben, um ihre Interessen zu verfolgen. Sie haben es getan und jetzt empört sich die Armee gegen ihre Führer. Die Soldaten finden offenbar, daß von den schönen Versprechungen, die ihnen von den Offizieren gemacht worden sind, verzweifelt wenige erfüllt sind, daß sie bei dieser Revolution der Offiziere nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Die jungtürkische Revolution hat ihren Charakter nie verleugnet. Die Maßnahmen des neuen Regiments haben so gut wie ausschließlich die Forderungen jener Schichten berücksichtigt, die die Führenden bei der Umwälzung waren, die der Offiziere, Beamten und Besitzenden. Für das nollebende Volk und die gemeinen Soldaten ist wenig oder gar nichts geschehen, und so konnte die Agitation der Alttürken, der Reaktionäre, auf fruchtbaren Boden fallen, da die politische unausgeklärte Masse keine eigenen Wege, die über das jungtürkische Regime hinausführen, zu gehen vermag. Uebrigens ist es bedeutsam,

Die Insertions-Gebühr

Gebühr für die gesetzgebende Assemblée, für die politischen und gesellschaftlichen Vereine und Versammlungen-Angaben 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anfragen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

daß die meuternden Truppen nicht die Befestigung des Parlaments fordern.

Die stark die Bewegung ist, läßt sich noch nicht beurteilen. Indes läßt die Tatsache, daß die Reuterer einen ganzen Tag lang schon in Istanbul in ihrer Gewalt haben, als wahrscheinlich annehmen, daß die Regierung ihnen keine ebenbürtige Macht entgegenzustellen vermag. Ueber die Haltung der Armee in den Provinzen weiß man bis jetzt sehr wenig; nur die spärlichen Meldungen über, die vorliegen, deuten darauf hin, daß es auch dort zu Schwierigkeiten für das neue Regime kommt.

Die Meldungen vom Tage lauten:

Pera, 13. April. Die heutigen Vorgänge haben sich folgendermaßen abgespielt. Am Morgen zogen die zwei im Seraskerat stationierten Bataillone über die Straße Divanolu nach der Sofienmoschee und dem Parlamentsgebäude. An ihrer Spitze waren nur wenige Offiziere zu sehen, die übrigen waren in den Kasernen verhaftet worden. Die aus Salonischer Jägern bestehende Parlamentswache wurde vor dem Parlament aufgehoben, ihre Offiziere gefesselt. Ebenso wurde mit der Wache vor der Pforte verfahren. Bald darauf schlossen sich den meuternden Bataillonen große Menschenmassen an, die in einer Zahl von mehr als hunderttausend noch jetzt den Hippodromplatz und die Zugänge zum Parlament besetzt halten. Die neue Brücke ist für den Verkehr gesperrt, die alte Brücke wird für das Militär freigegeben. Truppen und Volk verlangen die Wiederherstellung des Scherifat-rechts (des auf dem Koram beruhenden Rechts der Mohammedaner), Abschaffung des Großwesiers und des Kriegsministers sowie Befestigung des Kammerpräsidenten Ahmed Riza. Später stießen 6000 Soldaten zu der Menschenmenge. Sie besetzten die Moschee Mohammed Pasy und erklärten, dort die Wiederherstellung des Scherifatrechts abzuwarten zu wollen. Die Telegraphenverbindungen innerhalb der Stadt und in der Umgebung wurden von den Aufständischen unterbrochen. Einige dem Komitee angehörende Offiziere sollen getötet worden sein. Gegen 10½ Uhr zogen 22 Geschütze von Pera nach Istanbul. Die Haltung der Artillerie wird voraussichtlich für die Bewegung von entscheidender Bedeutung sein. Es verlautet mit Bestimmtheit, daß die Bewegung von dem erst vor wenigen Wochen gebildeten Komitee Ittihat-i Mohammed (Islamitische Einheit) ausgeht. Wie es scheint, hat ein Teil der bisher dem jungtürkischen Komitee treuen Salonischer Jäger mit den Meuterern gemeinsame Sache gemacht. Die Minister sind auf der Pforte versammelt und wollen, in Ungewißheit über die Stärke der Bewegung, zunächst mit ihnen friedlich verhandeln. Als sich der Scheich ul Islam um 11 Uhr nach dem Parlament begab, erwiesen ihm die meuternden Truppen militärische Ehren.

Alle Offiziere wurden von den Meuterern in den Kasernen festgehalten. Die Truppen sind von Sergeanten befehligt. Die Gerüchte, daß bereits nachts ein Blutbad stattgefunden habe, sind falsch. Bisher wurden nur zwei Offiziere auf der Stambulbrücke getötet. Die Räder sind geschlossen. Große Menschenmengen füllen die Straßen.

Pera, 13. April (1 Uhr mittags). Der Scheich ul Islam verhandelte im Auftrage der Regierung mit den Meuterern. Wie verlautet, protestierten die Soldaten gegen die Einführung liberaler Reformen und verlangten Heiligung des Scherifatgesetzes und Auflösung des jungtürkischen Komitees. Sie drückten ferner ihr Mißtrauen gegen den Kammerpräsidenten Ahmed Riza aus und wünschten die Wahl des Ulema Rustapha Pascha Affen zum Präsidenten, des Armeniers Schrah zum Vizepräsidenten der Kammer. Die Meuterer verlangten ferner für sich Straflosigkeit und die Anerkennung, daß sie patriotisch gehandelt hätten; endlich die Zusicherung eines allgemeinen einwöchigen Volksverbrüderungsfestes. Der Scheich ul Islam überbrachte diese Forderungen dem Ministerrat, der darüber beriet. Gegen Mittag zurückgekehrt, fuhr der Scheich ul Islam mit der Antwort des Ministerrats zum Parlament. Die Meuterer lassen die Deputierten unbehindert die Kammer betreten, auch Ahmed Riza befindet sich in der Kammer. Eine Unmasse sensationeller Gerüchte ist in Umlauf. Fast die ganze Garnison ist an der Meuterei beteiligt. Die Regierung verfügt nur über einige Bataillone und zwei oder vier Geschütze. Ueber die Haltung der Salonischer Jäger lauten die Nachrichten widersprechend. Um 2 Uhr hieß es, daß sie mit den Meuterern gemeinsame Sache machen. Die Lage ist sehr ernst.

Konstantinopel, 13. April. Auch aus Mazedonien laufen bedenkliche Meldungen über Störungen unter den dortigen Truppen ein.

Rabulisation der Jungtürken?

London, 13. April. Die das Reuterische Bureau aus Konstantinopel meldet, hat das Kabinett seine Entlassung gegeben, die vom Sultan angenommen wurde. Es heißt, daß Riamil Pascha mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt wurde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. April 1909.

Rückwärtskonzentration.

Die „Kreuztg.“ gibt bereits die agrarische Schlacht gegen die Nachschaffener verloren. In einer wehmütigen Osterbetrachtung über den Stand der Reichsfinanzreform stellt sie zwar noch nicht offen zu, daß weiterer Widerstand nutzlos ist, aber deutlich ist zwischen den Zeilen zu lesen, daß sie selbst mit einem starken Abfall konservativer Stimmen rechnet. Die Schuld daran mißt das Blatt der Kammersteine den großen Massen jener Wähler zu, die erkannt hätten, daß sie selbst gar nicht von der Nachschaff- oder Erbschaftsteuer betroffen würden. Besonders in den Kreisen der städtischen Kleingewerbetreibenden, der Beamten und Privatangestellten machte sich ein Umschwung der Ansichten zugunsten der Erbschaftsteuer geltend. Die Stimmung dieser zum wesentlichen Teil im Gefolge der konservativen Parteien marschierenden städtischen Schichten hätten die konservativen Führer dieselbe falsch beurteilt:

Die verbündeten Regierungen haben die städtischen Wähler und ihre Vorurteile richtiger beurteilt als wir. Der Reichsanwalt sagte in seiner letzten Rede, die verbündeten Regierungen hielten es für politisch unausführbar, eine Vermögenssteuer anders als durch eine Erweiterung einer Reichsbesitzschaftssteuer im Sinne ihrer Vorlage durchzuführen. Dabei hat der Reichsanwalt offenbar nicht nur mit der erwähnten Parteikonstellation gerechnet und also eine Mehrheit mit dem Zentrum in dieser Frage abgelesen, sondern er hat wohl auch an die Stimmung in den Beamten- und Mittelstandskreisen der Städte

gedacht, die freilich erst künstlich gegen die eigenen Verteilungen mobil gemacht werden mußten. Die Autorität der Regierungen bedeutet in diesen Kreisen sehr viel. Glauben die Regierungen sich über die sozialpolitischen Bedenken gegen die Reichssteuer auf das Erb- und Waisen- und Waisen hinwegsetzen zu dürfen, so kann man sich nicht wundern, wenn auch die Beamten und Gewerbetreibenden der Städte diese Bedenken außer acht lassen.“

Dann wendet sich das Blatt gegen die Delbrück'schen Artikel über die agrarischen Steuerhinterziehungen und bemängelt die Taktik der Reichspartei, aus der Mithimmung gewisser konservativer Kreise Nutzen zu ziehen:

Die freikonservative Reichspartei scheint sich nach Zeitungsberichten die Uneinigkeit im deutschkonservativen Lager zunutze machen zu wollen. Da auch die Reichspartei sich vorzugsweise auf ländliche Wähler stützt, mühte sie allerdings zu Agitationszwecken auf dem Lande den Gegensatz zwischen Arm und Reich hervorzuheben. Das trauen wir ihr nun aber nicht zu, da ihre Führer selbst nicht zu den Armen gehören. Vielmehr scheint uns die gouvernementale Richtung in der Reichspartei den Ausschlag gegeben zu haben. Es wird angedeutet, daß sie beabsichtige, mit einer „freimütigen Erklärung“ zugunsten einer Erbschaftsteuer die deutschkonservative Partei ins Unrecht zu setzen und „reiche Leute“ in deren Kreise zu machen. Die sächsischen Konservativen, bei denen es einen Unterschied zwischen konservativ und freikonservativ nicht gibt, haben unter dem Druck der sächsischen Regierung bereits den Anfang gemacht mit einer solchen Erklärung. Es könnte auffallen, daß dies gerade in Sachsen geschieht, da der sächsische Finanzminister vor nicht langer Zeit den härtesten je gefallenen Ausdruck gegen die Delbrück'sche Steuer gebraucht hat und zwar zu einer Zeit, da das agrarische Hauptorgan sich entschieden für diese Steuer aussprach.

Zum Schluß werden die Parteigenossen ermahnt, die Gegensätze innerhalb der eigenen Partei nicht zu verschärfen und jedem freizustellen, „allein der Stimme seines Gewissens zu folgen“.

Neue Erbschaftsteuern.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ aus ganz bestimmter Quelle erfahren haben will, fürchten die verbündeten Regierungen, daß die neuen indirekten Steuern vom Reichstage in einer Form bewilligt werden, die den Vertrag nicht liefert, der unbedingt notwendig erscheint. Man habe sich deshalb entschlossen, folgende Erbschaftsteuern vorzubereiten:

1. eine erhebliche Erhöhung des Kaffeezolles; 2. eine Steuer auf alkoholfreie Getränke; 3. eine Ländholzfsteuer und 4. eine Kohlenförderungssteuer.

Die Mittelstandstaugung.

Zu drei großen Versammlungen hatte die Mittelstandsbereinigung die ihr angehörenden oder nahestehenden Organisationen und Interessengruppen des Reiches für den 13. April vormittags nach Berlin einberufen, um zur Reichsfinanzreform Stellung zu nehmen. Die Versammlung in der „Neuen Welt“ war von 3000 Personen besucht; die anderen beiden Versammlungen fielen sich nur langsam und schließlich mußten die in der „Unions-Brauerei“ Versammelten geschlossen in das benachbarte Lokal der „Happoldt-Brauerei“ ziehen, damit wenigstens neben der „Neuen Welt“ noch ein Saal eingenommen gefüllt war. Das Reichshauptamt war in der Versammlung vertreten. Das Hauptreferat in der „Neuen Welt“ hatte der frühere Handelsminister v. Verlepsh. In der Happoldt-Brauerei sprach der Landeshauptmann v. Kossig aus Witten. Weiter sprachen der Obermeister der Berliner Tischlerinnung, Landtagsabgeordneter Mahard, Postsekretär Stodmann, Stadtrat Seifert-Weipzig und andere. — Die in der „Neuen Welt“ beschlossene Resolution protestiert lebhaft gegen die Verschleppung der Reichsfinanzreform, die das Ansehen Deutschlands im Auslande herabsetze und eine schwere Schädigung unseres wirtschaftlichen Lebens bedeute, das unter der Unsicherheit über die zu erwartenden Steuern empfindlich zu leiden hätte. Die Versammelten erheben Einspruch gegen den Versuch einer ungleichen Verteilung der Steuerlast und verlangen neben Verbrauchsteuern, die vornehmlich die breiten Massen treffen, unbedingt Steuern, die den Besitz heranziehen. Sie bitten, diese Besitzsteuer unter keinen Umständen auf die Bundesstaaten abzuwälzen, deren Finanzen dadurch gerettet werden. In einer stark progressiven Erbschaftsteuer erkennen die Versammelten in der Voraussetzung, daß kleinere Erbschaften steuerfrei bleiben und daß Ehegatten und Kinder milder behandelt werden, als entferntere Verwandte und Fremde, die beste Form der Besteuerung des Vermögens durch das Reich.

Für v. Verlepsh bezeichnete die Finanzwirtschaft als die schlimmste, die man sich denken könne, man mühte sie bei einem Privatmann als eine unsolide Wirtschaft bezeichnen. Deutschland wäre nie in diese Lage gekommen, wenn der Reichstag auf den Plan des ältesten Diktators eingegangen wäre, ein Reichstabsmonopol zu schaffen. Wenn Wilow in seiner Reichstagsrede zur Sparsamkeit mahnte, dann sei es sehr erwünscht, daß er selbst auf diesem Gebiete mit gutem Beispiele vorangehe. Bei Geer und Marine könne zwar nicht viel gespart werden, aber immerhin müßten die Ausgaben sehr genau auf ihre Notwendigkeit hin geprüft werden. Es sei auch zu wünschen, daß man künftig die Gelder nicht mehr für übermäßig luxuriöse Bauten ausbebe.

Die Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer wäre steuerrechtlich und steuerpolitisch die beste Form einer Besitzsteuer. Aber die Widerstände gegen solche Steuern seien derart, daß sie heute nicht überwunden werden können und deshalb müsse man sich mit der Besteuerung des Erbschaftes begnügen.

In der Debatte ergriff auch der Direktor des Bundes der Landwirte, Abgeordneter Dr. Hahn, das Wort; er versicherte, daß die Konservativen durchaus nicht gegen die Heranziehung des Vermögens seien. Sie würden für eine Dividendensteuer, Wahlen-Umsatzsteuer und eine Reichs-Wertzuwachssteuer stimmen. Damit treffe man den mühelosen Gewinn. Wenn die Nachschaffsteuer eingeführt werde, dann werde man nach drei Jahren die Steuerlast zweifelloser erhöhen und damit den Mittelstand ganz besonders treffen. Auf diese Weise werde der Sozialdemokratie direkt Vorlauf geleistet.

Als Dr. Hahn davon sprach, daß die Konservativen bisher immer die Interessen des Mittelstandes vertreten hätten, wurde ihm von der Versammlung entgegengehalten: „Kornzölle!“ Seine Rede klang dahin aus, daß er den Mittelständlern empfahl, sich nicht dazu mißbrauchen zu lassen, der Regierung aus dieser schwierigen Situation herauszuheulen; wurde er schon während seiner Rede fortwährend durch Zwischenrufe unterbrochen, so erscholl stürmischer Widerspruch aus ganzer Versammlung, als er geendet hatte. — Innerhalb wurde Dr. Hahn von den Mittelständlern weit anfälliger behandelt, als wie Professor Adolf Wagner von den Freunden des Herrn Dr. Hahn behandelt wurde.

Eine Novelle zum See-Unfallgesetz

Ist im Reichsamt des Innern fertiggestellt worden. Der Entwurf wird in diesen Tagen einer größeren Kommission von Sachverständigen unterbreitet und soll dann später den Interessenten zur Meinungsäußerung zugänglich gemacht werden.

Sakaisenseelen.

„Schon die Ehre und das Vergnügen, dem Reichskanzler einmal persönlich, wenn auch nur flüchtig, vorgestellt zu sein, erweckt in den Giebigern die schönsten Hoffnungen. Die Beantwortung eines Briefes, die man sonst als die gewöhnlichste Höflichkeitspflicht auffaßt, wird von diesen Leuten als ein Zeichen dafür ge-

deutet, daß sie einst zu großen Dingen außersehen werden sollen. Wenn nun gar ein kleines Verdienst mit der Ehre der Bekanntschaft des ersten Beamten im Reiche verknüpft ist, so steigen die Hoffnungen ins Ungemeinliche. Auch Fürst Wilow hat mit dem Schwarm dieser Gefolgschaft, der sich täglich vermehrt, reichliche Erfahrungen gemacht. Einen großen Teil von ihnen hat er „abgespeist“, das heißt er hat sie einmal zum Diner eingeladen. Von der ausgehenden Küche des Kanzlers gehen manche Leute, auch wenn sie nur einmal genossen durften, ein Leben lang. Denn die gedruckte Einladung wird im weitesten Familienkreise immer wieder herumgegeben und wird so zu einer Reliquie für ganze Generationen.“

Diese unerkennbar gelungene Porträtierung gewisser Moskovitiner finden wir in — „Vorposten-Courier“.

Die Geschäftsgeheimnisse der deutschen Industrie.

In verschiedenen großkapitalistischen Blättern war der Regierung der Vorwurf gemacht worden, daß sie Geschäftsgeheimnisse der deutschen Industrie der amerikanischen Bundesregierung mitgeteilt habe. In einer Notiz in der „Nordd. Allg. Zeitung“ verwahrt sich die Regierung gegen diesen Vorwurf und stellt fest, daß den amerikanischen Industriellen von dritter Seite falsche Angaben über die deutschen Produktionskosten, insbesondere über die Höhe der Arbeitslöhne, die zu niedrig angegeben waren, gemacht worden sind. Die deutsche Regierung habe sich deshalb an die Handelskammern gemeldet und die dort erhaltenen Auskünfte dann dem amerikanischen Staatsdepartement übermittelt.

Des Wahlrechts-Grafen Ende.

Aus Sachsen wird und geschrieben: Der sächsische Minister Graf Hohenhausen hat nach dreijähriger Ministerlaufbahn, offenbar wirklich wegen dauernder Erkrankung, sein Abschiedsgesuch eingereicht und auch genehmigt erhalten. Damit ist eingetreten, was schon vor Monaten vorausgesehen war. Graf Hohenhausen politische Laufbahn ist damit zu Ende.

Als er vor drei Jahren den sächsischen Gesandtschaftsposten in Berlin verließ, um in Sachsen den Ministerposten einzunehmen, brachten ihm manche Leute aus dem liberalen Lager allerhand Hoffnungen entgegen. Sie sind nicht erfüllt worden. Wohl radikalisierte er erst etwas gegen die konservative Nebenregierung, der er durch den Legationsrat v. Kossig die Freundlichkeit kündigen ließ, es währte aber nicht lange, so war auch Graf Hohenhausen in den Händen dieser Nebenregierung, die er schließlich durch den kläglichen Abbruch seiner Wahlrechtsreform direkt gestärkt hat.

Mit den sächsischen Wahlrechtsgegnern der letzten Jahre ist der Name des Grafen Hohenhausen eng verknüpft. Als er sein Amt antrat, erklärte er es für seine Hauptaufgabe, Sachsen an Stelle des Dreiklassenwahlrechts ein neues Wahlrecht zu geben. Da ist ja schließlich auch geschehen. Man frage aber nur nicht wie? Erstens ist der neue Wahlrechtswechsel kaum besser als der alte und vor allem war Graf Hohenhausen nicht mehr der Gebende, sondern nur noch der Beschobene. Nichts hat er bewirkt, können von seiner Wahlrechtsabsicht. Das ist gewiß kein Nachteil, da sein Wohlgefallen nur, der ein mit Körperkraft nachgekauft Pluralismus existierte, war ein widerlich-reaktionäres Gemisch verschiedener volksfeindlicher Systeme. Was aber schließlich gekommen ist, ist aber noch schlechter.

Mit allerhand energischen Geberden trat Graf Hohenhausen der Wahlrechtsfrage näher. Er wollte an seinem Entwurf bis zum äußersten festhalten und schließlich auch eine Landtagsauflösung nicht scheuen. Wie anders ist es gekommen! Ein Stück nach dem andern mußte er unter dem Druck der konservativen, nationalliberalen Wahlrechtsreaktion preisgeben. Und als schließlich das Wahlgesetz verabschiedet wurde, warf man die Frage auf, ob der Entwurf überhaupt noch als Regierungsvorlage gelten könnte; Graf Hohenhausen selbst mußte zugeben, daß davon nichts als die Integralerneuerung der zweiten Kammer übrig geblieben sei.

Nachtrag nacheinander hat er sich selbst desaboniert. Niemals, so erklärte er, werde er in ein reines Pluralwahlrecht willigen, niemals, so bekundete er später, werde er ein abgestuftes Pluralwahlrecht unterschreiben. Er hat schließlich ein Wahlrecht unterschrieben, das sowohl die reine wie die abgestufte Pluralwahl bringt. Er, der anfangs das Wahlrechtsgesetz nach seinem Wunsch schieben wollte, wollte von einem Standpunkte zum anderen und stimmte schließlich einem Systeme zu, das dieselbe Nebenregierung gewaltig stärken muß, die er anfangs bekämpfen wollte.

Gegen die berühmte sächsische Nabelschneiderei der Polizei schritt er anfangs mit Vorbehalten ein. Es wurde auch etwas besser. Bald aber verselb man wieder in das alte System. Graf Hohenhausen, der im Landtage vollständig in die Bahnen reaktionärer konservativer Politik eingeschwenkt war, verzichtete auf seine „liberalen Äußerungen“ schließlich ganz. So kam es, daß sich die alte Polizeiwirtschaft wieder einnistete. Unter sicherheitspolizeilichen Vorwänden wurden dem Reichsvereinsgesetz zuwider Gewerkschaftsversammlungen überwacht, ebenso Kreisversammlungen politischer Vereine. Und die Oberbehörden und das Ministerium billigen dieses gescheiterte Polizeiregiment. Das berühmte freie Ermessen der Polizei in der Handhabung der Gesetze gegen die Arbeitervereine hat wieder Platz gegriffen.

In welchen Maße Anstand oder reaktionäre Wandlungen des „Wahlrechtsgrafen“ diese Rückwärtsentwicklung verursacht haben, ist nicht zu erkennen. Sicher ist aber, daß dieser angeblich liberale Minister mit einem reaktionären Regiment geendet hat.

Der sächsische Gesandte in Berlin Graf Blythum von Edsdaedt, der als Nachfolger des Ministers Grafen von Hohenhausen in Aussicht genommen ist, wurde vom König in Audienz empfangen.

Herzog v. Arenberg.

Eine Aufschrift an das „Berliner Tageblatt“ aus Drüssel steht fest, daß der vom Zentrum erkorene neue Reichstagskandidat mit dem Deutschen Reich tatsächlich weiter keine Beziehungen hat, als daß er preußischer Herrenhäuser und Oberleutnant à la suite der Armee ist. Sein flüchtiger Wohnsitz ist Drüssel und nur einem gewissen Zwange gehorchend, hat er vor einigen Jahren das Gut Nordlingen erworben.

Sein Bruder ist der bekannte Prinz Prosper v. Arenberg, dessen koloniale Geldentaten noch nicht der Vergessenheit verfallen sind.

Herzog v. Arenberg ist Besitzer des größten Privat-Vergnügungsortes in Preußen und bezieht daraus geradezu salbsthafte Summen. — Um deutsche Verhältnisse hat sich dieser Zentrumskandidat nie bekümmert. Auch an den Verhandlungen des preussischen Herrenhauses hat er sich so gut wie garnicht beteiligt.

Ein deutscher Beamtentag

trifft am Sonntag, den 18. d. M., in Berlin zusammen. Die Tagung soll Stellung nehmen zur Reichsfinanzreform; in der Hauptsache aber handelt es sich darum, Protest gegen die Verschleppung der Gehaltsaufbesserung der Beamten zu erheben.

Ein deutsch-portugiesischer Handelsvertrag

wird dem Reichstage demnächst zugehen. Der Vertrag gilt acht Jahre, läuft also dann mit den übrigen Handelsverträgen ab, und gewährt Zollermäßigung auf Madeira und Portwein.

Spanien.

Bombenexplosion in Barcelona.

Madrid, 12. April. Blättermeldungen zufolge explodierte gestern nachmittags in Barcelona in einer Kanalisationsröhre wieder eine Bombe, wodurch großer Schaden angerichtet wurde. Berlegt

wurde niemand. Einige Blätter behaupten, es handle sich lediglich um eine Petarde.

Barcelona, 12. April. Heute Abend pläzte in der Straße St. Paul wiederum eine Bombe, ohne jedoch jemand zu verletzen; sie gleicht denjenigen, die an den vorhergehenden Tagen hier explodierten.

England.

Bewegung unter den Postbeamten.

London, 13. April. In Nottingham hat gestern ein Kongress englischer Postbeamten stattgefunden. In einer Ansprache erklärte der Vorsitzende, der Kampf der französischen Postbeamten und Arbeiter mit Sympathie verfolgt worden. Zwar hoffe er, daß die englischen Postangestellten sich niemals genötigt sehen werden, den Soldaten zu desorganisieren. Aber die willkürliche Haltung eines Teiles der englischen Postbehörden hat auch in England große Unzufriedenheit hervorgerufen. Infolgedessen wurde beschlossen, eine permanente Kommission im Unterhause ins Leben zu rufen, die die Regierung von allen Forderungen der Postbeamten verständigen soll. Des weiteren wurde ein Antrag eingebracht, daß die Postbeamtenorganisation sich der Arbeiterpartei anschließen soll. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde vertagt.

Dänemark.

Schwindel über den sozialdemokratischen Abrüstungsvorschlag.

Wie schon aus der telegraphischen Mitteilung über den Bericht des Folketingauschusses zur Beratung der Landesverteidigungsfrage zu ersehen war, haben die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder den Abrüstungsvorschlag unserer Fraktion aufrecht erhalten, was ja auch selbstverständlich ist. Sie haben ihrem Gutachten eine ausführliche Begründung beigegeben, in der zunächst der Standpunkt der dänischen wie der internationalen Sozialdemokratie zur Landesverteidigungsfrage dargelegt wird, und zwar auf Grund des Parteiprogramms, der internationalen Stuttgarter Resolution und der ihr entsprechenden Resolution des 7. skandinavischen Arbeiterkongresses, der 1907 in Kristiania tagte sowie der Abrüstungsvorschläge der deutschen und der englischen Sozialdemokratie. Sodann wird ausgeführt, daß Dänemark infolge seiner Kleinheit und seiner geographischen Lage gar nicht imstande ist, seine von allen Parteien gewünschte Neutralität mit Waffengewalt zu verteidigen, so daß die ungeheuren Aufwendungen für Festungsbau und Militärausgaben zwecklos vergeblich wären, und daß, wie aus wiederholten Erklärungen des Ministers des Innern hervorgeht, vom Auslande keinerlei PreSSION auf Dänemark in bezug auf seine Landesverteidigung ausgeht.

Der Folketingauschuss hatte nun von der Regierung Aufklärung darüber verlangt, welche Ausgaben der sozialdemokratische Abrüstungsvorschlag, der mit Vorschlägen über die Erziehung des Volkes zur körperlichen Gesundheit und Beschäftigung entsprechend dem Parteiprogramm verbunden ist, zur Folge haben würde. Die Berechnung, die die Regierung darauf dem Ausschuss vorgelegt hat, wird in dem Gutachten unserer Genossen recht gelinde als „fast tendenziös“ und teilweise „reine Phantasie“ bezeichnet. Tatsächlich ist sie ein unerschämter Versuch, dem Volke etwas vorzuschwindeln. So berechnet die Regierung z. B., daß der Verkauf des vorhandenen Kriegsmaterials, dessen Wert von der Landesverteidigungskommission des Reichstags auf 200 Millionen Kronen geschätzt wurde, nur 31½ Millionen bringen werde, und andererseits soll zur Verwirklichung der Vorschläge unserer Genossen auf Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit zunächst eine einmalige Ausgabe von 27 000 000 Kronen notwendig sein, und zwar teils für Errichtung von Turnhallen und Schießbahnen, teils für Anschaffung von Inspektionschiffen sowie für Schulhaltung der Kommunen, die durch die Entziehung der Garnisonen Einbuße erleiden. Turnhallen sind nach den Angaben der Regierung nur in der Hälfte der dänischen Volksschulen vorhanden, so daß es sich bei jenem Punkte um eine so wie so sehr notwendige Schulausgabe handeln würde. Weiter berechnet die Regierung, daß die vorgeschlagene körperliche Erziehung der Jugend eine dauernde Ausgabe von genau 10 877 717 Kronen jährlich kosten werde, so daß also auch von dem bisherigen ordentlichen Militäretat nur wenige Millionen gespart werden könnten, während nach der Schätzung unserer Genossen in Zukunft 5 Millionen anreichend wären, um jene Erziehung durchzuführen. Wie die Regierung zu ihren fast 20 Millionen kommt, erhebt man schon daraus, daß sie die Anstellung von 3000 neuen Turnlehrern, 2000 Aufsehmännern, Amts- und Hauptinspektoren für notwendig zu erachten vorgibt und daß sie außerdem 8 Millionen Kronen als eine Art Diäten an die schulentlassenen Teilnehmer der Turn- und Schießübungen gezahlt wissen will, obwohl diese Übungen doch außerhalb der Arbeitszeit stattfinden sollen, und obwohl von irgendwelcher Entschädigung der Teilnehmer wohl ebensowenig die Rede sein kann, wie wenn etwa die Schüler irgend eines anderen Lehrfaches für ihre Schularbeit bezahlt erhalten sollten. Damit es besser zählt, hat die Regierung für die Schießübungen auch die weibliche Jugend mit in Rechnung gestellt.

Man sieht aus diesen wenigen, aber für die Methode der Regierung typischen Beispielen, daß dem Volk Sand in die Augen gestreut werden soll, um das alte militärische System in womöglich noch weit verstärkter Weise aufrechterhalten zu können.

Persien.

Die Intervention.

England und Rußland schlagen ihre Fänge in Persien ein. Die unsicheren Zustände, die ihr Freiheitskampf erhofft, liefern ihnen den Vorwand. Ein russisches Kriegsschiff landete in Ensiel 400 Soldaten. Außerdem wurden nach Meshed (Chorasfan) zur Verstärkung der Schutztruppe des dortigen Generalkonsulats 75 Kosaken mit zwei Maschinengewehren entsandt.

Der englische Kreuzer „Fox“ landete in Abuscher eine Truppenabteilung.

Die englische und die russische Gesandtschaft haben beantragt, daß die Erlaubnis zur Einfuhr von Getreide nach Täbris, das unter der Hungersnot leidet, erteilt werde. Im Falle der Ablehnung dieses Gesuches verlassen die europäischen Konsule Täbris.

Amerika.

Castro auf dem Schut.

Aus Fort de France auf Martinique wird vom 12. April gemeldet:

Castro weigerte sich so hartnäckig, abzureisen, weil er dazu unfähig sei, daß der Gouverneur Bureau gestern wieder eine Untersuchung seines Gesundheitszustandes durch drei Ärzte anordnete. Die Untersuchung ergab, daß die Reise das Leben Castros nicht gefährden würde. Als Castro seinen Widerstand trotzdem fortsetzte, wurde die Anwendung von Gewalt befohlen. Das Erscheinen von Gendarmen im Hotel löste eine tobende Volksmenge an. Da Castro sich weigerte, sich anzustellen, wurde er auf einer Matratze in eine Tragbahre gelegt und so eine Weile weit nach dem Dampfer „Verailles“ gebracht, der um 9 Uhr abfuhr.

Anschließend soll Castro nach Frankreich zurückgebracht werden. Seine Frau, die die venezolanische Regierung die Landung in Venezuela verweigert hat, wird ihn wahrscheinlich in St. Nazaire, dem zweiten Hafen der Insel treffen.

Kopenhagen, 13. April. Uebereinstimmend mit der Haltung, welche andere europäische Mächte und die Vereinigten Staaten von Amerika angenommen haben, hat die Regierung dem Gouverneur der dänisch-Islandschen Inseln die Instruktion erteilt, Castro die Landung auf den Inseln nicht zu erlauben.

Aus der Partei.

Sozialismus und Vaterland.

Rom, 8. April.

Angeregt durch die von uns wiedergegebenen Erklärungen Chiesas in der Kammer, behandelt Visfollati im „Avanti“ die Stellung, die die Sozialisten zu den Forderungen der Landesverteidigung einnehmen sollten. Visfollati meint, daß in Parteistreifen hierüber wenig Klarheit herrsche und weist auf einen Artikel Ferris hin, in dem dieser die Unmöglichkeit eines Krieges zu beweisen sucht und gleichzeitig zu dem Schluß kommt, daß die 400 Millionen Militärausgaben für Italien hinreichend seien, was offenbar einen schreienden Widerspruch darstelle. Visfollati gibt seinen persönlichen Gedanken in folgender Weise wieder:

„Das Vaterland ist heute, bei dem jetzigen Stand der internationalen Rivalität, auch für das Proletariat ein greifbares Gut. Es versteht sich von selbst, daß das Vaterland als Begriff und Gefühl uns nicht dahin führen darf, die Mächte von Claque und Kasten zu begünstigen, die auf das Vaterland spekulieren wie auf alles andere; es versteht sich von selbst, daß das Proletariat sein Werk der Demokratisierung der Staaten und der internationalen Solidarität fortsetzen muß, um die Gefahr von Konflikten auszuhalten und die Grundlagen eines europäischen Staatenverbundes zu schaffen, der das Versprechen, sich zu einer allgemeinen Staatenföderation auszudehnen, in sich trägt. Aber dies schließt nicht aus, daß es heute ein unabwiesbares Interesse und eine unabwiesbare Pflicht aller ist, einen körperlichen und finanziellen Beitrag zur Verteidigung ihrer nationalen Gesamtheit zu geben. Wir können über die Form und das Maß des Beitrages diskutieren, die Parafiten und Verschönerer bekämpfen, den Größenwahn und die Spekulation, wir können dazwischen, daß das Ziel der Landesverteidigung mit geringeren Opfern erreicht werden kann, aber wir können nicht die Augen gegen die Möglichkeit auswärtiger Vergewaltigung schließen, die, wenn wir waffenlos und unfähig wären, die politische Unabhängigkeit, die unsere Väter mit ihrem Blut erobert haben und die Entwicklung unseres wirtschaftlichen und moralischen Lebens bedrohen würde. Wer diese Ansicht nicht teilt, müsse den Mut haben, sich zu den Theorien Herbes zu bekennen, wie dies die revolutionären Sozialisten täten. Die Proteste gegen Chiesas Worte stießen gerade zusammen mit einer Vergewaltigung Europas durch die Militärmächte der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche. Oesterreich-Ungarn und Deutschland hätten Serbien und Montenegro mit Füßen treten, Rußland, England, Frankreich und Italien demütigen und die Vorherrschaft in der Balkanhalbinsel wiedergewinnen können. Gegen die Mobilisierung hätten die österreichischen Sozialisten nichts entgegenstellen können als einen Protest der „Arbeiterzeitung“ und einige Reden im Reichsrat. Wir fragen nun einfach, gibt dieser Zustand gerade günstige Argumente, um daraus die Unmöglichkeit des Krieges zu schließen? Ist er gerade geeignet, uns dazu zu bestimmen, die Verteidigung der Integrität des Vaterlandes heute, allein, der internationalen Solidarität des Proletariats anzuvertrauen?“

Gegen diese allgemein gefaßten Ausführungen Visfollatis ist nichts einzuwenden. Damit ist aber nicht gesagt, daß Chiesas, dessen Ausführungen in der Redebeilage der Kammer der sozialistische Provinzialverband von Mantua „fast hurratriotisch“ nannte, und Visfollati, der den Oesterreichern im „Avanti“ zurief, daß sie Wei an der Grenze finden würden, gerechtfertigt wären. — Vor allem schließt das Wesen des Proletariats zur Rationalität nicht die Verpflichtung ein, das feilige System der militärischen Rüstungen anzuerkennen, noch die, in jedem Konflikt, die die Vorteile der Bourgeoisie entstellen, auf ihrer Seite zu stehen, auch dann nicht, wenn sie es verstanden hat, den Gegner zum Angriff zu provozieren.

Zur Maifeier.

Die Antihauptmannschaft Dresden-Alstadt genehmigte einen Maifestumzug mit Musik für den Plauenischen Grund.

Die Polizei zu Braunschweig verbot unseren Genossen die Genehmigung zu einem Maifestumzug mit der Begründung, daß bei den von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten öffentlichen Umzügen Ausschreitungen zu befürchten seien und Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestehe.

Das Gewerkschaftsstatut zu Ham in beschloß, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen.

Unsere Toten.

In Landsbut (Wahern) starb Genosse Joseph Radl im Alter von 71 Jahren. Schon unterm Sozialistengesetz hat er sich bewährt. Im Jahre 1890 gründete er mit einigen gleichgesinnten Freunden den sozialdemokratischen Wahlverein, dem er bis zu seinem Tode als eifriges Mitglied angehörte.

Osterkongresse im Auslande.

Brüssel, 12. April. Gestern hat hier der Kongress der belgischen Arbeiterpartei stattgefunden. Vertreten waren 461 Gruppen mit 610 Delegierten. Unter den Einträgen befand sich einer, der die sozialistischen Mitglieder aller amtlichen Vertretungen anweist, die Ausgaben für die Bürgergarden energisch zu bekämpfen. Nach lebhafter Debatte wurde u. a. ein Antrag des Abg. Delporte angenommen, der die Einführung der persönlichen Wehrpflicht fordert, und zwar eine aktive Dienstzeit von drei bis sechs Monaten für die Infanterie und von sechs bis zwölf Monaten für die übrigen Waffengattungen. Seminare und Geistliche sollen von der Wehrpflicht nicht befreit sein. — In der Schlussfassung wurde beschlossen, die Beratung über die Presse zum Gegenstand eines Spezialkongresses zu machen. — Bei der Erörterung über den Verband der belgischen Genossenschaft kam es zu heftigen Auseinandersetzungen wegen der Weisung der Angestellten dieser Organisation. Der Kongress beschloß, gegen den Gesetzentwurf Woste betreffend die Lehrseminare, alle Mittel anzuwenden, um ihn im Verein mit den liberalen Parteien zum Scheitern zu bringen, da er den Ruin aller von den liberalen Gemeinden und Provinzialbehörden errichteten Normalschulen herbeiführen müsse. Desgleichen wurde beschlossen, daß alle von der Gemeinde eingerichteten Verordnungen von Kaffee, Suppen usw. allen Schülern zugewiesen werden sollen.

Budapest, 13. April. Die ungarische sozialistische Partei begann vorgestern ihren Landeskongress, der von 151 Delegierten durch 200 Delegierte besucht war. Die Beratung nahm einen stürmischen Verlauf, da ein Teil der Delegierten die völlige Trennung der Parteileitung von der Fachorganisation forderte. Zahlreiche Redner griffen die Parteileitung an.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Aus der Untersuchungshaft entlassen. Genosse Anauß-Strahburg, der seit drei Wochen in Colmar wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft saß, wurde am Ostermontag gegen eine Kaution von 1000 M. auf freien Fuß gesetzt. Diese Kaution war schon seit einigen Tagen angeboten, aber als zu gering betrachtet worden. Jetzt scheinen indes dem Gericht die Bedenken geschwunden zu sein. Das Verfahren gegen den Genossen Anauß nimmt seinen Fortgang.

Aus Industrie und Handel.

Täuschung.

Die A.-G. Vereinigte Glasstofffabriken in Elberfeld, die zwei Tochterunternehmen besitzt, La Sole Artificielle Paris und die erste österreichische Glasstofffabrik A.-G. St. Pölten, verteilt in diesem Jahre 40 Proz. Dividende. Dabei sind die Abschreibungen bei 2½ Millionen Mark Aktienkapital auf 1 050 000 M. bemessen, gegen nur 672 000 M. im Vorjahre. Aufsichtsrat und Vorstand erhielten, außer den nicht zu kontrollierenden Rechten, Zantiemen in Höhe von reichlich einer Viertel-Million Mark. In der Generalversammlung erklärte die Leitung, man müsse das Betriebskapital um 2½ Millionen, also um 100 Proz. erhöhen, nicht wegen Geldbedarfs der Gesellschaft, sondern um die Dividende zu drücken, weil deren Höhe Aufsehen zu erregen begünne. Es solle den alten Aktionären für je eine alte Aktie eine neue, und zwar zum Nennwerte überlassen werden, um so die Gewinne vom nächsten Jahre an auf die verdoppelte Summe verteilen zu können. Die Kapitalverwässerung ist ein oft angewendetes Mittel, um die Allgemeinheit über die wirklich erzielten Gewinne zu täuschen. Vor nicht langer Zeit empfahl ein Vertreter der Firma Krupp, in der Generalversammlung einer bekannten anderen Aktiengesellschaft, mit dem Hinweis auf seine eigene Firma, die es ebenso gemacht habe, ebenfalls eine Verwässerung des Aktienkapitals vorzunehmen.

Verminderte Kaufkraft.

In ihrem letzten Geschäftsbericht bemerkt die Firma L. Tiep A.-G., die hauptsächlich in rheinischen Städten Warenhäuser unterhält, die ungünstigen Erwerbsverhältnisse hätten eine weitere Abnahme der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten zur Folge gehabt und zwar hauptsächlich in bezug auf solche Artikel, welche nicht zu den notwendigen Lebensbedürfnissen gehören.

Produktionsrückgang. In Oberschlesien ist die Roheisenproduktion für das erste Quartal dieses Jahres gegenüber der im gleichen Vorjahrsquartal um 20 836 Tonnen = 12,7 Proz. zurückgeblieben.

Auswanderung.

Nach den Angaben der Seifischgesellschaften hat sich der Auswandererverkehr im laufenden Jahre wieder merklich gehoben. Die Ziffern der früheren Jahre sind allerdings noch nicht wieder erreicht worden. Ueber Hamburg und Bremen wanderten Personen aus:

	Monat März	1. Quartal
1905 . . .	48 493	89 072
1906 . . .	51 425	89 295
1907 . . .	49 340	103 539
1908 . . .	6 810	24 057
1909 . . .	86 059	85 117

Ob in Amerika der Arbeitsmarkt bereits wieder so günstig ist, daß der starke Auswandererstrom dort ein freundliches Bett finden könnte, scheint nach den Stimmungsbildern von drüben sehr fraglich zu sein.

Kreisdividenden. Der Kölner Bergwerksverein schüttet, wie im Vorjahre, für seine Aktionäre eine Dividende von 30 Proz. aus. — Zu den Unternehmen, die für 1908 allgemein gut abgeschlossen haben, gehören die Waggonfabriken. Die Aktiengesellschaft Gebr. Hoffmann u. Co. in Breslau, Waggonfabrik, bringt wiederum 35 Proz. heraus.

Haus- und Bodenwucher.

Wülheim i. B. ist Garnisonsort geworden. Dadurch sind nicht nur in dieser Gemeinde, sondern auch in den Nachbarorten die Mietpreise und damit die Bodenpreise außerordentlich gestiegen. In dem kleinen Orte Hügelsheim bei Wülheim schenkte die Rente für eine Zweizimmerwohnung von 60 auf 301 M. empor — eine Mietssteigerung von 500 Proz.! Sollte da der Gedanke einer Zuwachssteuer gar so fern liegen?

Die „verlustrbringend“ das Terraingeschäft ist, zeigt u. a. die Terraingesellschaft Klosterland bei Hamburg, die im Jahre 1906 5½ Proz., 1907 14½ Proz. und im Jahre 1908 54 Proz. Dividende verteilte und zugleich von ihrem Betriebskapital 450 000 M. zurückzahlen konnte. Aufsichtsrat und Vorstand erhielten außerdem über 23 000 M. Zantieme.

Passagelaufhaus. Eine Passagelaufhaus-Vertriebsgesellschaft G. m. b. H., deren Aufgabe die Umwandlung des Passagelaufhauses in ein reines Warenhaus und dessen Weiterführung ist, wurde handelsgerichtlich eingetragen. Das Stammkapital ist auf 2870 000 M. bemessen.

Einschränkung der Kupferproduktion. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus New York haben die Kupferproduzenten den Vertrieb um 15 Prozent eingeschränkt.

Englischer Ansehenhandel. Im März betrug die Ausfuhr 1 Million Pfd. Sterl. und die Einfuhr 81 000 Pfd. weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. In den ersten drei Monaten dieses Jahres beläuft sich der Einfuhrüberschlag des Handelsbudgets auf 12 Millionen Pfd. gegen 1908 und 32 Millionen Pfd. gegen die ersten drei Monate des Jahres 1907.

Keine Dividende. Infolge der schlechten Geschäftsergebnisse verteilt die Cunardlinie für das letzte Jahr keine Dividende.

Krisenfolgen in Oesterreich. Aus Wien wird vom 12. April gemeldet: Der „Montagsbote“ zufolge zirkulieren in Finanzkreisen Gerüchte über bevorstehende Fallissements in der Textilindustrie.

Soziales.

Estrafgelder dürfen nicht vom Lohne abgezogen werden.

Einer der streitigsten Punkte des Gewerberechts ist die Frage, ob Estrafgelder wegen zu späten Erscheinens der Arbeiter vom Lohn abgezogen werden können. Die 5. Kammer des Berliner Gewerbergerichts hatte sich kürzlich mit dieser Frage zu befassen. Ein Fabrikbesitzer hatte von einem Arbeiter E. einen Arbeitsvertrag unterschreiben lassen, in dem sich der Arbeiter damit einverstanden erklärte, daß für sein etwaiges zu spätes Erscheinen in der Fabrik für das erste Mal 20 Pf. u. s. w. vom Lohn in Abzug gebracht werden sollen. Zwischen den Parteien kam es zu einer erregten Auseinandersetzung, bei der sich der Vorsitzende vergeblich bemühte, dem Vertreter des Fabrikbesitzers klar zu machen, daß dieser Arbeitsvertrag gegen das strikte Recht der Gewerbeordnung verstoße. Wenn der Fabrikherr seine Arbeiter zum pünktlichen Erscheinen an der Arbeitsstelle erziehen wolle, so könne auf keinen Fall im voraus der Abzug der Estrafgelder vom Lohn vereinbart werden. Wenn der Arbeitgeber zu seinem Ziele gelangen wolle, so könne er es so einrichten, daß er sich nachträglich, z. B. am Schluß jeder Woche die Estrafgelder zahlen lasse.

Unkenntnis in Unfällen.

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften klagen fast alle über stärkere Verletzung und sie versuchen die Rentendrückerei in jeder Form.

Dabei werden viele Ansprüche infolge Unkenntnis ihrer Berechtigten nicht erhoben. Folgender Fall gehört zu diesem Kapitel:

Dem Kleinbauern A. H. aus Bremthal fiel im Oktober 1904 ein Fausch auf den linken Fuß. Die auftretenden Schmerzen suchte man mit allerlei Hausmitteln zu beseitigen. Schließlich mußte der Arzt doch gerufen werden, der das Leiden zunächst gar nicht erkannte. Erst als sich auf dem Rücken eine Fistel bildete, schaffte man den Verletzten in das Krankenhaus. Wie das um vorliegende Urteil des Reichsversicherungsamtes besagt, wurde der Kranke fast sechs Monate im Krankenhaus gehalten und „da es nicht gelang, die Erkrankung auf eine andere Weise zur Ausheilung zu bringen, mußte, um das Leben des schon 72-jährigen Mannes zu erhalten, das linke Bein abgenommen werden.“

Der Verletzte wurde aus dem Krankenhaus ungeheilt entlassen, er machte aber immer noch keine Ansprüche gegen die Versicherungs-Gesellschaft geltend, da ihm jeder Nachbar erklärte, daß er da „gar nichts machen könne“.

Als er später von einem Arbeiter über den Sachverhalt aufgeklärt wurde, war es leider schon zu spät. Wohl meldete der Schwerbeschädigte dann seine Ansprüche bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft an, wurde aber abgewiesen, weil inzwischen die Verjährung eingetreten war. Das Schiedsgericht gab der Berufsgenossenschaft in allen Punkten recht und auch das Reichs-Versicherungsamt wies den erhobenen Rekurs zurück.

Staat und Gesellschaft tun wenig, um die Gesetzeskenntnis zu verbreiten. Der Hinweis des Reichsversicherungsamtes, daß der unkluge Kreis „andere beauftragen“ sollte, seine Ansprüche geltend zu machen, ist hinfällig, weil er ja als unkluger Mann seinen Auftrag geben konnte. Die „anderen“ im Dorfe, von denen man doch Gesetzeskenntnis voraussetzen sollte, Farmer, Schullehrer und Bürgermeister usw. haben auch verlag. Die Schule wäre wohl die berufene Stelle, die elementarsten Kenntnisse der Sozialgesetze zu verbreiten.

Kommunalwahl.

Bei der Vertreterwahl der Ortskrankenkasse Dortmund siegte die sozialdemokratische Liste in den Kemtern Dorstfeld und Marten.

Arbeiter-Samariterbund.

Während der Osterfeiertage hatten sich in Magdeburg aus einer Reihe deutscher Städte die Vertreter der Arbeiter-Sanitäts-(Samariter-)Kolonnen zusammengefunden, um diese Kolonnen zu einem Bunde zu vereinigen. Die neue Organisation erhielt den Namen „Arbeiter-Samariterbund“.

Die Aufgabe der Samariter ist die allgemeine Hilfeleistung bei Unglücksfällen und daneben Gesundheits- und Körperpflege. Durch den Bund soll, wie das Bundesstatut besagt, das Samariterwesen in weitestem Maße in der arbeitenden Klasse verbreitet werden. Mitglied des Bundes kann jede Kolonne werden, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung und unter Leitung eines praktischen Arztes steht. In den Kolonnen werden Unterrichtskurse und regelmäßige Übungen kleineren und größeren Umfangs veranstaltet. Die Materialien sollen gemeinsam durch den Bund bezogen werden.

Als Sitz des Vorstandes, der aus fünf Personen besteht, wurde Berlin gewählt. Zum Vorstand gehören auch die leitenden Ärzte der Kolonne des Bundesgebietes. Die Wahl des Bundesvorsitzenden fiel auf Stein-Charlottenburg. Der Ausschuss soll seinen Sitz in Dresden haben. Von den Kolonnen sind pro Mitglied und Vierteljahr 30 Pf. an die Bundeskasse abzuführen. Als Organ des Bundes wurde die „Sanitätswart“, das Gewerkschaftsblatt der Krankenwärter usw., bestimmt.

Der Bund rechnet auf die Unterstützung der Arbeiterorganisationen, die ihm, nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen, auch zu teil werden dürfte.

Dem Bunde haben sich bisher die Arbeiter-Sanitätskolonnen in Berlin, Dresden, Meissen, Hamburg, Köln, Barmen und Gerafeld angeschlossen. In Nürnberg, Krefeld, Kassel und Völklingen haben sich die Gründung von Kolonnen bevor. Die Zahl der gesamten Mitglieder beträgt rund 1000.

Gewerkschaftlichen.

Gegen die Waldarbeiter!

Der Deutsche Forstverein hat sich von jeher durch seine soziale Verbindlichkeit allen Fragen gegenüber, die auch nur im entferntesten Zusammenhang mit den Angehörigen und Arbeitern stehen, ausgezeichnet. Durch das Lebendigwerden der Waldarbeiter hat er sich in den letzten Jahren auch erneut mit der Waldarbeiterfrage beschäftigt. Den letzten Anstoß gab die jüngste Tagung des Forstwirtschaftsrates, die im März 1908 in Berlin stattfand. Dort referierte ein Herr Oberforstmeister über die ganze Frage. Im Anschluß daran wurde ein Beschluß gefaßt, die Waldarbeiterfrage durch den Deutschen Forstverein erneut zu behandeln. Um zu diesem Zwecke statistisches Material zu bekommen, ist dann später ein Fragebogen angearbeitet worden, der in größerer Anzahl den Zentral- und Lokalforstverwaltungen und einer ganzen Reihe von Waldbesitzern zur Begutachtung vorgelegt hat. Diese jetzt in Arbeit befindliche Statistik — bis Ende des vergangenen Monats sollten die Fragebogen ausgefüllt bei der Zentralkasse einlaufen — erfordert jetzt schon die größte Beachtung, einmal deshalb, weil ja die Statistik eine halb und halb amtliche ist, und deswegen dem Zahlenmaterial bei seinem Erscheinen sicher die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird, zum anderen, weil schon die Art der Ausarbeitung des statistischen Fragebogens — und dies ist für die beteiligten Arbeiter das wichtigste — in einer Art erfolgt ist, die den schärfsten Protest herausfordern muß.

Der Fragebogen ist unter dem Leitmotiv: „Was muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Waldarbeitern an Lohn und Unterhalt gewährt werden, um dem Walde einen fröhlichen tüchtigen Arbeiterstand zu erhalten“, ausgearbeitet.

Als erste Vorfrage wird nach verschiedener Hinsicht Auskunft verlangt über: Ist Mangel an Arbeitern vorhanden? Die Frage 3 fordert schon von entchiedensten Protest geradezu heraus, sie lautet: Weht der Arbeitermangel bereits so weit, daß ungedacht eingetretener Lohnsenkungen wichtige Waldarbeiten überhaupt nicht, oder nur ungenügend, oder nicht zur rechten Zeit ausgeführt werden können, oder sich Betriebsänderungen notwendig machen? Den wissenschaftlichen Wert dieser Frage beleuchtet dann eine folgende, die fünfte. Sie lautet: Liegt in denjenigen Bezirken, in denen nach eingetretener Lohnsenkungen noch die Möglichkeit vorliegt, eine ausreichende Anzahl von Arbeitern heranzuziehen, bereits eine für die Fortführung des forstlichen Betriebs bedenklich gewordene Verteuerung der Arbeit vor? Hier wird also ohne weiteres von dem Standpunkte ausgegangen, daß der Arbeiter der bewegliche Faktor im forstlichen Rentabilitätszirkel ist, der, sowie Unrentabilität eintritt — zu was ist er beweglich — eben verändert, in der Lohnsumme verringert werden muß. Es wird als selbstverständlich hingestellt, daß es der Arbeiter ist, von dessen Entlohnung die Möglichkeit des forstlichen Betriebes abhängig ist, von den übrigen Faktoren der Rentabilitätsbestimmung wird überhaupt nicht gesprochen, Grund und Boden, Art der Bewirtschaftung, und nicht zuletzt der beanspruchte Profit des Besitzers aus dem Betrieb, alles ist nebensächlich, nur wenn der Waldarbeiter eine Lohnsenkung bekommt, dann muß damit gerechnet werden, daß „eine für die Fortführung des forstlichen Betriebes bedenkliche Verteuerung der Arbeit vorliegt“. Die Frage 6 geht auf dem so bezeichneten Wege weiter: „Sind, namentlich infolge der Lohnsenkungen, früher mit Nutzen verwertbare Sortimente bei den neuerdings zu zahlenden Verlesungen nicht mehr mit Vorteil abschaffbar?“ Die Frage nach den billigen ausländischen Arbeitern spielt selbstverständlich auch eine große Rolle. Es wird um Auskunft gebeten, „inwieweit es möglich gewesen ist, den bedrückenden Mangel an geeigneten männlichen und weiblichen Arbeitern durch Heranziehung auswärtiger, insbesondere ausländischer Arbeiter (Sachsen, Polen, Galizier, Italiener, Tiroler) abzufassen“.

Nach viel Leichter ist es, wie man sich die Unterlegen über die Lohnfrage zu verschaffen versucht. Ihr ist wieder ein ganzer Abschnitt gewidmet. „Ist in Ihrem Bezirke versucht worden, durch Erhöhung der Löhne die männlichen und weiblichen Arbeiter im Walde festzuhalten, und mit welchem Erfolge?“ lautet die einleitende Frage. Dann kommt schon der Pferdefuß: „Haben sich in Ihrer Arbeiterschaft schon Organisationen gebildet, die die Erreichung günstiger Arbeitsbedingungen und höherer Löhne sich zur Aufgabe gemacht haben?“ Also die Vereine, die günstige Arbeitsbedingungen und höhere Löhne schaffen wollen, sind es, denen die staatlichen und privaten Forstbesitzer solch große Aufmerksamkeit widmen, daß es nicht die Leiden vieler, allzu vielen Mühsalwerke sind, ist für die Waldarbeiter ein recht deutlicher Wink, in welcher Richtung sich die Bestrebungen der Herren bewegen. Die Frage 19 ist wieder recht bezeichnend für das soziale Verständnis der sich mit der Waldarbeiterfrage beschäftigen: „Hat sich die Uebernahme der den Waldarbeitern gesetzlich zur Last fallenden Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung auf Kosten des Arbeitgebers infolgedessen bewährt, als hierdurch die Arbeiter der Waldarbeit erhalten geblieben sind?“ Man weiß nicht recht, ob man über diese Frage lachen oder den Kopf schütteln soll. Der Fragebogen ist nun von einer Reihe amtlicher Stellen eingesehen worden, und nicht nur eingesehen, sondern überhaupt nach ihren Wünschen gestaltet! Welche Absicht man mit solchen Fragen verfolgt, ist zu durchscheinend, als daß es besonders bekannt zu werden braucht, aber charakteristisch bleibt es doch, daß nach solchen Gesichtspunkten die Lohnfrage der Waldarbeiter statistisch gefaßt werden soll.

Des weiteren beschäftigt man sich unter der Rubrik IV mit der dauernden Unterbringung der Waldarbeiter durch Ansiedelung. Da ist besonders die Frage 27 der Beachtung wert: „Ist die Beobachtung gemacht worden, daß durch Ueberlassung von Ländereien an Arbeiter in zu großem Umfange (1) diese der Waldarbeit wieder entzogen worden sind?“ Den Gipfel der Unbesorgtheit erreicht aber die Frage 28: „Ist solchen angesiedelten Arbeitern vertragsmäßig die Verpflichtung auferlegt worden, sich den Waldbesitzern zur Ausführung der Waldarbeiten jederzeit zur Verfügung zu stellen und gilt diese Verpflichtung auch für die Familienangehörigen? Wenn ja, läßt sich diese Verpflichtung praktisch durchführen?“ Man interessiert sich also dafür, ob man die Familienangehörigen derjenigen Arbeiter, die man durch Schaffung von Ländereien vollständig abhängig gemacht hat, praktisch dazu zwingen kann, jederzeit zur Ausführung von Waldarbeiten zur Verfügung zu stehen. Es würde wie ein Stück mittelalterlicher Hörigkeit anmuten, wenn es nicht nur zu wahr wäre, daß solche Knechtschaft für viele Land- und Waldarbeiter als etwas durchaus gewöhnliches geschildert wird.

Der ganze Fragebogen zeigt in seiner Tendenz einen solch unversöhnlich arbeiterfeindlichen Charakter, daß unwillkürlich der Gedanke, daß da auch Staatsbehörden beteiligt sind, kommen würde, wenn es nicht so schon bekannt wäre.

Daß der in kürzerer oder längerer Zeit fertig werdenden Statistik von vornherein ein entchiedenes Paroli geboten werden muß, ist klar. Solche Fragen geben keine Statistik, sie geben nur Material zu Ausnahmefällen und Ausnahmestimmungen gegen die Waldarbeiter, und die haben wahrlich schon genug unter dieser Ausnahmezuständen zu leiden. Daß der Deutsche Forstverein es verstehen wird, seiner Statistik die nötige Wirkung zu verschaffen, wird ohne weiteres klar, wenn die Mitgliederliste durchgesehen wird. Am 1. August 1908 umfaßte der Verein 2088 Mitglieder, 58 Proz. aller Mitglieder sind Staatsforstbeamten und Staatsforstbediensteten! In Bayern allein sind es sogar 64 Proz.!! Von der deutschen Gesamtbevölkerung vertritt der Verein 44,4 Proz., oder 6.915.000 Hektar, davon sind allein 4.000.000 in den Händen von Staatsforstbediensteten. Der derzeitige Vorsitzende ist ein Herr v. Stünzner, Igl. Hofkammerpräsident in Berlin, Vizepräsident der Igl. preussischen Kron- und Hausbesitzkommisforstbesitzer. In Verbindung nach oben wird es also nicht fehlen. Die Arbeitervertreter in den Parlamenten haben aber alle Ursache, bei kommenden Verhandlungen über die Angelegenheiten der Waldarbeiter die statistischen Unterlagen mit besonderem Mißtrauen zu prüfen, und die Waldarbeiter müssen sich um so schneller und energischer zusammenschließen. Schon der Fragebogen allein zeigt, wohin die Reise gehen soll: In mittelalterliche Hörigkeit zurück!

Berlin und Umgegend.

Eine Lohnbewegung der Landschaftsgärtnergehilfen und Gartenarbeiter bereitet sich vor. Eine Versammlung derselben führte zu einer lebhaften Diskussion, in welcher von allen Rednern betont wurde, daß von den Gehilfen und Gartenarbeitern das günstige Frühjahrsmietter auszunutzen sei und jeder nur zu der Mindestforderung, 55 Pf. bei gleichzeitiger Arbeitszeit arbeiten darf. Wo es die Verhältnisse gestatten, soll die alte Forderung (60 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit) aufrecht erhalten werden. Auf dem Stellenmarkt suchen die ersten Firmen Arbeitskräfte, ein Zeichen für die Arbeitsfälle in diesem Frühjahr, die durch den langen Winter verursacht ist. Da der Landschaftsgehilfe nur kurze Zeit Beschäftigung in seinem Berufe hat, meist nur bis Pfingsten, so ist es zu verstehen, wenn die Gehilfen die günstige Gelegenheit für sich auszunutzen, um eine Verbesserung ihrer Verhältnisse durchzusetzen. 55 bezw. 60 Pf. Stundenlohn sind bescheidene Forderungen, zumal die Beschäftigungszeit im Jahre sich für die meisten Gehilfen nur auf höchstens sechs Monate ausdehnt. In der anderen Zeit muß der Gärtnergehilfe in einem anderen Berufe ein Unterkommen finden. Da nun die Lohnbewegung in der Branche Handelsgärtner beendet ist, kann die Organisation ihre ganze Kraft der Branche Landschaftsgärtner zuwenden.

Achtung, Lohrgerber, Juristen und Glaser!

Der Streik bei der Firma Gebr. Schlägel, Richtenberg, Röhrestr. 25, dauert unverändert fort. Die Firma sucht in industriellen Blättern Bauarbeiter, Tafelarbeiter und Falzer. Zugang von Lohrgerbern, Juristen und Glaserarbeitern ist streng fernzuhalten.

Verband der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands Ortsverein Berlin II.

Wegen Kürzung des Stundenlohnes haben in sämtlichen Bau- und Geschäftszu Lehnin (Wahl) und Umgegend die Arbeiter und Zimmerer die Arbeit eingestellt. Zugang ist von Lehnin fernzuhalten!

Deutsches Reich.

Das „Korrespondenzblatt“ der General-Kommission teilt mit:

„Da der Verfasser unserer Wirtschaftlichen Rundschau, Genosse Max Schippel, durch eine Studienreise auf etwa ein Jahr von Deutschland ferngehalten wird, so ist diese Rundschau bis zu seiner Rückkehr dem Genossen Richard Calver übertragen worden.“

Wer ist Terrorismus?

Die Unternehmer ereifern sich fortgesetzt über den angeblichen Terrorismus der organisierten Arbeiter. Daß die Unternehmer- clique sich selbst aber keines Mittels schämt im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterkraft, das beweist schlagendes folgendes Schreiben eines Wirtes an einen Vertrauensmann des Vergarbeiterverbandes in Tiefenort (Hessen):

„Röhrigsdorf, den 14. März 1909.“

Herrn P. Tiefenort.

Zu meinem großen Bedauern muß ich Ihnen die Mitteilung machen, daß Sie gelegentlich Ihres letzten Hierseins am 10. März in meinem Lokale anwesend waren und durch die Verlesverwaltung Hattorf familiären Schacharbeiten verbot worden ist, mein Lokal zu betreten.

Ich muß Sie doch höflich bitten, mich für die Folge mit Ihrem Besuche verschonen zu wollen, da mir durch Ihren Aufenthalt in meiner Wirtschaft erheblicher Schaden entsteht.

Hochachtungsvoll

Ad. Klee, Gastwirt.“

Also nur, weil der Vertrauensmann einmal gelegentlich in dem Lokal anwesend war, wurde den Arbeitern nach diesem Schreiben verboten, dort zu verkehren.

Schlimmere Auswüchse kann der Herrenübermut wohl kaum noch zeitigen.

Und wieder ein gemeingefährlicher Scharfmacherverband.

Die Mitglieder des Maurerverbandes in Gütersloh hatten in Gemeinschaft mit der christlichen Organisation, gezwungen durch den Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, neben einigen anderen Forderungen das Ersuchen an die Gütersloher Bauunternehmer gerichtet, den bisherigen Stundenlohn von 45 auf 50 Pf. zu erhöhen und die Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden zu verkürzen. Prompt erhielten die Vertreter der Arbeiterorganisationen ein Schreiben vom Arbeitgeberbund für Rheinland und Westfalen, in welchem erklärt wurde, daß dieses Ersuchen nur an den Arbeitgeberverband zu richten sei. Die Antwort, die sie auf Einreichung ihrer Wünsche sodann von diesem erhielten, war nicht nur allein eine glatte Ablehnung, man verlangte vielmehr, die Arbeiterorganisationen hätten sich bis zum 25. v. M. (März) zu entschließen, ob zu den bisherigen Lohnsätzen weitergearbeitet werden sollte oder nicht; im letzteren Falle würden die Unternehmer zu besonderen Maßnahmen genötigt sein.

Die Mitgliederversammlungen der Verbände beschloßen jedoch einstimmig, die Forderungen aufrecht zu erhalten und den Arbeitgeberbund um mündliche Verhandlungen zu ersuchen.

In der Verhandlung, die am 3. April stattfand, forderte der Vertreter des Arbeitgeberbundes — der sich auf nichts weiter einließ — innerhalb dreier Tage eine Erklärung, daß die Forderungen rückgängig gemacht seien! Die Arbeiterorganisationen haben darauf erklärt, daß sie den Dingen nunmehr freien Lauf lassen wollten. Nachdem die Frist von drei Tagen abgelaufen, verachtete die Unternehmer vergeblich, die Arbeiter zur Unterzeichnung eines Schriftstücks zu bewegen, nach welchem sie bis zum 1. Oktober zu den alten Bedingungen weiterarbeiten sollten.

Jetzt ist den Arbeitern zum 22. d. M. gekündigt worden, so daß der Kampf unter Aufsicht des Arbeitgeberbundes beginnen wird.

Die Harpener Bergbau-Mitiengeellschaft, die im vergangenen Monat eine große Anzahl Vergleute entließ, forderte auf Reche Preußen III bei Dortmund annähernd 180 Vergleute auf, zum 15. April ihre Kündigung einzureichen, angeblich wegen der mit der Krise verbundenen schlechten Abzugsfähigkeit. Unter den Letzten befinden sich viele, die über ein Jahrzehnt auf der Reche beschäftigt sind.

Neuestenwahlen im Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum.

Am verfloßenen Sonnabend fanden in 17, meist neugebildeten Sprengeln, Rentwahlen statt. Dabei eroberte der Verband elf Sprengel, die übrigen sechs fielen den Christlichen zu. Es wurden in den 17 Sprengeln insgesamt abgegeben für die Verbandslabibanten 2543, Christliche 1833, Polen 201, Rechenpartei 136, Christ-Dunder 87, Wismasch 187 Stimmen.

Bemerkenswert sind die Fortschritte des Verbandes in verschiedenen im gut katholischen Wahlkreis Reddinghausen gelegenen Sprengeln.

Eine Bauarbeiterkonferenz für Sachsen

fand am zweiten Osterfeiertage in Dresden statt. Sie war von 127 Delegierten aller Bauberufe aus 48 Orten besucht. Die Ausführungen des Referenten und der Debatterer gipfelten in dem Urteil, daß der Bauarbeiterstand in Sachsen noch sehr im argen liege. Es gäbe zwar eine Reihe ganz guter Satzbestimmungen, diese ständen jedoch nur auf dem Papier. Die Baukontrolle durch die Behörden sei durchaus ungenügend; Kontrollen durch den Arbeiterstand, die aus freier Wahl hervorgingen, seien dringend notwendig.

Eine entsprechende Resolution wurde angenommen, ebenso eine solche, die die Bauarbeiter aller Berufe auffordert, mehr als bisher zur Bekämpfung der Veikrankheit zu tun. Eine dritte Resolution verlangt die Bekämpfung der Frauenarbeit auf Hochbauten, die in Chemnitz und Umgegend noch an der Tagesordnung ist. Ferner wurde ein Antrag angenommen, die Zentral-Kommission für Bauarbeiterfrage zu ersuchen, eine technische Beilage mit Zeichnungen über muster-gültige Gerüste alle Vierteljahre den einschlägigen Gewerkschaftsorganen beizulegen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Konterrevolution.

Konstantinopel, 13. April, 3 Uhr nachm. (Weld. d. Wiener L.L. Telegr. Korr.-Bür.) Der Präsident der türkischen Kammer hat soeben einen Brief an die Pforte gerichtet, worin er sagt, er glaube dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen, wenn er demissioniere. — Ein Deputierter, welcher einem sehr eifrigen jungtürkischen Mitgliede der Kammer ähnlich sieht, ist soeben von Soldaten ermordet worden. Außerordentlich große Truppenmassen bewegen sich nach und von Stambul, einzelne ohne Offiziere, somit Aufständische, andere mit Offizieren; die Haltung der Offiziere ist jedoch ungewiß.

Die Geheimnisse des Wurstfests.

München, 13. April. (W. S.) Heute mittag waren hier Gerüchte verbreitet, daß 16 Personen an Wurstvergiftung erkrankt und fünf davon bereits gestorben seien. Nach den behördlichen Angaben handelt es sich bisher nur um vier Erkrankungen, während der Todesfall noch nicht aufgeführt ist.

Großfeuer.

Roschster (Reichs-Hof), 13. April. (W. S. B.) Im Osten der Stadt wüthet ein heftiges Feuer, das bereits ganze Gassenreihen und mehrere Kirchen, darunter die deutsch-lutherische Zionkirche, ergriffen hat. Die Nachbarstädte Syracuse und Buffalo sind um Hilfe angegangen worden. Militärtruppen werden für den Wachdienst herangezogen. Um ein Weitergreifen des Feuers zu verhindern, sollen verschiedene Gebäude durch Dynamit gesprengt werden.

Französischer Parteitag.

St. Etienne, 11. April. (Fig. Ver.)

Heute ist hier der sechste Kongress der geeinigten sozialistischen Partei zusammengetreten. St. Etienne ist die einzige Stadt Südfrankreichs, die dank der industriellen Entwicklung einen an die großen Industriezentren Europas gemahnen den reichen Aufschwung genommen hat. Die Gemeinde zählt 150 000 Einwohner, von denen der größte Teil der Arbeiterklasse angehört. Neben der Metallindustrie, die namentlich durch die große Waffenfabrik repräsentiert wird, spielt besonders auch die Textilindustrie eine bedeutende Rolle und die Stadt ist das Zentrum des Kohlenbeckens der Loire. Diese Hauptquellen ihres Reichtums, von dem freilich das Proletariat nicht abgekoppelt hat, sind auf den künstlich sehr mächtigen Pressen im großen Saale der Arbeitshörse symbolisiert, der den Parteitag beherbergt. Der in seinen Raumverhältnissen imponierende Bau wurde unter der früheren sozialistischen Gemeindeverwaltung aufgeführt. Derzeit ist der Gemeinderat in seiner Mehrheit wieder reaktionär. Die Schuld daran trägt die traurige Verfallbarkeit der Organisation. Der Demagog Brion, der hier seinen Wahlsitz hat, besitzt noch immer einen starken Anhang unter der noch wenig aufgeklärten Arbeiterschaft. Neben der brandfreundlichen nichtinstituierten Föderation besteht im Loire-Departement noch eine an die geeinigte Partei angehängte, und zum Überflus hat bei den letzten Gemeinderatswahlen noch eine dritte sozialistische Organisation besondere Kandidaten aufgestellt. Auf diese Weise verlor die Arbeiterklasse die Herrschaft über die kommunale Verwaltung. Doch fehlt es in der Stadt nicht an fortlebenden Zeugnissen ihrer sozialistischen Periode. Ein sichtbares Zeugnis davon ist der Name Benoît Malon, den wir an einer Straßenecke finden, auf deren anderer Seite seltsamerweise der Johannes des Täufers steht. Zwei Weltanschauungen stoßen da aneinander.

Der Kongress versammelt sich am Nachmittag zur ersten Sitzung. Delors präsidiert. Die Gruppierung der verschiedenen Parteirichtungen weist von der von den letzten Parteitagen her gewohnten ziemlich ab und in ihr wird die neueste Entwicklung der Partei deutlich. Die Freunde Guesdes sitzen diesmal im Zentrum und scheiden so die Syndikalistin und ihre Freunde von der Minorität der Seine-Föderation einerseits und der Herobisten oder, wie sie sich neustens nennen, „Insurrektionellen“ von einander. Bei der Seineföderation, neben Baillant und Grouffier, hat auch Jaurès Platz genommen. Die Herobisten sind auf einmal eine starke Partei geworden. Ist es ihnen doch gelungen, die Mehrheit in der Seine-Föderation zu erringen! Sie tragen darum auch ein besonders gestärktes Selbstbewußtsein zur Schau und legen sich auch in ihren Unterbrechungen der anders gesumten Redner keinen Zwang auf.

Die Verifikationskommission hat 328 Mandate von 66 Föderationen anerkannt. Diese Mandate werden durch 204 Delegierte vertreten.

Dubreuilh legt als Parteisekretär den Bericht der Verwaltungskommission mit Erläuterungen vor. Seit dem September des letzten Jahres, wo der Rechnungsabluß für den Kongress von Toulouse vorgenommen wurde, ist die Zahl der steuernden Parteimitglieder von 49 248 auf 51 002 gestiegen. Die Rechnung haben Mandatgewinne gebracht, deren Liste wohl noch durch die Wahl Compère-Morels eine Ergänzung erhalten wird und überaus bedeutende Stimmengewinne, die die Stärke der Partei in den zur Wahl gekommenen Wahlkreisen seit 1906 mehr als verdoppelt zeigen. Der Bericht hebt weiter hervor, daß die sozialistische Partei diesmal durchwegs allein und gegen die erschlafften Koalitionen der sozial-reaktionären Parteien kämpfen mußte.

Der Bericht der Fraktion erwähnt u. a. die Haltung bei der Schlußabstimmung über das Budget: 88 Reaktionsmitglieder haben das Budget verweigert, 12 sich der Abstimmung enthalten. Der Bericht sagt darüber: „Es ist sehr bedauerlich, daß über eine so wichtige prinzipielle Frage, die durch die Internationale bereits entschieden ist, eine einheitliche Abstimmung nicht erzielt werden konnte. Auf Antrag des Nationalrats soll sich der Parteitag von St. Etienne darüber äußern, ob

die Deputierten der Partei das Recht auf Stimmenthaltung haben oder an die Beschlüsse der nationalen und internationalen Kongresse über die Ablehnung des Budgets gebunden sind. Die Abstimmungen der Fraktion lassen überhaupt an Einheitlichkeit viel zu wünschen übrig. Bei 82 namentlichen Abstimmungen ergaben nur 16 Einigkeit. Besonders peinlich war die Meinungsverschiedenheit bei den Abstimmungen im Verlaufe des Poststreiks. Bei der vom kapitalistischen Deputierten Reinach am 19. März beantragten Resolution, daß die Kammer entschlossen sei, Streiks von Beamten nicht zu dulden, enthielten sich drei Deputierte: Breton, Brouffe und Baranne der Abstimmung. Sie sollen deshalb vom Parteitag zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Stassenbericht, der mit dem 31. Dezember 1908 abschließt, weist für das letzte Jahr an Nettoeinnahmen 106 200 Fr., an Nettoausgaben 60 558 Fr. auf. Die Einnahme aus der Deputiertensteuer ist der bedeutendste Posten. Er beträgt 46 210 Fr., erst nach ihm kommen die Einnahmen aus den Beiträgen der Parteigenossen mit 36 238 Fr. Die Deputierten schulden der Parteikasse noch 27 050 Fr. Das Parteivermögen betrug 91 238 Fr.

Die Herobische Sonderbündel.

Dubreuilh referiert weiter über den neuesten Konflikt mit Herob. In der „Guerre Sociale“ sind wiederholt Aufrufe erschienen, die zur Gründung einer neuen „revolutionären“ Föderation im Nord-Departement aufforderten. Auf die Beschwerden der dortigen Parteiföderation beschloß die Administrationskommission, eine derartige Verlegung des Einigungspakts nicht zu dulden und der Nationalrat forderte Herob auf, diese Publikationen einzustellen. Herob künerte sich jedoch darum nicht und als die Administrationskommission neuerdings an ihn herantrat, erklärte er, daß er bei der „Guerre Sociale“ wohl Redakteur, aber kein Diktator sei. Das Blatt sei von Anfang an als gemeinsames Organ für Parteimitglieder wie für außerhalb der Partei stehende revolutionäre, liberale und syndikalistische Elemente gegründet worden. Da Herob beimgenäß ablehnte, den Mahnungen der Parteiführungen Folge zu geben, war die ganze Frage Herob für diesen Parteitag wieder aufgerollt.

Seit ein paar Wochen ist zu den älteren Beschwerden noch eine neue hinzugekommen. Die „Guerre Sociale“ wurde das Sprachrohr einer neuen Tendenz. Die „revolutionären“ Mitglieder der Seine-Föderation wurden zu besonderen Konventikeln eingeladen, die über die Gründung einer „insurrektionellen Organisation“ innerhalb der Partei berieten. Auch der Plan einer geheimen Kampforganisation tauchte auf und so sollte wüsten, für die Partei höchst gefährlichen Karateilen Tür und Tor geöffnet werden.

Wird die Rechnung mit dem hartnäckigen Störer des Parteifriedens diesmal bereinigt werden? Kein Zweifel, die bloße Anwendung des Parteistatus müßte seinen Ausschluß herbeiführen. Der Artikel 61 dieses Statuts sagt: „Die Zeitungen und Zeitungsblätter, die sich, ohne Parteieigentum zu sein, auf die Partei beziehen, haben sich für die Aktion den Parteitagebeschlüssen in der Interpretation des Nationalrats zu fügen.“ Und der Artikel 62 sagt: „Der Nationalrat übt über die Zeitungen, die sich als sozialistisch bezeichnen oder deren politische Zeitung einem oder mehreren Parteimitgliedern gehört, nur eine allgemeine politische Kontrolle aus. Der Nationalrat kann sie zur Beobachtung der Parteipolitik auffordern und nach Vorladung und Anhörung der verantwortlichen Redakteure dem Parteitage vorschlagen, alle Beziehungen zwischen diesen Zeitungen und der Partei für abgebrochen zu erklären.“

Die Verhandlung zeigt sofort, daß auf dem Parteitag wenig Aussicht vorhanden ist, daß diese Bestimmungen in ihrer Strenge angewendet werden. Die äußerst klammernde Debatte bietet ein merkwürdiges Bild. Sie spielt sich fast ausschließlich zwischen den Herobisten und den Guesdisten ab. Die neuesten Segner Herob — die syndikalistischen Intellektuellen — verhalten sich vollkommen referiert, ebenso die ihnen nahestehenden Mitglieder der Seine-Föderation. Sie haben den Herobismus großgezogen, der sie nun selbst überflügelt hat. War er auf den früheren Parteitagen aus taktischem Kalkül als ein bescheidenes, aber notwendiges Bestand-

teil der Majorität gefolgt worden, so ist er nun freilich zu einer Macht geworden, mit der sich die Partei ohne schwere Erschütterung ihres Organismus nicht auseinanderlegen kann.

Dieses Machtbewußtsein charakterisiert die Rede, womit Herob das Geseßte beginnt. Er spricht in seinem alten spöttischen Ton, aber noch mit weniger Schen als sonst, seine Verachtung der Parteidisziplin zu zeigen. Dabei verschmäht er auch nicht seine beliebigen Volksversammlungen, immer wieder seine Herberstraßen gegen die Argumente der Angreifer auszuspielen. Die Aufzählung zur Gründung von Sonderorganisationen will er nur als „Dokumente“ veröffentlicht haben, dagegen habe er die aus der Nordföderation — wenn auch vergeblich — aufgefordert, gerade im Interesse der revolutionären Propaganda wieder einzutreten. Die „Guerre Sociale“ soll die gemeinsame Aktion, die Allianz aller Revolutionäre, auch die mit den Anarchisten fördern. Wenn es in der Partei Leute gibt, die mit den Radikalen halten, so hält er, Herob, es lieber mit den anarchischen „Kameraden“, auch mit solchen, die „individuelle Alle“ gelegentlich für angezeigt halten. Schließlich versetzt er sich zur Behauptung, man wolle seinen Ausschluß, um Platz für die Wiederkämpfer zu machen.

Kayaport meint, Herob und seine Freunde hätten sich selbst aus der Internationale ausgeschlossen durch ihre Verachtung des Londoner Beschlusses. Ihre Zugehörigkeit zur französischen Partei ist ein permanenter Skandal. Herob beginnt seine Insurrektion mit der Insurrektion gegen die Internationale. Diese Gruppe bleibt nur darum in der Partei, weil sie außerhalb ihrer nichts wäre, wie man dies in Italien bei den syndikalistischen Revolutionären gesehen hat. Wir selbst verlegen die Beschlüsse der Internationale, wenn wir die Alliierten der Anarchisten in unserer Mitte behalten und die Internationale ignoriert diesen Zustand nur mit Rücksicht darauf, daß wir ein großes Land repräsentieren.

In der Debatte treten weiter eine Reihe von Arbeitern aus verschiedenen Föderationen gegen die Herobisten auf, die im Postbeamten Chastenet, einem Bertelbiger der Geheimorganisation, und im Pariser Gemeinderat Colly besonders heftige Kämpfer finden, dieser muß sich aber von De la Porte entgegenhalten lassen, daß er 1901 ein Helfer Millersands gewesen sei. Die Millersand sagt De la Porte, soll jetzt Herob außerhalb der Parteikontrolle gestellt werden. Herob spricht noch einmal, mit verklärter Grobheit: „Ich pfeife auf Ihre Organisation!“ ruft er den Guesdisten zu. Er will die Partei schlagen, damit sie nicht im Stump der Wählerlei verfinke.

Es liegen drei Resolutionen vor: Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, ein anderer, von der Mehrheit der Seineföderation eingebracht, der die „Freiheit der Meinungsäußerung“ anerkennt, und ein dritter, ein Tadelantrag. Jaurès beantragt indes Verweisung an eine Kommission. Er nimmt das Insurrektionsprogramm Herobs nicht tragisch und meint, mit der Erweiterung der Parteikontrolle würden die Meinungsgegenstände in der Partei an Vitterkeit verlieren. Das Proletariat ist reif genug, um das revolutionäre Programm nicht mit den Kinderreien der Insurrektionellen zu verwechseln.

Der Antrag Jaurès wird angenommen. Der Kommission wird auch ein vierter nachträglich von den Departements Allier und Somme eingebrachter Antrag zugewiesen, der Herobs Ausschließung fordert, weil dieser die Fortsetzung seines Treibens angekündigt habe.

Der Administrationskommission wird die Aufgabe zugewiesen, sich mit einer Reform des Wochenblatts „Sozialiste“ zu befassen, dessen Auflage immer mehr heruntergeht.

Erster Delegiertentag der demokratischen Vereinigung.

(Original-Bericht für den „Vorwärts“.)

Der linke Flügel der „Badenfrümpfer“, der auf der vorjährigen Generalversammlung der „Freisinnigen Vereinigung“ in Frankfurt a. M. aus dieser Vereinigung ausgeschieden ist und eine

langt ihre Rehabilitierung durch den Ehekontrakt. David fühlt, daß er Uria gegenüber schuldig geworden. Um sein Verbrechen zu sühnen, überhäuft er den Verurteilten mit süßlichen Gnaden. Uria merkt endlich etwas. Noch mehr: er erfährt aus dem Munde der ihm geschenkten Sklavin Thamar, daß Bathseba sich dem König hingeegeben, daß sie Ehebruch getrieben. Und nun singt er an zu rufen. Im Hauch findet er den Tod. David sieht Verhältnisse zu Bathseba auf den Kopf zu sagen. Dann, mit sich allein, schmiedet er Rache. Da erscheint Bathseba und berichtet, daß sie Mutterfreuden erwarte. Dies Geständnis befähigt ihn, dem es verlagert war, Bathseba ein Kind zu geben. So mag sie denn mit David glücklich werden. Uria mag indessen nicht mehr länger leben. Um Bathsebas Willen will er David schonen. Doch soll er eine Strafe spüren: ihm, Uria, muß er, als König und als Mensch bezwungen, mit einem Geheimbrief an Joas das Todesurteil schreiben. Mit diesem Dokument zieht Uria in die Schlacht. Nun steht David kein Hindernis mehr im Wege, die Geliebte als seine Gemahlin proklamieren zu lassen. Allein dies Glück ist für den hysterischen David zu viel. Er rasiert vor Schmerz und vor Wonne und stirzt — das ist mir nicht recht klar geworden — ob ohnmächtig oder tot — auf der Bühne zusammen. ... In der Aufführung beherrschte filigrane Kunst jedes Wort, jede Pose, jede Gebärde. Sanfte Flötentöne des Liebesrausches steigerten sich zu Rastophonen. George Gerich (David) raste, Ludwig Hartau (Uria) raste, Elisabeth Behrauch (Bathseba) raste. Es war ein Trio der Raserei bis zur Hysterie im unweilen jähelnden Sprechstil mit ostentativer Betonung der langen Silben; denn der Wief des Uria ist ja eine moderne — Jambentragödie.

Schillertheater-Charlottenburg: Macbeth. Trauerspiel von Shakespeare. Man hatte große dekorative Mittel an die Aufführung gewandt, die schottischen Landschaften und Schlösser besaßen stimmungsvollen Reiz, die Darstellung war sorgsam vorbereitet und gefüllt, und an einigen Stellen, so in der nächtlichen Szene, wo der schwankende Macbeth von seinem Weibe zum Mordmord am König aufgestachelt wird, spürte man auch etwas von jenem Hauche wilder Leidenschaft und düsterer Schicksalschwere, der das Werk umgibt. Ein Festhalten der künstlerischen Illusion durch das ganze Gefüge der von Schrednis zu Schrednis fortschreitenden Handlung hätte man nur von Kräften allerersten Ranges erwarten können. Frau Feldhammer brachte die ungezähmte Härte und Herrschbegier der Lady anschaulich, wenn auch nicht in den Formen elementarer Größe, zum Ausdruck. Pathegoßs Ang durchgeführter Macbeth war in seiner Wirkung durch die Klangfarbe des Organs, dem leicht etwas freierlich-Gütiges anhaftet, hier und da gehemmt. Sympathisch sprach Richard Wirth die Epifodenrolle des Königs, vorzüglich Georg Raschke die des ritterlichen Rächers Macduff.

Notizen.

— Theaterchronik. Die Invasion des albernem Vorstadttheaters in den Neuen Theater hat ein rasches Ende genommen. Von Donnerstag an wird wieder „Die fremde Frau“ gespielt.

— Der Goslarer Aprilscherz. Die Goslarer Bergkammer wird nicht nach Berlin kommen — denn die „Goslarer Zeitung“ hat sich mit der übrigen Menschheit nur einen Aprilscherz erlaubt, dessen Witz zu erkennen rechtlichem Vermögen unendlich ist. Indes, es kann ja nicht jeder aus Goslar sein.

Kleines feuilleton.

Paschal Grouffier †. Im Alter von 64 Jahren ist der einstige „Delegierte für die auswärtigen Angelegenheiten“ der Partier Kommune, Paschal Grouffier, gestorben. Er war aus der republikanischen Unterjüngerschaft hervorgegangen, die der Polizei des zweiten Kaiserreichs so viel zu schaffen machte. Ursprünglich Student der Medizin, warf er sich frühzeitig dem Journalismus in die Arme und besonders bekannt machte ihn 1869 seine Herausforderung des Prinzen Pierre Bonaparte zum Duell, deren Ueberbringer Viktor Noir vom Prinzen ermordet wurde. An der Revolution vom 4. September 1870 nahm er einen hervorragenden Anteil, und nach Ausbruch des Pariser Märzauflandes wurde er in die Kommune gewählt, die ihn zu ihrem Minister der auswärtigen Angelegenheiten machte. Als solcher hatte er freilich keinen großen Wirkungskreis. Denn keine auswärtige Macht erkannte die Kommune an, mit Ausnahme von — Ecuador, und auch diese mit etwas komischem Epsilon kundgemachte Anerkennung war das Werk eines Späßvogels. Bei seinen unoffiziellen Verhandlungen — unter anderem auch mit der deutschen Heeresleitung wegen Anerkennung des Waffenstillstandes — soll er, wie die der Kommune nichts weniger als geneigten fremden Beurteiler bezeugen, viel Eifer und vernünftige Manieren gezeigt haben, zum Unterschied von seinen von der Revolutionswoge emporgehobenen Kollegen wie Raoul Rigault u. a., die sich darin gefielen, die wilden Männer zu spielen und so dem historischen Charakterbild der Kommune nicht wenig geschadet haben. Vom Klassenkampf des Proletariats hatte dieser Gefühlsdemokrat allerdings keine Ahnung und so mochte er den der Internationale angehängten Kommunisten leicht verdächtig werden — wie dies der in der Jubiläumssammlung des „Vorwärts“ veröffentlichte Brief von Karl Marx bezeugt. — Die Versäulter deportierten Grouffier nach New-Caledonien; von wo er nach England entkam. Nach der Amnestie kehrte er zurück und wurde 1893 in Paris zum Deputierten gewählt. Er hat dieses Mandat bis zu seinem Tode innegehabt. Als Sozialist gewählt, machte er die Einigung der Partei nicht mit und stimmte als „Unabhängiger“ getreu für die Regierung. Im Parlament ist er in keiner Weise hervorgetreten. — Grouffier hat sich auch als Schriftsteller versucht und unter Pseudonymen Abenteuer, Romane und Jugenderzählungen geschrieben.

Theater.

Neues Theater: eines Engländer Heim. „Satire“ von du Maurier. Das englische Spektakelstück, das Direktor Schmieden nach so viel verunglückten Premieren durch irgendeinen Impresario, an den er sein Theater mit samt dem Schauspielpersonal „verpachtet“ hatte, zum Osterfeste aufzuführen brachte, es zu einem für Berliner Verhältnisse ganz exzeptionellen Theaterfandak. Wie man auf den trüben Schmarren verfallen konnte, der auch in England gewiß keinen Erfolg gehabt hätte, wenn er sich nicht in die von der chaubinistischen Presse augenblicklich besonders schwinghaft betriebenen Stimmungsmache und die törichtsten Invasionsphantasieren so vorzüglich eingekleidet hätte — ist einfach rätselhaft. Der sollte etwa der deutsche Chaubinismus durch die albernem Wägen über die Jurid-freilichheit der englischen Freiwilligen getipelt werden, rednete man, daß diese saubere Schadenfreude Entschädigung für das Ge-

fühl der bodenlosen Langeweile bieten werde? Dann wäre der Skandal ein doppelt und dreifach verdientes.

Die Satire des Herrn du Maurier, die die angebliche Gleichgültigkeit des englischen Spektakels gegenüber den Forderungen staatlich militärischer Ausdrückung verspotten will, wirkt in Wahrheit als Satire auf den Unberstand, der mit dem Schredgespenst einer deutschen Invasion haushieren geht. Die Geisteslosigkeit dieses Gespensterglaubens wird hier noch übertrumpft. Ein allgemeiner Streik der Post- und Telegraphenbeamten ist in England ausgebrochen, nur die Sportblätter kommen noch heraus — so hört man im ersten Akt, der in endloser Breite und Dummheit des Wides eine englische Bürgerfamilie beim Diabolospiel und Sportgewisch schildert. Der Verwe der Herrn Abel, der einen alles spaghaft nehmenden jungen Einkauffmann, die einzig halbwegs mögliche Figur des Stückes, gab, gelang es, diese Szenen noch einigermaßen über Wasser zu halten. Dann, nachdem ein Freund des Hauses einige vorbereitende allgemeine Reden über Patriotenpflicht und die Gefahr des Vaterlandes gehalten, bringen plötzlich schwarze Dragoner zur Tür herein, die — im Namen Seiner Majestät — das Haus besetzen. Eine deutsche Armee hat während des Telegraphenstreiks das Land besetzt. Bei diesem Altklisch machte sich die Ungebuld zum ersten Male mit starkem Fischen Luft. In den beiden folgenden Aufzügen, die die provozierenden Dummheiten noch ständig steigern, ging das Fischen bei offener Szene in Trampeln, Scharren, Rufen, Pfeifen über, so daß die Schauspieler sich teilweise gar nicht mehr verständlich machen konnten. Die englischen Freiwilligen werden, um die Notwendigkeit eines stehenden Heeres zu erweisen, als strahlender Landsturm verhöhnt. Sie okkupieren nach Abzug der Deutschen das Haus und errichten eine dauerhafte Schieberei, für die der Feind sich mit Granaten revanchiert. Anmutig mischte sich dies Geföge mit dem der Zuschauer, bis nach dem Zusammensturz einer Wand, der dicke Staubwolken ins Parterre landte, der Lärm von unten und die Schlußrufe so laut wurden, daß der Vorhang mitten im Spiele fallen mußte. Um der Darsteller willen ist es bedauerlich, daß die vollauf begründete Demonstration so rüchsiglose Formen annahm.

Neue freie Volksschule (Kommerzielle des Deutschen Theater): „Der Brief des Uria“ von Emil Veerhard. Wie der Titel sagt: ein biblisches Drama, oder König Davids Liebesverhältnis mit Bathseba, der Frau seines Feldherrn Uria. Aber nur dies stoffliche Material ist alttestamentlich; die Ausgestaltung dagegen trägt die unverkennbaren Züge der hyper-modernen Verwilt. Hugo v. Hoffmannsthal „Elektra“ macht Schule. — Alle Zustände des geschlechtlichen Verhältnisses werden hier bloßgelegt. Der Damschrei nach Liebe beherrscht alle Gedanken und Empfindungen, ja er wandelt das Leben, vertreibt es zu tragischem Ausklang. So wird ein alltägliches Liebesverhältnis statt zur Komödie zur Tragödie hinaufgeschraubt.

König David schickt eines Tages Bathseba zu ihrem Manne zurück. Er geriet sich ganz als Geschoß der heutigen Diplomatie. Bathseba, das Weib eines plebejischen „Untertans“, kann wohl seine Matresse sein; sie aber zu seinem Weibe und somit zur Königin zu machen, das verbietet seine königliche Würde. Man denke, wie possierlich sich diese moderne Weisheit im Munde eines alttestamentlichen Königs ausnimmt: Bathseba jedoch fühlt sich nicht bloß Mutter; sie vertritt ihre Rechte als Weib und Mensch von heute. Sie will nicht bloß die Geliebte bleiben, sie ver-

neue Partei unter dem Namen „Demokratische Vereinigung“ gegründet hat, hielt am zweiten Feiertag im „Vereinshaus“ (Wilhelmstraße 118) den ersten Delegiertentag ab. Die der Vorführung des Freischießens (Berlin) mitteilte, zählt die Vereinigung 45 Vereine mit insgesamt 5000 Mitgliedern. Von den 45 Vereinen sind 44 Vereine durch Delegierte begn. Delegiertinnen vertreten. Man bemerkte den aus dem jüngst stattgefundenen Marineprozess bekannten Kapitän zur See a. D. Berger als Delegierter von Rachen, den früheren Oberst Gädle als Vertreter von Steglitz und Karl Wieselthal als Vertreter von Berlin VI. Nachdem Schriftsteller Dr. Freischieß (Berlin), Dr. med. Kollischroder (Hörsing) und Rechtsanwalt Hesse (Dessau) mit gleichen Rechten zu Vorstehenden gewählt worden waren, wurde der Antrag von Frankfurt a. M., Diskussionsredner von Partei wegen auszubilden, um das politische Interesse zu wecken, von Dr. Wieselthal (Frankfurt a. M.) mit dem Vorschlag beantwortet: In Amerika habe ein achtzehnjähriges Mädchen zehnmal soviel politisches Verständnis als in Deutschland ein dreißigjähriger Mann. Der Antrag wurde dem Zentralausschuss zur Berücksichtigung überwiesen. — Berlin VI hatte beantragt: Die „Demokratische Vereinigung“ führt den Namen „Demokratische Partei Deutschlands“. Dr. Freischieß ersuchte, den Antrag abzulehnen. Es sei aller Grund vorhanden, nicht mit der „Süddeutschen Volkspartei“, die unter dem Namen „Demokratische Partei“ im Volksmund bekannt sei, verwechselt zu werden. Der schöne Name könne eine schlechte Politik nicht decken. Er sei nicht grundsätzlich gegen eine Korporation mit der Süddeutschen Volkspartei. So lange aber die Herren v. Payer und Storz in der Süddeutschen Volkspartei noch das große Wort führten, könne von der beantragten Korporation keine Rede sein. (Rebhafter Beifall). — Es wurde schließlich beschlossen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. — Alsdann sprach Dr. Warth (Berlin), mit stürmischem Beifall empfangen, über die Aufgaben der Demokratischen Vereinigung.

Die Bildung der Demokratischen Vereinigung ist nicht ein Akt der Willkür, sondern ein Akt politischer Notwendigkeit gewesen. Es ist unjahbar, daß liberale Männer glauben konnten, eine Verbindung mit den Konservativen, mit den agrarischen Junkern könnte dem Liberalismus irgendwelchen Vorteil bringen. Im Gegenteil, es lag für jeden Sehenden klar, daß durch den Bloß der Liberalismus lediglich die Geschäfte der Konservativen besorgt und die Macht der agrarischen Junker nur gestärkt wird. Das war von vornherein um so klarer, da der Dritte im Bunde, der Reichsführer, der eigentliche Vater des Bloßes, niemals ein Schritt daraus gemacht hat, daß er der getreueste Verbündete der preussischen Junker ist. Diese Bloßpolitik, die zur Preisgabe aller liberalen Grundsätze geführt hat, wird den liberalen Parteien noch schaden, wenn der Bloß längst tot sein wird. Man wird den Bloßliberalen mit vollem Recht vorhalten: Ihr habt in der ernstesten Zeit die liberalen Grundsätze preisgegeben und euch mit den reaktionären agrarischen Junkern verbunden. Aber auch jetzt noch, nachdem der Bloß in allen Zügen krachend, nachdem die Bloßliberalen eingesehen haben müßten, daß sie nur die Geschäfte der agrarischen Junker besorgen und ihre Macht stärken, machen die Liberalen auch nicht den geringsten Versuch, um irgend einen Vorteil für den Liberalismus herauszuschlagen. Nein, die Bloßliberalen zappeln gewissermaßen darauf, an der Weiterführung der Reichsfinanzreform, die 1906 von den Konservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen begonnen wurde, mitzuarbeiten. Die Bloßliberalen lassen jede Gelegenheit vorbeigehen, um auch nur die geringste liberale Forderung durchzusetzen. Die Bloßliberalen glauben schon etwas für den Liberalismus zu tun, wenn sie die Reichsfinanzreform durchsetzen. Sie haben nicht einmal den Versuch gemacht, das allgemeine Wahlrecht für Preußen durchzusetzen. Sie können mit vollem Recht sagen:

Wir sind die getreuesten Feinde.

(Beifall und Heiterkeit.) Professor Quide sagt: Man muß sich schämen, dem Bloßliberalismus anzugehören. Unser Freund Raumann schrieb bekanntlich im „Berliner Tageblatt“: Der Bloß ist tot, nun empfiehlt sich ein neuer Bloß von Bebel bis Wassertratt. Dieser Vorschlag hat jedoch nirgends Anklang gefunden. Die Bloßliberalen warten nur auf eine Parole Wilhelms, um in den Bloß wieder einzusinken zu können. Sie vergessen, daß der Kampf für die bürgerliche Freiheit nicht geführt werden kann mit, sondern gegen die Reaktion. Ein Kampf für Volksrechte mit den Konservativen ist einfach lächerlich. Wir wollen es und nicht verhehlen: Der Bloß ist nicht weiter als ein neuer Reichsverein zur Bekämpfung der Demokratie und Sozialdemokratie. (Rebhafter Beifall.) Wir wollen deshalb die Konsequenzen ziehen und durch unser Ausreten den Beweis liefern, daß in Deutschland noch eine bürgerliche Partei existiert, die gewillt ist, den Kampf für die Freiheit des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit zu führen. (Rebhafter Beifall.) Wir betrachten es als unsere Hauptaufgabe, die bürgerliche Rechtsgleichheit durchzusetzen. Unser ganzes Staatsleben ist angefüllt mit Privilegien und Bevorzugungen aller Art. Wir verlangen Aufhebung aller Privilegien und Bevorzugungen, wir verlangen auch volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Wir wollen für volle staatsbürgerliche Rechtsgleichheit den Kampf mit voller Energie und unerbittlich führen und nicht eher ruhen, bis wir unser Ziel voll erreicht haben. (Stürmischer Beifall.) Wir verlangen außerdem eine parlamentarische Regierung und zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten die Einsetzung von Schiedsgerichten. Deshalb verlangen wir eine Verständigung zwischen den Nationen zwecks Einstellung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande. (Beifall.) Wir wollen das Koalitionsrecht sowie die persönliche und die Gedankenfreiheit auch der Beamten schützen und wollen es verhindern, daß das Koalitionsrecht und die politische Betätigung nicht von dem Ermessen des Geheimrats Alldemam abhängig gemacht wird. Wir wollen mit einem Wort eine wahrhafte Kulturpolitik treiben. Das ist Patriotismus und national. Der Redner schloß schließlich seine Ausführungen in folgende Erklärung

Erklärung

zusammen: „Das Ziel aller Bestrebungen der Demokratischen Vereinigung ist die konsequente Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde. Diese Demokratisierung erfordert vor allem die Durchführung des Prinzips der vollen staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit gegenüber dem System der Bevorzugung, wie es allenthalben in Deutschland, besonders in Preußen, in Übung ist, und in dem elendesten aller Wahlsysteme seinen reaktionärsten Ausdruck gefunden hat; ferner gegenüber den Ausfällen des persönlichen Regiments die Durchführung einer Regierung, bei der der Volkswille in letzter Linie entscheidend ist (parlamentarische Regierung sowie die Verwirklichung der Grundsätze einer aufrichtigen Selbstverwaltung). Im Verkehr mit anderen Völkern verfolgt die Demokratische Vereinigung das Ziel der Beseitigung aller bestehenden Differenzen auf schiedsrichterlichem Wege und die internationale Verständigung über das Recht der Rüstungen zu Wasser und zu Lande. In allen sozialen Fragen vertritt die Demokratische Vereinigung den Schutz der Persönlichkeit gegenüber allen Vergeßlichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Mächte. Keines dieser demokratischen Ziele wird sich ohne rücksichtslosen Kampf gegen die Träger und Hüter unserer Privilegienherrschaft, Junker, Agrarier, Konservative, Schlot- und Grubenbarone erreichen lassen, und nur im Zusammenwirken mit den breiten Massen der Arbeiter, insbesondere auch mit der in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterschaft. Deshalb kein Bloß und keine Verständigung mit irgendeiner reaktionären Partei, sondern rücksichtsloser und unablässiger Kampf gegen alle politischen Träger und Verräter einer agrarischen sowie industriellen Feudalherrschaft.“

In der

Diskussion

wurde mehrfach auch von Karl Wieselthal bemerkt: Es dürfte kaum gelingen, einen überzeugten Sozialdemokraten in das Lager

der Demokratischen Vereinigung hinüberzuführen; man müsse aber diejenigen Arbeiter zu gewinnen suchen, die an den Zukunftsstaat nicht glauben. Deshalb sei es erforderlich, zu erklären: die beste Staatsform sei die republikanische. Gegen diese Ausführung wurde eingewendet: Es gäbe Republiken, in denen viel schlimmere Zustände herrschten als in den Monarchien. Notwendig sei, die Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen und der Sozialdemokratie eine Brücke zu bauen.

Bzüglich mehrerer Anträge auf Schaffung eines Programms wurde von Dr. Freischieß, v. Gerlach und Dr. Warth eingewendet: Nicht das Programm, sondern die Betätigung sei Hauptsache. — Es wurde jedoch schließlich beschlossen, sogleich eine Kommission zwecks Ausarbeitung eines Programms zu wählen. Dem Programm sind die Leitätze des Dr. Warth voranzustellen. — Auf Antrag von Frankfurt a. M. wurde beschlossen: Eintreten für das volle Frauenstimmrecht auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für beide Geschlechter in den Einzelstaaten und Kommunen nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit. Ferner: Die Frage nach der Staatsform soll vorerst fallen gelassen werden.

Es wurde alsdann der Zentralvorstand gewählt und danach der Delegiertentag mit einem dreifachen Hoch auf die Demokratische Vereinigung geschlossen.

Verbandstag der Glaser

Nürnberg, 12. April.

Die Feststellung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit sämtlicher Delegierter (28), außerdem sind anwesend: der erste Hauptvorsteher Eichhorn, der zweite Vorsteher Friedrich, der Verbandslastier Schwerdt, vom Ausschuss Straß, Leipzig, von der Preßkommission Vötiger-Mannheim. Als Vertreter der Generalkommission nimmt Knoll-Berlin an den Verhandlungen teil.

Nach Aufstellung einer Geschäftsordnung und Wahl der Mandatsprüfungskommission erteilt der Vorsitzende dem Vertreter der Preßkommission, Vötiger-Mannheim, das Wort zu einer kurzen Mitteilung. Vötiger bemerkt, der Vorsitzende habe eine Anzahl Kollegen aus allen Teilen Deutschlands gebeten, etwas früher nach Nürnberg zu kommen, um den Verbandstag ein Stück Arbeit vorzunehmen. Die Kommission habe im Laufe des Tages eine Sitzung abgehalten und die vielerlei Anträge, die zum Verbandstag eingebracht sind, einer eingehenden Würdigung und Eichung unterzogen. Um seine irdigen Meinungen aufkommen zu lassen, erklärt Redner, die Kommission habe sich nicht angemacht, den Beschlüssen des Verbandstages vorzugreifen, sondern sie habe lediglich die Quintessenz der vielen Anträge herausgehoben und das Resultat in Form von Vorschlägen aufgestellt. Er bittet um nachträgliche Genehmigung dieses Schrittes. Der Verbandstag erklärt sich nach kurzer Debatte damit einverstanden.

Eichhorn führt aus, er habe noch einen Vorschlag zu machen. Es bedürfe einer Aussprache über verschiedene wichtige interne Angelegenheiten, mit welcher Aufgabe der Verbandstag die eben erwähnte Kommission, die aus sechs Mitgliedern besteht, betrauen wolle. Darüber entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Verschiedene Redner sind der Meinung, daß solche wichtige Fragen nicht durch einen kleinen Kreis erledigt werden, sondern vor das große Forum kommen. Von mehreren Seiten wird vorgeschlagen, hierfür eine geschlossene Sitzung anzuordnen. Andere Redner halten es für notwendig, daß diese Verhandlungen in möglichst kleinem Kreise stattfinden, damit nichts an die Öffentlichkeit fällt. Der Antrag auf Abhaltung einer geheimen Sitzung wird jedoch abgelehnt, der Vorschlag des Vorsitzenden, die Sache der genannten Kommission zu übertragen, dagegen angenommen, nachdem die Kommission durch die Jura von Hofmann-Chemnitz, Hofmeister-Wiesbaden und Bölg-Mannheim erweitert worden ist.

Es wird dann in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten.

Vorsitzender Eichhorn ergänzt in kurzen Ausführungen den Tätigkeitsbericht des Vorstandes,

der gedruckt vorliegt. Er weist hin auf die gewaltigen Summen, die in der kurzen Zeit von drei Jahren für Arbeitslosen, Heile- und Streikunterstützung usw. aufgebracht werden mußten. Summen, wie sie der Verband seit seinem Bestehen in solch kurzer Zeit noch niemals aufzubringen hatte. Aber mit Genugtuung könne konstatiert werden, daß die Organisation stets das erfüllt habe, was sie in ihrem Statut den Mitgliedern versprochen. Lieber den Mitgliederverlust müsse sie sich mit den anderen Verbänden des Baugewerbes trösten, die ebenfalls durch die Krise schwer gelitten hätten. Das seien Erscheinungen, die in der Zeit der wirtschaftlichen Depression stets eintreten, aber es sei zu erwarten, daß auch wieder andere Zeiten kommen und der Verband sich wieder erholen werde, wenn jeder Kollege in Bezug auf Agitation seine Pflicht tue. Sei dies der Fall, so werde der Verband bald wieder auf einen höheren Stand kommen, als er jemals hatte.

In der Diskussion werden erhebliche Beanstandungen an der Geschäftsführung nicht vorgebracht. Kritisiert wird, daß den Leipziger durch Erlaubnis zur Verlegung der Termine der Delegiertenwahlen eine Extrawurde geboten wurde, ferner, daß der Vorsitzende eine Umfrage, bei der die Mitglieder auch über ihre Stellung zur Verschmelzungsangelegenheit Auskunft geben sollten, als Urabstimmung bezeichnet habe. Dazu sei der Vorstand gar nicht berechtigt gewesen, nachdem der Nürnberger Verbandstag sowohl die Verschmelzung als auch die Urabstimmung hierüber abgelehnt habe. Unrichtig sei es auch, wenn der Vorstand in seinem Bericht bemerke, daß die Mehrheit der Mitglieder sich bei dieser „Urabstimmung“ gegen den Uebertritt erklärt habe. Es habe nur ein Drittel der gesamten Mitglieder gegen den Uebertritt gestimmt, viele hätten überhaupt die Frage nicht beantwortet, weil sie das Vorgehen des Vorstandes für unredlich hielten.

Eichhorn geht auf die einzelnen Bemängelungen ein und rechtfertigt die Maßnahmen des Hauptvorstandes.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Krenkel-Leipzig, er habe erfahren, daß Schöffinger-Frankfurt die Agitation zum Anschluß an den Holzarbeiterverband sehr eifrig betriebe. Redner bittet, um die Persönlichkeit Schöffingers zu kennzeichnen, dem Verbandslastier Schwerdt das Wort zu einer kurzen Erklärung zu geben.

Verbandslastier Schwerdt erklärt, er habe einer Konferenz in Höchst beigewohnt, auf dem Rückwege habe ihn der Vorsitzende der Frankfurter Zählstelle aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß es ihm unter den jetzigen Verhältnissen unmöglich sei, in Frankfurt zu arbeiten, und daß unmittelbar nach dem Verbandstag unter der Führung Schöffingers eine Sektion der Wiesglaser im Anschluß an den Holzarbeiterverband gegründet werden solle. Schöffinger sei vom Holzarbeiterverband auch eine Geschäftsführerstelle in Nürnberg in Aussicht gestellt worden.

Schöffinger-Frankfurt weist diese Behauptungen entschieden als unwahr zurück. Im Verlaufe der Diskussion wird er noch wiederholt wegen seiner Agitation für den Uebertritt angegriffen.

Zum

Rassenbericht

gibt der Verbandslastier Schwerdt noch einige Erläuterungen. Die Rechnungsprüfungskommission hebt die exakte Geschäftsführung hervor und beantragt Entlastung. Zu gleicher Zeit hebt sie hervor, daß die Arbeitslosenunterstützung im ersten Quartal dieses Jahres ungeheuer angefallen ist.

Es entspinnt sich nun eine lange Diskussion, die sich weniger auf die Rassenführung selbst, an der nicht gemäkelt wird, sondern in der Hauptsache auf die Herausgabe der Raimarken, auf Erhebung der Extrabeiträge usw. bezieht. Begrüßt wird allgemein der Vorschlag des Hauptvorstandes, die Extrabeiträge überhaupt aufzuheben und dafür dem Vorstand die Ermächtigung zur zeitweiligen Erhöhung der Beiträge zu erteilen. Der Hauptteil der Diskussion wird ausgefüllt durch Angriffe gegen die Frankfurter Zählstelle, die

unter dem Einfluß Schöffingers die Anordnung des Vorstandes, von dem Prozentigen Lokalantheil die Hälfte an die Hauptkasse abzuführen, nicht befolgt habe. Vötiger-Mannheim vermutet, daß hinter diesem Vorgehen nicht die Frankfurter Kollegen stecken, sondern ganz andere Inspiratoren, was Schöffinger bestritt. Er erklärt, die Zählstelle Frankfurt weigere sich nicht, zu zahlen, sie spreche aber dem Vorstand das Recht zu seiner Maßnahme ab und wolle lediglich durch den Verbandstag prinzipiell entscheiden lassen, ob sie mit dieser Anschauung recht habe oder nicht. Weitere Auseinandersetzungen entspinnen sich über die Auslegung des § 12 des Statuts betreffend die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Berlin und andere Zählstellen haben diese Bestimmung anders interpretiert, als sie allgemein aufgefaßt wird, und infolgedessen zuviel Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Zuletzt werden diesen Zählstellen die zuviel bezahlten Unterstüßungsbeträge erlassen, ebenso wird eine Summe gezahlt, die die Zählstelle Hamburg noch schulden soll, die aber frittig ist.

Weiter wird eine Resolution angenommen, in der der Frankfurter Zählstelle eine Mißbilligung ausgesprochen wird, weil sie es unterlassen hat, sich dem Beschlusse des Hauptvorstandes und Ausschusses, weitere 10 Prozent an die Hauptkasse abzuführen, zu fügen.

In der Sitzung vom 11. April schließt sich an den Bericht der Mandatsprüfungskommission eine längere Debatte an. Es werden Klagen erhoben über tollwütige Zerreißung von Agitationsbezirken bei Einteilung der Wahlkreise; es wird sogar gegen den Hauptvorstand der Vorwurf erhoben, als hätte er von einzelnen Agitationsbezirken Teile abgetrennt und anderen zugewiesen in der Absicht, die Vertretung der Uebertrittsfreunde auf dem Verbandstage möglichst einzuschränken.

Vorsitzender Eichhorn bezeichnet das als böswillige Unterstellung und erklärt, daß die Wahlkreiseinteilung ohne jeden Eingedenken und in der besten Absicht erfolgt sei, nur zu dem Zwecke, um möglichst allen Gegenden die Vertretung auf dem Verbandstage zu ermöglichen.

Bölg-Mannheim beantragt, Wahlkreise mit nur je einem Delegierten zu bilden, was jedoch abgelehnt wird.

Bei dem Bericht der Preßkommission und des Ausschusses spielt ebenfalls die Uebertrittsfrage bedeutend mit herein. Berichtserstatter des Ausschusses ist Straß-Leipzig, der in der Diskussion heftig angegriffen wird, weil der Ausschuss im Fachblatt einen Artikel „Eine Kardinalfrage“ veröffentlicht hat, in dem der Uebertritt zum Holzarbeiterverband für notwendig erklärt wird. Straß führt an, daß Anfang 1907 in verschiedenen Zählstellen eine Bewegung für den Uebertritt bemerkbar war, die früher stets erst kurz vor den Verbandstagen auftrat. Es war vor allen Dingen eine Zählstelle, die verlangte, daß Hauptvorstand und Ausschuss Schritte einleiten sollten, um den Uebertritt zu ermöglichen, das war aber laut Beschlusse des Nürnberger Verbandstages nicht möglich, sondern es konnte nur eine Diskussion über die Frage eröffnet werden. Es handelte sich vor allen Dingen darum, ist es möglich, daß alle Glaser in einen anderen Verband übertreten können? Für die Rahmenmacher war das ohne weiteres klar, nicht aber für die Klei-, Messing-, Elektrogläser, Glasmaier usw., daher wurde eine Aussprache verlangt, damit auf dem Verbandstage die Sache erledigt werden könne. Aus diesem Grunde entstand der Artikel. Hätte der Ausschuss sich vorher mit dem Vorstand in Verbindung gesetzt, so hätte dieser es rundweg abgelehnt, dafür ist Beweis, daß er von verschiedenen Berichten der Zählstellen über diese Angelegenheiten mit keinem Worte Notiz genommen hat. Deshalb hat der Ausschuss auch den Artikel selbst gezeichnet.

Der Artikel rief nach seinem Erscheinen im Fachblatt und in den Zählstellen umfangreiche Diskussionen hervor; in Leipzig wurde sogar verlangt, daß der Ausschuss seine Klemmer niederlegen solle. Die Angriffe wiederholten sich auf dem Verbandstage. Von verschiedenen Delegierten, am schärfsten von Krenkel-Leipzig, wird der Vorwurf erhoben, daß der Ausschuss die schwierige Situation des Verbandes ausgenutzt habe, um die Propaganda für den Uebertritt zu entfesseln und daß dies nicht ohne Hintergedanken geschehen sei. Von einer Reihe anderer Redner wird bestritten, daß das Auswerfen einer solchen Frage zu irgend einer Zeit der Organisation schädlich sein könne. In seinem Schlusswort verteidigt Straß-Leipzig den Standpunkt und das Vorgehen des Ausschusses mit großer Leidenschaftlichkeit. Der Verbandslastier Schwerdt behauptet, daß die Aufrollung der Frage zu einer möglichst ungünstigen Zeit erfolgte. Dieser Schritt habe auf die Bezahlung der Extrabeiträge, auch auf die Bezahlung der ordentlichen Beiträge eingewirkt, ja, er wage sogar zu behaupten, daß auch der Mitgliederrückgang darauf zurückzuführen sei.

Es wird mit 14 gegen 13 Stimmen eine Resolution angenommen, worin in dem Vorgehen des Ausschusses in dieser Frage ein unzulässiges Verhalten erklährt und dem Ausschuss ein Mißtrauensvotum erteilt wird. Im übrigen wird dem Ausschuss wie auch der Preßkommission Entlastung erteilt.

Zum 6. Punkt der Tagesordnung:

Der Arbeitsgeberschutzverband und unsere Stellung dazu. — Vötiger-Mannheim ein längeres, treffliches Referat, in dem er die Geschichte und das Wesen der Unternehmerverbände ausführlich darlegt. Von einer Diskussion über den Vortrag wird abgesehen. Einstimmig angenommen wird folgende Resolution des Referenten:

„Der Verbandstag erklärt: Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Arbeitgeberverbände in ihrer Tendenz die Bekämpfung der modernen Gewerkschaften als ihre Hauptaufgabe betrachten. Widerspruchlos stellt der Verbandstag fest, daß auch der Schutzverband selbständiger Glaser und verwandter Gewerbe Deutschlands dieselben Ziele verfolgt. Die Koalition der Arbeitgeber ist eine allgemeine, kultur- und unsere Volkswirtschaft schädigende Vereinigung, die ihres reaktionären Charakters wegen auf das Bestimmteste mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden muß. Als Mittel, um diesen Zweck erfolgreich durchzuführen, empfiehlt der Verbandstag, die seitliche Taktik, wie sie auf den deutschen Gewerkschaftskongressen und den früheren Verbandstagen des Glaserverbandes festgelegt wurde.“

Es folgt die Beratung des 7. Punktes:

Die Tarifverträge in unserem Beruf.

Hierzu ist Referent Helm-Leipzig, der nach wenigen Worten wegen Unwohlseins abbrechen muß. Für ihn springt Vötiger-Mannheim ein, der die Frage in einem kurzen Referat aus dem Stegreif behandelt. Nach längerer Diskussion wird folgende Resolution angenommen:

„Der Verbandstag steht analog den Beschlüssen des Leipziger Verbandstages auf dem Boden der korporativen Arbeitsverträge. Ohne daß durch Abschluß von Tarifverträgen die Gewerkschaften an ihrem Klassenkampfcharakter eingebüßt haben, kann festgestellt werden, daß die Tarifverträge ein wirksames Mittel bilden, den wirtschaftlichen Frieden für eine bestimmte Zeitdauer zu garantieren, vor allem aber auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse stabil zu gestalten. Der Verbandstag empfiehlt den Verbandsfunktionären, bei eventuellen Lohnkämpfen die Lohnverhältnisse ausschließlich auf korporativer Grundlage zu regeln.“

Der nächste Punkt ist der wichtigste der ganzen Verhandlungen:

Die Verschmelzungsfrage.

Der Referent, Knoch-Berlin, begründet eingehend die Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit dem Deutschen Holzarbeiterverband, während der Korreferent Krenkel-Leipzig in langen Darlegungen für die Beibehaltung des selbständigen Verbandes eintritt.

Nach siebenstündigen Verhandlungen, die sich weit in den dritten Sitzungstag hineinziehen, wird in namentlicher Abstimmung die Verschmelzung mit dem Deutschen Holzarbeiterverband mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt, ebenso die Vornahme einer Urabstimmung über diese Frage. Der Antrag, mit den Verbänden des Baugewerbes zwecks Gründung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes

1997

Soeben erschienen:

Mein neuer Pracht-Katalog

enthaltend **ca. 650 Abbildungen**
allerletzter
Neuheiten
für
Innendekoration
Zusendung gratis u. franko!
Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.

Steppdecken

Wird man nur am besten und
billigsten Preis in der Fabrik
Bismarck 72, Wollstr. 72,
Berlin. G. Schindler & Co. 25-26,
die Steppdecken werden angefertigt.
Häufige Katalog gratis.

Wanzen

tötet unschlagbar mit Pest
Reichels „Radikal“ Wanzenöl
N. 50 Pf., 1., 2., 3., Liter 5.
Wird nicht verflüchtigt, nicht feuergefährlich.
Kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung.

Schwaben

vernichtet mit Pest radikal u. sicher
Reichels Spezial-Schwaben-Poudre
„Mortel“, Paket 50 Pf., 1., 2.,
Pfd. 4., Sprühpapier von 50 Pf. an.

Motten

werden ganz sicher vernichtet und
vollkommen ausgerottet durch Reichels
Spezial-Mottenpulver „Total“, Paket
50 Pf., 1., 2., Pfd. 3.,
Einzig echt u. garantiert wirk-
sam nur i. Original-
packungen **Tod u. Teufel**
mit Karte
in den Drogerien und bei Otto
Reichel, Berlin, Glienbahnstr. 4.
Fernspr. Aufschlüsselung IV 4751, 4752, 4753.

H. Pfau, Bandagist

Berlin **Direksenstraße 20**
groschen Bahnh. Alexanderplatz und
Hofgeheißstr. — Amt VII, 13799.
Für Damen weibliche Bedienung.
Spezial für alle Krankentouren.

Soeben erschienen!

Der Weg zur Macht

Politische Betrachtungen
über das Hineinwachen in
die Revolution
von
Karl Kautsky.

Inhaltsübersicht:
1. Die Eroberung der politischen
Macht.
2. Die Propäzierung der Re-
volution.
3. Das Hineinwachen in den
Zukunftskampf.
4. Die ökonomische Entwicklung
und der Wille.
5. Jeder Revolution noch Ge-
heimnis um jeden Preis.
6. Das Wachstum der revo-
lutionären Elemente.
7. Die Überwindung der Klassen-
gegensätze.
8. Die Verschärfung der Klassen-
gegensätze.
9. Ein neues Zeitalter der Re-
volution.

Preis 1,50 M., billige Aus-
gabe 0,50 M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69, Laden.

Billigste Bezugsquelle
gedleg. Trauergeräthe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genau Besichtigung
meiner Firma u. Haus-
nummer geboten!

Verkaufsstelle

von 60/2
„**Sancta - Manara**“
Medizinal - Kraft - Rotwein
zu Originalpreisen
bei **Erich Gaede, Weinhdg.**
Berlin N., Grünthalstr. 8.

Schutzmarke



Unsere echten Biere sind
überall zu haben.
In Flaschen à 10 Pf.
In Kannen u. Syphons Lit. 35 Pf.
NO. 18. Tel. VII, 1670, 2068, 3128.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Leihhaus

Gegenstandskäufe vorfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren **Prinzenstr. 28**
Ecke Ritterstr.

Blumen- und Franzbinderei

von **Robert Meyer**,
nur Mariannen-Str. 2.

Prack

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/4, a. Crang.
Ter. Vlg. Stad. Gehr.
1,50, 1,00, 1,00, 1,00, 1,00.

H. & P. Uder

Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**
Amt IV, 3014.

Goldisanschmuck

bester Ersatz für echten Goldschmuck, starkes 14kar. Gold-
auflage, 10jährige unbedingte Garantie für gutes Tragen,
sonst verbürgter Umtausch. — Elegante Original-Etuis. —
Billige Preise. — Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

Carmen Sylva

Cigaretten
Beste Qualitäten



Gratis in den
Vormittagsstunden: ein elegantes Reiscap an jeden Käufer

Genau Besichtigung meiner Firma und Hausnummer dringend geboten!

Orts-Frankenkasse Lichtenberg.

Einladung
zur **Ordentlichen
General-Versammlung**
der gewählten Vertreter
der Orts-Frankenkasse Lichtenberg
zum Montag, den 26. April 1909,
abends 8 Uhr,
im kleinen Saale des Schwarzen
Adler (Wehr. Arnold), Lichtenberg,
Frankfurter Chaussee 5.

Tages-Ordnung: (278/3)
1. Eröffnung für das abgelaufene
Vorstandsmitglied Herrn Friedrich
(Arbeitnehmer) für die Amts-
periode bis 31. Dezember 1909.
2. Kassenbericht pro 1908.
3. Bericht der Kommission zur Prüfung
der Jahresrechnung 1908.
4. Die Erhöhung der Beiträge in
den Krankenkassen.
5. Verschiedene Angelegenheiten.
Der Vorstand.
Paul Kette, Vorsitzender.

Orts-Frankenkasse Friedenau.

Donnerstag, den 22. April cr.,
abends 6 Uhr,
im **Kaiser Wilhelmgarten**,
Hörsaalstr. 65 hierab:
**Ordentliche
General-Versammlung**

Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls der letzten
Generalversammlung.
2. Abnahme der Jahresrechnung pro
1908.
3. Bericht der Kommission.
4. Statutenänderung. 278/2
5. Anstellung der Beamten nach den
Hörsaalstr. 65 hierab:
6. Verschiedenes.
Friedenau, den 10. April 1909.
Der Vorstand.
H. Heider, Vorsitzender.
P. Seeliger, Schriftführer.

Reste

Damenmode, schwarz und
farbig, Costumes-Stoffe, neueste
Muster, Trikot-Stoffe, Seiden-
Plüsch, Sammet,
Seide etc.

Confection

Falotote,
Jackette, Stab-
mäntel, Costumes und Costu-
m-
röcke in grosser Auswahl.

C. Pelz,

Kottbuserstr. 5.

Donnerstag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale der Brauerei Friedrichshain (früher Lipp):

Große Öffentliche Protest-Versammlung

der Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen, Zigarren-
fabrikanten, Zigarrenhändler sowie sämtl. Interessenten
der Tabak-Industrie nebst ihren Nebengewerben!

Tages-Ordnung:
Der Verrat des Deutschen Tabak-Vereins und der Antrag
Dr. Weber-Mommsen oder die Vernichtung zehntausender
Existenzen von Tabakarbeitern und Klein-Gewerbetreibenden.

Referent:
der frühere Reichstagsabg. **A. v. Elm, Hamburg.**
Die Herren vom Deutschen Tabak-Verein sowie die Reichstags-
abgeordneten Dr. Weber und Mommsen sind zur obigen Versammlung
hiermit eingeladen.
Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
H. K. W. Boerner, Mittelstr. 15. 187/5

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbüro:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 15. April 1909, abends 6 Uhr,
bei **Merkowski, Andreasstr. 26:**

Versammlung

aller in Metallgießereien beschäftigten
Kernmacher und Kernmacherinnen.

Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe.
Referent: Kollege **Weißberg**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
115/5 **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe

zu Berlin.

Sonntag, den 18. April 1909, vormittags 10 1/2 Uhr,
in den **Arminhallen** (gr. Saal), Kommandantenstr. 68/69:

Ordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung für das Jahr 1908 durch den Rentanten.
2. Bericht des Rechnungsausschusses bzw. Decharge-Erteilung.
3. Verschiedenes.
Die Mitglieder der Generalversammlung werden ersucht, über
die Angelegenheiten, welche sie event. zur Sprache bringen wollen,
der Kassenverwaltung bis 15. April 1909 Mitteilung zu machen,
damit das einschlägige Material zur Stelle geschafft werden
kann. — Bis zu diesem Tage nicht gemeldete Angelegenheiten
können nicht verhandelt werden.
Diejenigen Mitglieder der Generalversammlung, denen ihre
Legitimation bis Donnerstag, den 15. April cr., nicht zugestellt sein
sollte, werden gebeten, dies der Kassenverwaltung dann mitzuteilen
bzw. diese Legitimation im Kassenlokal in Empfang zu nehmen.
Der Vorstand. 2009b
Johannes Bienz, Vorsitzender. Otto Winitzki, Schriftführer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.

Donnerstag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, in den neuen
Rathauskellern, Weininger Str. 8:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 1. Quartal. 2. Mitglieder. 3. Verbandsangelegen-
heiten und Verschiedenes. 82/2
Zahlreiches Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken!

**Berliner
Kufek**
ist das passendste Aufhängelokal! Ausführl. Prospekte und Führer gratis
Vermietung von Dampfern und Motorbooten!
Freies Telefon: Amt Köpenick 227. — Hochachtungsvoll **Rob. Voigt.**

Tausendfach bewährte
Nahrung bei:
**Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.**

Nur wenige Tage dauert der große Saison-
Ausverkauf im
Westmanns Spezial-Konfektionshaus

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a { kein Eckhaus, 2. Haus von
und Berlin NO., Große Frankfurter Straße 45 { der Jerusalemerstraße,
kein Eckhaus, 2. Haus von
der Andreasstraße.

zu den selten niedrigen Preisen!
Staubmäntel! Wettermäntel! Kimonos! Capes! Jacketts!
Kostüme! Blusen! Prinzess-, Nieder-, Kostümröcke!!
um vollständig u. schnelligst für den dritten Teil des Wertes, teilweise
zu räumen, noch billiger!
Kopien! Originalmodelle! Reismuster!
in jeder Größe, auch für die allerstärkste Figur vorrätig

früher	bis M. 18	bis M. 24	bis M. 30	bis M. 45	bis M. 72	bis M. 90
jetzt nur	M. 6	M. 8	M. 10	M. 15	M. 24	M. 30

Besonders wichtig für die Reise und fürs Bad!!
Brunnen-, Reise-, Promenaden - Kostüme!
Um die schnelle Räumung zu erreichen!
schon von
20 Mk. an.

Als Verlobte empfohlen sich
Charlotte Füge
Gottlieb Sest
Ostern 1909. 2016b

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Nachruf.
Am 7. April verstarb unser
Mitglied, der Schwiebr
Adolf Schönfelder
Lindenstraße 74.
Seine feinen Andenken!
Die Beerdigung hat bereits am
10. April stattgefunden.
226/10 **Der Vorstand.**

Verband
deutscher Textilarbeiter.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 11. April verstarb unser
Mitglied, der Weber
Hugo Dietrich.
Seine feinen Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 14. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Stenauer Gemeinde-
Kirchhofes aus statt. 197/5
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Hohen-Schönhausen.
Nachruf!
Am 9. April verstarb unser
Mitglied, der Schuhmachermeister
Kühn
Berliner Straße 88.
Wir verlieren an dem Ver-
storbenen einen treuen Partei-
genossen und werden sein An-
denken in Ehren halten.
228/10 **Der Vorstand.**

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und
zahlreichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters sagen wir allen
Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Witwe E. Reising
nebst Kindern.
2002

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und
reichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meiner lieben Frau, unserer
guten Mutter sagen wir allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten
den herzlichsten Dank.
H. Scheller nebst Kindern.

Dankfagung.

Allen Bekannten, Verwandten,
Kollegen, dem geselligen Verein
„Antons-Ruß“ und den Mitgliedern des
Hauses Wangelfstraße 70 für das
innige Beileid am Sarge meiner
Frau herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen
Hermann Pohl nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei
der Beerdigung meines geliebten
Vaters, des Silberarbeiters
Paul Kühne
sage ich hierdurch allen Freunden,
Bekannten und Kollegen im Namen
der trauernden Hinterbliebenen meinen
herzlichsten Dank.
Witwe Marta Kühne,
Gräfenstraße 69/70.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der
Beerdigung meines geliebten Vaters
und guten Vaters sagen wir allen
Verwandten und Bekannten, ins-
besondere den Kollegen der „Völschen
Zeitung“ unseren herzlichsten Dank.
Witwe Olga Nicolay
nebst Sohn.
2010b

Orts-Frankenkasse

der
Uhrmacher Berlins.
Mittwoch, 23. April, abends 8 1/2 Uhr,
im **Schultheiß, Neue Jakobstr. 25:**

Ordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Bericht der
Revisorin. 3. Verschiedenes. 2017b
Hierzu werden die Herren Dele-
gierten eingeladen.
Der Vorstand.
G. Latsch, Vorsitzender.
Allen werthen Parteigenossen, Kollegen,
Freunden und Bekannten die ergebene
Mitteilung, daß ich im Hause
Oranienstraße 16
(Geirichsplatz)
eine

Schankwirtschaft

eröffnet habe.
Um gütigen Zuspruch bittet
Emil Schreiber (früher
Schöber).
Sonntags: Morgenstraße der Metall-
formier und Berufsvereine. 2011b

Heute Mittwoch, 14. April, Zahlabend in Berlin und Vororten.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr, finden in Berlin und den größeren Vororten eine Reihe öffentlicher Parteiveranstaltungen statt, welche sich mit den neuen Steuerentwürfen und der Reichsfinanzreform beschäftigen.

Wir bitten die Parteioorganisationen, an diesem Abend keinerlei andere Veranstaltungen zu treffen, erwarten vielmehr, daß die Genossen und Genossinnen für regen Besuch dieser wichtigen Versammlungen agitieren und selbst zahlreich zur Stelle sind.

Der Aktions-Ausschuß.

Pankow. Die Gemeindevahl im ersten Bezirk findet am 19. d. Mts. statt. Da uns nur noch eine kurze Spanne Zeit von dem Tage der Wahl trennt, so werden die Genossen ersucht, bis dahin recht rührig bei den Wahlarbeiten mit tätig zu sein.

Ferner ersuchen wir nochmals, auf dem heutigen Zahlabend vollzählig zu erscheinen. Vor Abhaltung desselben findet (um 7 Uhr) eine Flugblattverbreitung von den Zahlabend-Lokalen aus statt.

Weiter geben wir bekannt, daß morgen (Donnerstag), abends 8 Uhr, im „Kurfürsten“, Berliner Str. 102, eine öffentliche Wählerversammlung stattfindet, in der Genosse Reichstagsabgeordneter Fritz Jubeil über: „Die bevorstehende Gemeindevahl“ referieren wird. Danach Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl.

Wir ersuchen, für den Besuch dieser Versammlung recht rege zu agitieren.

Der Vorstand.

Karlshorst. Parteigenossen! Heute Mittwoch Zahlabend bei Sabrowski, Treptow-Allee. Fortsetzung der Vorlesung. Ausgabe von Büchern.

Der Vorstand.

Mariensfelde. Der Zahlabend findet bei Adolf Berger, Berlinerstraße 114 statt.

Nieder-Schöneweide. Der heutige Zahlabend wird für den 1. Bezirk, umfassend die Berliner Straße 88-100, Sedanstraße, Brüder Straße und Könnische Straße, beim Genossen Paul Stahlsberg, Könnische Str. 64, für den 2. Bezirk, umfassend die Berliner Straße von 82-87 und 110-118, die Pennstraße und Haselwerder Straße, beim Genossen Hermann Hiescher, Berliner Straße 110, für den 3. Bezirk, umfassend die Berliner Straße von 1-30 und 123-140, die Grünauer Straße, Weidenstraße, Wasserstraße, Karlshorster Straße, Spreestraße und Bahnhofsstraße, beim Genossen Otto Neumann, Grünauer Straße 5, abgehalten. Auch werden die Wickets zum Ratfest ausgegeben.

Der Vorstand.

Stralau. Heute Zahlabend in allen Bezirken. Der Vorstand.

Mahlsdorf a. Oßbahn. Der Zahlabend für Mahlsdorf a. Oßbahn findet heute im Lokal Heidekrug, Ropenider Allee, statt.

Frederixdorf-Petersdamm. Donnerstagsabend 8 Uhr Zahlabend bei Mag. Giese, Frederixdorf.

Neuenhagen und Umgegend. Sonntag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr, bei Nagel, Bruchmühle, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vierteljahresbericht. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. Reiseleiter und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Französisch-Buchholz. Am heutigen Mittwoch findet auch hier in den bekannten Lokalen der Zahlabend statt. Da wichtige Angelegenheiten zur Beratung stehen, so ist vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

Die Bibliothek befindet sich jetzt beim Genossen Wartig, Gartenstraße 4.

Der Vorstand.

Zegel. Die für die dritte Abtheilung notwendige Ergänzung zur Gemeindevahl findet am Dienstag, den 27. April, statt. Alles Nähere erfahren die Mitglieder auf dem heute Abend stattfindenden Zahlabend.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Nochmal: die Amtsräume des Armenvorstehers.

In Berlin zahlt die Armenverwaltung jedem Vorsteher einer Armenkommission eine Vergütung von monatlich 25 M., oder jährlich 300 M., die in seine eigene Tasche fließt. Vielen Armenvorstehern genügt das nicht mehr; die letzte Vorsteherversammlung hat mit großer Mehrheit beschlossen, eine Vergütung von jährlich 480 M. zu fordern.

Die Frage, was eigentlich mit diesen 300 M. den Vorstehern vergütet werden soll, wurde kürzlich, wie unseren Lesern noch in Erinnerung sein wird, vor Gericht erörtert. In dem Prozeß, der zum Schutz des durch einen „Vorwärts“-Artikel sich beleidigt fühlenden Armenvorstehers Gemeindefürer Lehrer Kriemhild gegen unseren Redakteur Genossen Weber angestrengt worden war, wurde Herr Kriemhild gefragt, ob es wahr sei, daß er trotz der Vergütung von 300 M. den Korridor als Sprechzimmer für arme benutzt habe. Er bejahte das, fügte aber hinzu, die Armenverwaltung zähle die 300 M. nicht für Vergabe eines Zimmers, sondern für andere Aufwendungen des Vorstehers, auch habe sie sein Verfahren bisher nicht beanstandet. Einige Tage später überzeugten wir uns persönlich davon, daß es auch noch andere Vorsteher gibt, die der Meinung sind, für die 300 M. brauche nicht zur Abfertigung armer ein besonderes Zimmer hergegeben zu werden. Wir beobachteten, wie arme von einem Vorsteher Kaufmann Müller (Sophienstraße 7) in seinem Geschäftslokal und von einem Vorsteher Schankwitz Samulowich (Kleine Hamburger Straße 15) in dem hinteren Teil seines Gastzimmers abgefertigt wurden. Wir zweifeln nicht, daß auch diese beiden Vorsteher ihr Verfahren für ordnungsmäßig hielten und daß auch hier noch keine Beanstandung durch die Armenverwaltung erfolgt war. Daß es aber auch Armenvorsteher gibt, die anderer Ansicht sind als die Herren Kriemhild, Müller und Samulowich, das nahmen wir allerdings an.

Wir müssen heute auf die Angelegenheit noch einmal zurückkommen. Inzwischen ist nämlich in einem hiesigen Blatt, bei Gelegenheit einer Erörterung über den Widerstand der meisten Armenkommissionen gegen die Eingliederung von Frauen, die Meinung ausgesprochen worden, daß „manche Vorsteher die ihnen gewährte Entschädigung von monatlich 25 M. als einen notwendigen Teil ihres Einkommens betrachten“. Zwei Vorsteher weisen das jetzt in Zuschriften an das Blatt als beleidigend zurück, und man kann es den Herren in der Tat nicht verdenken, daß sie sich gegen eine solche

Auffassung wehren. Beide Erwiderungen bezeichnen die 25 M. pro Monat als Vergütung für Vergabe eines Raumes, sprechen aber mit keiner Silbe von Ersatz sonstiger Aufwendungen. Ein „Armenvorsteher O. N.“ erklärt, daß „dieser Betrag nur ein Entgelt für die zur Verfügung gestellten Räume ist“, und ein „Armenvorsteher D. N.“ schreibt: „Die Entschädigung von 25 M. monatlich wird für das Zimmer gezahlt, welches der Vorsteher zu seiner Sprechstunde braucht, und nicht für die Arbeit“. Es fehlt also nicht an Armenvorstehern, die annehmen, daß die 25 M. pro Monat ein Entgelt für ihren Amtsräum sein sollen. Wer das meint, der wird selbstverständlich nicht ein Geschäftslokal, ein Restaurationszimmer oder einen Wohnungskorridor als Amtsräum benutzen; denn für jährlich 300 M. kann er schon ein besonderes Zimmer geben. Man sieht, die Armenvorsteher selber sind verschiedener Ansicht über den Zweck der 300 M. und über den Begriff „Amtsräum“.

Wie die Armenverwaltung gegenwärtig über diese beiden Punkte denkt, das ist ungewiß. Sie hat es nicht für nötig gehalten, aus Anlaß der in jenem Prozeß hierüber gepflogenen Erörterungen sich öffentlich zu äußern. Die Geschäftsanteile für die Armenpflege sagt nichts davon, wie die Amtsräume der Vorsteher beschaffen sein sollen. Der Armenetat für das am 31. März zu Ende gegangene Etatsjahr hatte die 300 M. bezeichnet als „Entschädigung für die mit der Führung des Vorsteheramtes verbundenen baren Auslagen“, aber daneben in einem erläuternden Zusatz auch als „Vergütung für Freihalten eines Zimmers zu amtlichen Angelegenheiten seitens des Vorstehers“. In dem Armenetat für das neue Etatsjahr, das am 1. April begonnen hat, ist nur noch die Rede von „Entschädigung für die mit der Führung des Vorsteheramtes verbundenen baren Auslagen“, worunter allerdings auch der Mietsanteil für ein Zimmer verstanden werden kann. Auch in dem neuen Etatsjahr gibt es nach wie vor pro Monat 25 M. Da der Zusatz „für Freihalten eines Zimmers“ jetzt fehlt, so erscheint es möglich, daß fortan die Armenverwaltung tatsächlich von den Vorstehern für ihre 300 M. nicht mehr „Freihalten eines Zimmers“ erwartet, sondern unter Umständen auch ein Geschäftslokal, eine Schankwirtschaft, einen Wohnungskorridor als einen zur Verhandlung mit Armen geeigneten Amtsräum an sich.

In der April-Sitzung der Deputation für die städtische Armenpflege stand u. a. die Beschaffung von Plätzen zur Unterbringung von Kranken bis zur betriebsfähigen Fertigstellung der vierten Irrenanstalt in Vorschlag zur Beratung. Die Not ist schon wieder groß, die bestehenden Anstalten sind voll belegt, ja überbelegt — in Herzberge befinden sich allein im Aufnahmehaus an 40 Kranke mehr als bestimmungsgemäß hinein sollten und Betten vorhanden sind. Die Fertigstellung der vierten Irrenanstalt (Vuch II) „Joll“ eine ganze Reihe von Jahren beanspruchen. Auch die Privatankalten sind außerstande, mehr „Kommunalkranke“ aufzunehmen. Also — was tun? Vom Magistratsassessor wurde der Erwägung anheimgegeben, die bestehenden Anstalten nach drei Richtungen hin zu entlasten, erstens diejenigen zu entfernen, welche nach ihrer Vermögenslage in Privatankalten Aufnahme finden könnten, zweitens diejenigen, die nicht in Berlin (in engerem Sinne) ortsfest sind und für deren Unterbringung die Provinzialverbände, in erster Reihe die Provinz Brandenburg zu sorgen habe, und drittens diejenigen, die nach ärztlichem Urteil entlassen werden könnten und gemäß ihrem Wunsch resp. dem ihrer Angehörigen entlassen werden würden, wenn nicht die Polizei gegen diese Entlassung Einspruch erhebe. Die Unterbringung dieser letzten Gruppe, welche unzählige Kranke, Alkoholiker u. s. w. umfaßt, die mit der Strafgesetzbuchung bereits in Konflikt geraten sind, setzt die Errichtung eines städtischen Barmherzigenamtes voraus, welches die Deputation demnächst beschließen soll.

Von anderer Seite wurden Ermittlungen vorgeschlagen, wie viel Kranke bei Überbelegung der Anstalten in einem Maße, wie sie vor Belegung der Anstalt Vuch I seit Jahren allgemein üblich war, noch aufgenommen werden könnten; wie viel Plätze noch in Privatankalten für Kommunalkranke frei wären, wie viele Kranke in Familienpflege oder in ländlichen Kolonien unterzubringen wären.

Von der Wirkung all dieser kleinen Mittel können die anwesenden Anstaltsleiter nicht viel zu halten und insbesondere der greise Direktor der ältesten Berliner Irrenanstalt verlangte mit großer Wärme als einzige Rettung die sofortige Inangriffnahme und Fertigstellung von Vuch II. Seit 30 Jahren bereits sehe er dasselbe Elend mit an, daß die Stadt nicht genügend Anstalten habe zur Unterbringung derjenigen Geisteskranken, welche in Anstalten gehören und für welche zu sorgen die Stadt gesetzlich verpflichtet sei. Es müßte doch endlich einmal diesem Zustand ein Ende gemacht und ein Programm entworfen werden, um in absehbarer Zeit das Bedürfnis zu decken; es müßten zwei, drei Anstalten gleichzeitig gebaut werden, so daß man wenigstens in zehn Jahren in die Lage komme, nicht mehr von den Privatankalten abzuhängen, zum mindesten auf diejenigen Privatankalten verzichten zu können, mit denen man schlechte Erfahrungen gemacht habe. Vor allem müßte der Bau der vierten Anstalt in Vuch beschleunigt werden; wenn es anderswo ginge, in zwei Jahren eine Irrenanstalt zu bauen, müßte es doch auch in Berlin gehen.

Die Magistratsvertreter waren von dieser Kritik und so weit ausweichenden Zukunftsperspektiven wenig erbaud, der — stellvertretende — Vorsitzende meinte, daß ein solches Programm vom Standpunkte des Mediziners wohl gerechtfertigt sein möge, für die Gemeindefinanzen indes eine zu starke Belastung derselben würde. Als wenn bei einer so ernstlichen Frage wie der Anstaltsbehandlung Geisteskranker — man denke an die Berliner Refektorien und Brandstiftungen der jüngsten Zeit! — nicht der ärztliche Gesichtspunkt allein ausschlaggebend wäre. Tatsache ist und bleibt, daß Berlin — bei der üblichen Annahme von vier anstaltsbedürftigen Geisteskranken auf 1000 Einwohner — noch immer 3000 Betten zu wenig in städtischen Anstalten hat und daher zurzeit gezwungen ist, an 3000 „Kommunalkranke“ in Privatankalten als Kranke 2. Klasse unterzubringen.

Die Deputation beschloß lediglich, durch die Anstaltsleiter Ermittlungen anstellen zu lassen über die Möglichkeit einer Entlastung der bestehenden Anstalten in den oben angedeuteten Richtungen.

Die Osterfeiertage

Sind in Berlin nicht ganz programmäßig verlaufen. Die offiziellen Wettermacher hatten Sonnenschein gefordert, aber man muß unseren modernen Himmelskalkulanten immer das Gegenteil glauben — dann stimmt. Der erste Feiertag stand also fast ganz im Zeichen des Regenschirms. Schon am frühen Morgen streifte die liebe Sonne, das ewige Dunstmeer über den Berliner Steinkloffen war grau in grau getaucht, und vom Nachmittag ab bis weit in die Nacht hinein rieselte ein feines Netz auf die hellen Festtoiletten. Die Anstaltsleitung der hiesigen Irrenanstalten warf so manche geplante Landpartie über den Haufen. Trotzdem streuten gar viele Ratige frisch und frei dem Grunewald und den schönsten Vororten zu, um die Auferstehung der Natur zu feiern. Am zweiten

Ostertag hatte sich die Sonne befehen. Das gesamte Straßenbild, das gesamte Berliner Festtagsleben änderte sich mit einem Schlage. Zehntausende zogen mit Stab und Rangen, mit Kind und Kegel, hinaus in die freie Natur. Am Nachmittag jedoch trat wieder Regenwetter ein, wodurch die tausende Familien wieder heimwärts gelenkt wurden.

Die Ratinees, welche die Wahlvereine am ersten Osterfeiertag für den 3. und 4. Berliner Wahlkreis veranstaltet hatten, litten auch nicht unter der Ungunst der Witterung. Im Gegenteile. Hunderte kamen, die sonst prächtiges Osterwetter vielleicht noch außerhalb gelockt hätte. Auch die festlichen Veranstaltungen am zweiten Feiertag für den 2. und 6. Wahlkreis hatten sich über mangelnden Zuspruch wahrlich nicht zu beklagen und verliefen mit gewohnter Präzision des ausgewählten Programms.

Das Wettrennen beim Austritt aus der Kirche! Der „Deutsche Sport“, Organ für Rennsport und Pferdegeschäft, bringt in seiner Nr. 73 eine Notiz, in der mitgeteilt wird, daß die „Sportsmen“ sich energisch der Bewegung zum Austritt aus der Landeskirche anschließen. Es heißt dort:

Ziefgehende Erregung hat die Nichtbewilligung des Totalisators während der Fastenzeit in den Berliner Sportkreisen hervorgerufen. Man kann es nicht fassen, daß eine ernste Sache verboten wird, während Vergnügungen, selbst solche fragwürdigster Art, dem Publikum ohne jede Einschränkung vorgelegt werden dürfen. Die neueste Verbeugung der Regierung vor dem Mädelium hat Folgen gezeitigt, die denjenigen, die die Regierung zu ihrem Vorgehen drängen, recht unerwartet kommen dürften. Die Sportfreise sangen an, der ewigen Drangsalierungen auf Wunsch weisfremder, aber einflußreicher Kreise müde zu werden, und wie Druck stets Gegenruck erzeugt, so ist es gekommen, daß maßgebende Sportsmen den Austritt aus der Landeskirche schon in Erwägung gezogen haben, ja daß einige, und gerade von den besten, diese Absicht schon in die Tat umgesetzt haben. Das Empfinden dieser Männer trübt sich dagegen, daß die Regierung päpstlicher sein will als der Papst, daß in dem protestantischen Preußen verboten wird, was in allen katholischen Ländern gestattet ist.

Was sind doch die Mädel für prächtige Agitatoren, sie tragen selbst in die Kreise die Empörung gegen die Staatskirche und das verminderte Preußenland, wo sonst kein Austrittsformular hingelangt. Wenn nun der Austritt aus der Landeskirche auch auf der Rembahn betrieben wird, dann muß es doch dreifach so geben. Was würde der selige Stöcker sagen, wenn er hören müßte, welche Wirkungen es hat, wenn man den heiligsten Gefühlen des — Totalisator zuneigt tritt. Es wäre zu empfehlen, beim nächsten Rennen am Totalisator eine Ausgabe für Austrittsformulare und eine Auskunftsstelle für den Kirchenaustritt zu errichten.

Die Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen von Groß-Berlin, die Zigarettenfabrikanten, Zigarettenhändler sowie sämtliche anderen Interessenten der Tabakindustrie nicht ihren Nebengewerben werden auf die am Donnerstag, den 15. April, abends 8½ Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, früher Lipp, stattfindende Protestversammlung hingewiesen, in der mit den verantwortlichen Herren vom Tabakverein Abrechnung gehalten werden soll wegen des schmachvollen Verrats, durch den Zehntausende von Tabakarbeitern und Kleinrentnerbetrieblenden um ihre Existenz gebracht werden. Das Referat hat der frühere Reichstagsabgeordnete A. von Elm-Hamburg übernommen. Das weitere siehe Inserat und Anschlag-säulen.

Die Herren vom Tabakverein sowie die Reichstagsabgeordneten Herren Dr. Weber und Kommissen sind zu dieser Versammlung öffentlich eingeladen worden.

Maße es sich daher jeder Interessierte zur Pflicht, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.

Der Selbstmord eines Berliner Armenvorstehers wird gegenwärtig lebhaft besprochen. Am Ostersonntag hat sich der Junelier Max Winter, der in dem Hause Lühnowstraße 80 ein Geschäft inne hatte, außerdem im Nebenamt Verwalter einer Annahmestelle der städtischen Sparkasse war und das Amt eines Armenkommissionsvorstehers bekleidete, vergiftet. Ueber die Gründe des Selbstmordes kursieren die verschiedensten Gerüchte. Es wird gemeldet, W. hätte sich bei der städtischen Sparkasse Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen; außerdem sei eine Schuldenlast in Höhe von 75 000 M. vorhanden. Die gerichtliche Untersuchung erst wird ergeben, was an den Mitteilungen wahres ist.

Ein gefährlicher Zusammenstoß eines Automobilomnibusses mit einem Straßenbahnzug fand Montagabend gegen 6 Uhr am Kurfürstendamm statt. Ein Straßenbahnzug der Linie 6 bog zur genannten Zeit, vom Kurfürstendamm kommend, in die Reffstrasse ein, als ein Ausflugsautomobil Nr. 1381 der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft in voller Fahrgefahrwindigkeit, von Wannsee kommend, den Kurfürstendamm entlang fuhr. Der Chauffeur des Autos war nicht mehr in der Lage, den Kraftwagen zum Stehen zu bringen und so versuchte er, kurz wendend, dem Straßenbahnzug auszuweichen. Hierbei drehte sich jedoch der Omnibus vollständig herum und stieß mit dem Berron gegen die Seitenwand des Anhängewagens des Straßenbahnzuges. Durch den Anprall wurden die Passagen des Omnibusses von ihren Sitzen geschleudert und drei Personen verletzt. Ein Fräulein Ritter erlitt eine stark blutende Wunde in dem Gesicht; zwei Herren trugen Kontusionen an den Armen und Beinen davon. Der Omnibus sowie der angefahrne Straßenbahnwagen wurden stark beschädigt, die wurden aus dem Verkehr gezogen werden.

Die nächste Briefpost nach Deutsch-Südwestafrika geht von Europa wieder am 17. April ab. Sie benutzt den an diesem Tage von Southampton in See gehenden Dampfer der Union-Castle-Linie nach Kapstadt. Von dort befördert sie ein Dampfer der Postion-Linie nach Norden. Die Post trifft so am 7. Mai in Lüderichs und am 9. in Swakopmund ein. Befördert werden ausschließlich Briefsendungen. Sie verlassen die Heimat am 16. April entweder mit der Bahnpost, die von Hannover 8.30 Uhr nachmittags nach Vortel geht, oder mit der, die abends 6.01 Uhr von Köln nach Berviers fährt.

Durch Arbeitslosigkeit in den Tod getrieben. Am ersten Osterfeiertag beging der 32-jährige Schlosser Karl Wolmann aus der Razerethstraße 42 Selbstmord, indem er sich in Abwesenheit seiner Frau an einem Kleiderspind erhängte. W. war seit längerer Zeit arbeitslos. Die Leiche wurde nach dem Schanzenhof geschafft.

Ein schrecklicher Unfall, der ein junges Menschenleben zum Opfer gefordert hat, ereignete sich Sonntagabend am Bahnhof Nord bei dem Einlaufen des S-Bahnzuges. Die fünfzehnjährige Frieda Haubenreiß, Frankfurter Allee 175, die sich mit einer Freundin in einem der Waggon befand, öffnete, bevor der Zug noch hielt, die Tür des Wagens und beugte sich hinaus. Als der Train nun hielt

gebremst wurde, erhielt das Mädchen einen Stoß, und fiel so unglücklich, daß es unter die Räder kam, die über sie weggingen. Mit stürzenden Verletzungen wurde die Verunglückte herangezogen und starb bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Neue Fernsprechanlagen. Der Fernsprechverkehr Berlins ist auf die Orte Althensb., Gertsdorf, Herbrun, Gomburg in Oberhessen, Laband, Mücke, Nieborowitz, Sponholz, Viernheim, Voerde und Welschdorf im Kreise Neichenbach in Schlesien ausgedehnt worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt je eine Mark.

Banballismus in der St. Markuskirche. In der Nacht zum ersten Osterfeiertage wurde in der St. Markuskirche, Webersir. 54/55, ein Einbruch verübt. Als der Räuber am Osterfesttag früh die Sakristei betrat, fand er die Türe der Sakristei auf dem Fußboden liegen und befestigt vor. Die Spuren der Einbrecher führten auch nach dem Altarraum. Hier hatten dieselben den Altar und die Kanzel ebenfalls beschlagnahmt und das Opferbecken beschädigt. Wie alsbald festgestellt wurde, war aber nicht das geringste gestohlen worden. Gegen Mitternacht beobachtete ein der Kirche gegenüberwohnender Wäcker zwei junge Vurschen, wie sie über das eiserne Gitter des Kirchenplatzes kletterten, legte diesem Umstand aber keine weitere Bedeutung zu. Die Vurschen sind dann durch ein Kellereisen in den Heizraum der Kirche und von dort aus durch Ausbrechen einer Zierlampe in die Sakristei vorgedrungen. Auf demselben Wege gelangten sie wieder ins Freie. Die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei hat die Verfolgung der Täter aufgenommen, ohne bisher eine Spur zu finden.

Neun Hirsorgezöglinge entführt. In der Zwangs-erziehungsanstalt zu Groß-Rammmin bei Küstrin sind neun Berliner Hirsorgezöglinge entführt. Am ersten Feiertage trafen von hier aus Verwandte der Zöglinge dort ein; sie erhielten die Erlaubnis, mit denselben zu sprechen. Hierbei ist es den Verwandten gelungen, jenen unbemerkt Hilfsmittel zur Flucht aus der Anstalt zuzuführen. Vorgestern früh vernahm die Beamten neun Zöglinge.

Nach Unterschlagung von über 5000 Mark ist der bei der Reinickendorfer-Bahn angestellte Eisenbahnassistent Friedrich W. Kischig geworden. Er war im Bureau der Gesellschaft in der Potsdamer Straße beschäftigt. An jedem Monatsersten hatte er von der Station Reinickendorf nahezu 500 M. Pensionskassenbeiträge nach Berlin mitzunehmen. Seit zehn Monaten räumte W. einer Revision der von ihm geführten Kasse unter verschiedenen Vorwänden aus dem Wege zu gehen und verwendete das unterschlagene Geld zu seinem eigenen Vorteil. Er stand seit acht Jahren im Dienste der Gesellschaft und bezog monatlich 165 M. Gehalt.

Wieder eingefunden hat sich das Kindermädchen Emma G., das, wie berichtet, den Tod eines zehn Monate alten Kindes des Kaufmanns Radmann aus der Heidestr. 51 verschuldet haben sollte. Das Mädchen war in der Angst zu den Eltern gegangen, kam aber nach Berlin zurück und wurde auf freiem Fuß belassen. Es hat auf fünf Kinder zu achten, und es ist fraglich, ob durch seine Schuld der Kleinen die Rede, unter der sie erstickte, auf das Gesicht und den Mund geraten ist.

Ueber einen Selbstmord auf der Polizeiwache wird gemeldet: Gestern hat sich der 67 Jahre alte Arbeiter Franz Arndt aus der Hohenstr. 16 auf der Polizeiwache erhängt. Arndt wurde im Bereich des 8. Reviers betrunken aufgefunden und nach der Wache in der Böhlerstraße gebracht. Hier verlangte er um 8 Uhr zu trinken. Zwei Schenkler brachten ihm Wasser. Als sie nach einer Viertelstunde wieder nachhaken, fanden sie den Arbeiter tot auf. Er hatte aus einem Rockärmel das Futter herausgerissen, dieses zusammengedreht und sich damit an dem Fenstergitter erhängt. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Der Sprung eines Lebensmüden von der Zannowbrücke tief am Abend des ersten Osterfeiertages großes Aufsehen hervor. Ein unbekannter etwa 20-jähriger Mensch, der in aufgeregtem Zustande vom nahen Bahnhof nach der Brücke gekommen war, schlang sich vor den Augen zahlreicher Passanten über das Brückengeländer hinweg und stürzte sich in die Spree hinab. Sofort wurden Rettungsversuche unternommen, die aber erfolglos waren. Die Leiche des Lebensmüden konnte noch nicht gelandet werden.

Der Verein für Kinder-Balkfischen hat in seinen 17 Anstalten während des Winter-Halbjahres vom 1. Oktober 1908 bis 31. März 1909 1422 851 Portionen Mittagessen an bedürftige schulpflichtige und nichtschulpflichtige Kinder verteilt. Darunter sind an bedürftige Kinder, die von der Auskult- und Hirsorgezöglinge Zungenbraten überwießen wurden, 89 418 Portionen Mittagessen verteilt worden, an bedürftige Kinder, die von den Säuglings-Hirsorgezöglinge überwießen wurden, 89 437 Portionen Mittagessen. An bedürftige Kinder, die von der Armenkommission, Zentrale für private Hirsorge, Kinder-Notenvereine und anderen Wohlfahrtsvereinen überwießen wurden, sind 23 343 Portionen Mittagessen verabreicht worden. Die Speisung der Kinder wird auch in den Sommermonaten fortgesetzt.

Die Stadt Berlin hat auf der letzten Gartenbau-Ausstellung im Zoo die höchste Auszeichnung für das von der städtischen Rieselfgutsverwaltung ausgestellte Obst erhalten.

Radrennen in Steglitz. An beiden Oftertagen zeigte die Steglitzer Bahn nicht den gewöhnlichen Massenbesuch; der Kampf der Fahrer gegen die Bahnhölzer ist doch nicht ohne Einfluß geblieben. Am Sonntag mähien des Regens mehrere Rennen ganz ausfallen und auch das 50 Kilometer-Rennen mit Motorfahrern (500, 400, 300, 250 M.) mußte aus diesem Grunde beim 37. Kilometer abgebrochen werden. Erster war der Breslauer Scheuermann in 27 Minuten 19 Sekunden vor dem Holländer van Red (200 Meter), Janke (320 Meter) und Böhm (3500 Meter) zurück; letzterer hatte unter den Räder seines Motors zu leiden. — Das Osterrennen für Flieger über 1000 M. (100, 75, 50, 30 M.) gewann Dr. Wegener vor Schürmann, A. Conrad und Leßaff.

Der Große Osterpreis über eine Stunde (1000, 1200, 1000, 800 M.) am Montag holte sich der Belgier Verbist mit 79,330 Kilometer vor Dr. Deme (74,210 Kilometer), Woran (71,500 Kilometer) und Widemann (68 600 Kilometer); die beiden letzteren wurden durch Motordefekte beeinträchtigt. — In den Fliegerrennen zeigte sich der Münchener Schürmann seinen Gegnern überlegen; er gewann sowohl das Hauptfahren über 1000 Meter (125, 100, 75, 50 M.) vor Dr. Wegener, Conrad und Solbon, wie das Prämienfahren über 8000 Meter (40, 30, 20, 15 M.) vor Althoff, Grothues und Schwarzlopf. Zwei der Mitglieder des Deutschen Radfahrerbundes offene Rennen vervollständigten das Programm. Im Osterpreis für Herrenfahrer über 1000 Meter (Schrenkpreis im Werte von 50, 40, 30, 20 M.) siegte der Dresdener Reumer vor Seide, Beride und Rath. Das Prämienfahren für Herrenfahrer über 8000 Meter (Schrenkpreis im Werte von 20, 15, 10 M.) gewann R. Göze vor Gottschall und Schreier.

Wie wir hören, soll in einer am Sonnabend in Leipzig abgehaltenen Versammlung der Rennbahnbesitzer der Kampf mit den Fahrern dadurch beigelegt werden, daß die Disqualifikation Waders aufgehoben ist und daß Herr Knorr, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Radrennbahnen, sein Amt niedergelegt hat.

Repton. Trotz trübem Wetter war der Besuch an beiden Tagen ein guter. Am Sonntag gab es ein Dauerrennen über 50 Kilometer (400, 250, 150 M.), das von George in 47 Min. 58 Sek. vor Wolf (4 Runden), Steffen 24 Runden und Dr. Hoffmann (40 Runden) gewonnen wurde. Hoffmann, bis zum 21. Kilometer erster, hatte dann Motorschaden und fuhr, da keine Ersatzmaschine zur Stelle war, ohne Führung weiter, bis er endlich vom 30. Kilometer aus wieder hinter seinem ausgebeßerten Motor fahren konnte; er brachte es dann noch fertig, zwei Runden aufzuholen.

Am Montag fand ein Stundenrennen (600, 400, 250, 150 M.) auf dem Programm; es wurde überlegen von dem Engländer

vorher A. Schulze, der schon an den beiden vorhergehenden Sonntag siegreich gewesen, gewonnen; er legte 60 Kilometer 208 Meter zurück mit weitem Vorsprung vor seinen Gegnern George (19 Runden) Wierwall (25 Runden) und dem Reger Wendredt (28 Runden). — Das Hauptfahren über 1500 Meter (50, 30, 20, 10 M.) wurde von Dr. Hoffmann vor Kurzmeier, Sterba und W. Müller gewonnen. 40 Fahrer in den Vorläufen. — Im Prämienfahren über 5000 Meter (20, 15, 10 M.) siegte Bernedorff vor Sterba und Göze. 40 Fahrer in einem Lauf. — Das Oster-Handicap über 1500 Meter (50, 25, 15, 10 M.) gewann Lorentz (120 Meter Vorgabe) vor Kahl (140), Glaser (150) und Waade (150). — Die Mollente endeten unplatziert. — Im Tandemrennen über 3000 Meter (80, 60, 40, 20 M.) siegten Dr. Hoffmann und W. Müller vor Gangeboort-Kurzmeier, Sterba-Hoffmann und Vogt-Kottul. Die Rennen konnten trotz des gegen Abend einsetzenden Regens beendet werden.

Auf der Spandauer Bahn mußte infolge einsetzenden Regens an beiden Oftertagen das Programm unterbrochen werden. Der gebotene Sport war trotzdem ein guter und bestand aus Fliegerrennen, an denen sich unsere besten Fahrer beteiligten, sowie aus Dauerrennen. In dem 10 und 20 Kilometerrennen zeigte sich Theile seinen Gegnern überlegen und gewann beide Läufe glatt, zumal seine Gegner Möhl und Mac Farland versagten; ersterer hatte seine Motoren nicht zur Stelle und der Amerikaner soll es vorgeben, vorläufig nicht in Deutschland zu starten. Im „Großen Osterpreis“, einem 75 Kilometerrennen kam die Sache anders. Stellbrink übernahm die Führung vor Stof, Myser und Theile. Letzterer legte bald Dampf auf und rückt zu Myser auf, passiert diesen und holt dann auch Stof, der infolge eines erst am Osterfesttag in Nürnberg erfolgten Sturzes nicht ganz im Vollbesitz seiner Kräfte ist. Einmal im Zuge, rückt Theile nun zu dem schon führenden Stellbrink heran und greift diesen an. Theile treibt dadurch Stellbrink an Stof vorbei; in Begriff, diesen ebenfalls zu passieren, fällt Theile von seiner Führung ab und bährt zwei Runden ein. Myser ist inzwischen weit zurückgefallen, holt aber schon auf, so daß er sowohl Stellbrink als auch Theile eine Runde nehmen kann. In der 45. Runde kommt Stof mit samt seinem Schrittmacher Krüger zu Fall, durch Reifenschaden an der Maschine des letzteren; doch verläßt der Doppelfahrer glimpflich. Myser erobert sich inzwischen vor dem schlecht fahrenden Theile den zweiten Platz. Da stellt sich ein erneuter Regen ein und muß das Rennen beim 57. Kilometer abgebrochen werden. Der Besuch war an beiden Tagen ein guter. Die Resultate sind: „Großer Osterpreis“. 1. Stellbrink; 2. Myser, 5320 Meter; 3. Theile, 7270 Meter. 20 Kilometer-Rennen. 1. Theile; 2. Hall, 160 Meter; 3. Möhl, 770 Meter; 4. Sämler, 10 Kilometer-Rennen. 1. Theile; 2. Myser, 60 Meter; 3. Stellbrink, 480 Meter; 4. Stof. Osterpreis für Flieger. 1. Wader, 2. Krend, 3. Rudel, 4. Peter. Tandem-Rennen. 1. Rudel-Peter, 2. Stof-Teichner, 3. Rudel-Sämler, 10 Kilometer-Rennen. 1. Stof, 2. Krend, 3. Sämler, 4. Pawle, 5 Kilometer-Rennen. 1. Stof, 2. Geng, 3. A. Müller. Am Dienstagmittag sollten die am Sonntag des Regens halber ausgefallenen Rennen ausgetragen werden.

Straßensperrung. Die Krausenstraße von der Friedrichstraße bis zur Charlottenstraße (ausschließlich der Kreuzdämme) ist behufs Abhaltung bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Kirchenkonzert. In der Marienkirche veranstaltet der Igl. Musikdirektor Bernh. Jürgens am heutigen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, ein Händelkonzert zur Feier des 150. Todestages von G. F. Händel (gestorben 14. April 1759) unter Mitwirkung von Fräulein Maria Sigmund (Sopran), Frau Elise Frau-Wevert (Alt) und Herrn Kammermusikanten G. v. Follard (Viola). Der Eintritt ist frei. Programm mit Text 10 Pf.

Die Berliner Feuerwehr erkannte sich während der beiden Osterfeiertage verhältnismäßig großer Ruhe. Nur einige Jüge hatten zu tun. Der 8. Zug wurde nach der Laufstr. 3 und 38 gerufen. Ferner nach der Oranienstr. 8 und 147, wo Beiten, Schornsteine usw. brannten, und nach der Rantensstr. 40, wo eine Waschküche unter dem Dach brennen sollte. Der 3. Zug hatte in der Schönhauser Allee 85, Lottumstr. 27, Streiliger Str. 62 und Anklamer Str. 38 Brände zu löschen. In der Streiliger Str. 62 stand das Ziviliengeheiß im linken Seitensüßel in Flammen; an den anderen Stellen brannten Wohnungen, Korridore usw. in einem Schuhwarengeschäft usw. Wegen eines Waken- und Fußbodenbrandes riefte der 14. Zug nach der Worfstr. 10a aus. Der 17. Zug hatte gestern früh um 8 Uhr in der Kommandantenstraße zu tun. Dort war vor dem Hause Nr. 44 ein Straßenbahnwagen infolge Kurzschlusses in Brand geraten. Außerdem liefen noch Alarme aus der Grünthaler Straße, Wirschstr. 33, Schulzenborfer Str. 27 und von anderen Stellen ein, wo es aber nur wenig zu tun gab.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Im Vierteljahresbericht des Statistischen Amtes wird mitgeteilt, daß die Bevölkerung im letzten Vierteljahr 1908 von 158 508 auf 163 491 gestiegen ist. Die Zunahme von 3583 ist gegenüber den Vorjahren zurückgeblieben. Zu einem gewissen Teil ist die verminderte Zunahme auf den Rückgang des Geburtenüberschusses zurückzuführen, der mit 240 bedeutend kleiner war als in den früheren Quartalen des letzten Jahrzehnts. Der Hauptgrund liegt in der Abnahme des Zugzuges, der nur 3653 gegenüber 8952—5560 in den fünf Vorjahren betrug. Insgesamt ist die Bevölkerung im Jahre 1908 um 2818 Köpfe gestiegen. Die Bevölkerung setzt sich zusammen aus 73 016 männlichen und 90 475 weiblichen Geschlechtern.

Die Zahl der Heiratsverträge war niedriger als in den Vorjahren. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 765, Sterbefälle waren 493, darunter 243 männliche und 250 weiblichen Geschlechters. Das städtische Krankenhaus nahm insgesamt 773 Personen auf, darunter waren 363 männliche und 410 weiblich. Von den Personen, die im Krankenhaus Aufnahme fanden, wohnten in Schöneberg 668, in Berlin 27, in sonstigen Gemeinden Groß-Berlins 64, in anderen Gemeinden 11. Den 773 Aufnahmen standen 767 Entlassungen gegenüber. Der Krankenbestand betrug im Durchschnitt 237 Personen.

Die Bautätigkeit war etwas stärker als in den letzten zwei Jahren desselben Quartals. Die Zahl der neuverkauften Wohnhäuser betrug 11 gegenüber 8 im Vorjahre. Die Zahl der in diesen Neubauten vorhandenen Wohnungen betrug 167. Baugenehmigungen wurden 107 erteilt gegen 87 im Vorjahre. Der Besitzwechsel vollzog sich bei 26 bebauten Grundstücken, im Vorjahre waren es 44. Der Umsatz betrug 6 Millionen Mark. Ganz bedeutend stieg der Umsatz in unbebauten Grundstücken. Hier standen 38 Grundstücke mit einer Fläche von 16,86 Hektar gegenüber 22 Grundstücken mit einer Fläche von 2,82 Hektar im Vorjahre. Diese großen Verläufe scheinen ihre Ursache in der in diesem Monat zur Einführung gelangenden Wertzuwachssteuer zu haben. Der Umsatz betrug 8,2 Millionen Mark gegenüber 2,3 im Vorjahre. Damit dürfte die Bautätigkeit stärker einlezen, als dies seit längerer Zeit geschehen.

Bei dem städtischen Arbeitsnachweis gingen von den Arbeitgebern nur 2328 Arbeitsangebote ein. Der Rückgang in der Nachfrage machte sich bei beiden Geschlechtern bemerkbar. Es gingen 785 (702, 1078, 1089 in den Vorjahren) Gesuche für männliche und 1591 (1092, 2169, 2079) Gesuche für weibliche Arbeitskräfte ein. Arbeitnehmer meldeten sich 3823. Hier ist eine Steigerung des männlichen Arbeitsangebots zu verzeichnen. Es gingen 2156 Gesuche von Männern und 1467 von Frauen ein. Der Rückgang in den Meldungen von Arbeitnehmerinnen ist in erster Linie auf die Verminderung des Angebots von Dienstboten zurückzuführen. Die Zahl der Arbeitgeber, die die gesuchten Dienstboten nicht fanden, war recht erheblich; unter den 139 am Schluß des

Vierteljahres unerledigt gebliebenen Angeboten von Arbeitgebern entfielen 123 auf weibliche Dienstboten. Unter den 385 Arbeitnehmerinnen deren Nachfrage nach Arbeitsgelegenheit nicht befriedigt wurde, befand sich nur neun weibliche Dienstboten.

Die Zahl der Mitglieder der Ortskrankenkasse betrug im Durchschnitt 21 654. Die Mitgliederzahl war absolut größer als je zuvor; die der männlichen belief sich auf 13 138, die der weiblichen circa 8518. Die Zahl der erwerbsunfähigen krank Gemalbeiten betrug 388, auch hier ist eine Steigerung eingetreten.

Die Sparkasse hatte wiederum einen Aufschwung zu verzeichnen. Die Zahl der im Umlauf befindlichen Sparbücher ist von 68 029 auf 69 605 gestiegen. Die Kollisionshöhe ist erheblich stärker in Anspruch genommen worden. Die Zahl der geliehenen Kasse belief sich auf 37 819 gegenüber 28 992 Kassen aus dem Vorjahre. Die Säuglingsfürsorge stellte unterstügt 315 Mütter, davon erhielten zwei Drittel ausschließlich bares Geld. Stillprämien wurden in 84 Fällen gewährt. Der Wert der Unterstützung betrug in 153 Fällen bis zu 5 M., in 102 Fällen 5—10 M., in 50 Fällen mehr als 10 M.

Charlottenburg.

Den Tod durch Ertrinken suchte im Charlottenburger Verbindungskanal am zweiten Osterfeiertage, nachmittags 3 Uhr, an der Königsdammbrücke in Ploßenke, eine etwa 24-jährige Frauensperson. Die Lebensmüde legte unter der Brücke Gut, Umhang und Handschuhe ab, alsdann stürzte sie sich ins Wasser. Wie man uns mitteilt, hat es an der Brücke an jeglichen Rettungsmaßnahmen gefehlt. Ausflügler sahen die Unglückliche ins Wasser springen, konnten zu ihrer Rettung aber nicht beitragen. Als Schiffer von dem Vorgefallenen Kenntnis erhielten, war es bereits zu spät. Die Leiche konnte bis 5 Uhr nachmittags noch nicht gelandet werden.

Groß-Weiterfeld.

Von einem eigenartigen Mißgeschick wurde am Osterfest der Organist der Petruskirche betroffen. Nach dem Vormittagsgottesdienst hatten die Kantenjungen in dem Glauben, daß sich niemand mehr in der Kirche aufhalte, die Türen abgeschlossen und sich entfernt. Die Knaben hatten nicht geahnt, daß sich der Organist noch an der Orgel zu schaffen machte. Als er dann die Kirche verlassen wollte, kam er vor verschlossene Türen. Vergeblich suchte er durch Klopfen Passanten aufmerksam zu machen. Nach längerer „Gefangenschaft“ glückte es ihm schließlich hoch oben durch ein Kirchenfenster die Augenwelt von seinem Mißgeschick zu verständigen.

Rummelsburg.

Zu Gerächten von einem Verbrechen gab am ersten Feiertag hier ein Todesfall Veranlassung. In dem Hause Kantstr. 12 wurde ein Mann mit äußeren Verletzungen auf der Treppe tot aufgefunden. Es liegt aber, wie die Ermittlungen ergaben, kein Verbrechen, sondern ein Unglücksfall vor.

Hermesdorf i. M.

Ein Opfer seines gefährlichen Berufes wurde der Eisenbahnarbeiter Hoffmann, der bei den Erweiterungsarbeiten an dem Schienenweg der Nordbahn beschäftigt war. Er arbeitete zwischen Hermesdorf und Stolpe und wollte bei der sog. „schwarzen Brücke“ die Gleise überschreiten, als er von einem herandrängenden Zuge erfasst und zerstückelt wurde. Der Unglückliche, ein Familienvater, war auf der Stelle tot.

Hohen-Neuendorf.

Das Opfer einer Gasvergiftung wurde am zweiten Feiertag morgens 1 1/2 Uhr der in der hiesigen Gasanstalt beschäftigte Geizler Werner. Um 8 Uhr hatte derselbe seinen Dienst angetreten, eine halbe Stunde später wurde W. bereits brennungslos aufgefunden. Sofort machten sich einige geradeüber der Gasanstalt befindliche Arbeiter aus Berlin daran, den Bewußtlosen ins Freie zu führen. Auch wurde gleich nach dem im Orte praxifizierenden Arzt Dr. Rosenthal geschickt, um ihn zu bitten, dem brennungslosen Arbeiter rasche Hilfe zu bringen. Der Arzt sagte auch zu. Doch wie uns mitgeteilt wird, soll Herr Dr. Rosenthal erst kurz nach 9 Uhr erschienen sein. Obwohl der Gemeindevorsteher, wie auch die sich des Kranken annehmenden Arbeiter wollen zu wiederholten Malen zu dem Arzt geschickt und ihm die Mitteilung gemacht haben, daß Lebensgefahr im Vergange sei. Dätte, so berichtet uns einer der Arbeiter, man gewußt, daß Herr R. erst nach so später Zeit zur Stelle war, so wäre nach dem in Wirsenerwerber wohnenden ausländischen Rassenarzt geschickt worden; derselbe wäre sicher, wenn ihn nicht bringende Pflichten abgehalten hätten, in einer halben Stunde zur Stelle gewesen. Den Währungsungen der Arbeiter gelang es, den Kranken durch entsprechende Behandlung bis zum Eintreffen des Arztes am Leben zu erhalten. Als Herr Dr. R. erschien, glaubte einer der Arbeiter ihn auf die Gefahr hinweisen zu müssen, in der der Vergiftete während der Zeit geschwebt habe. Auf diese Bemerkungen mühten die Arbeiter, wie man uns versichert, den Platz verlassen, da sonst Herr Dr. R. seine Tätigkeit habe einstellen wollen. Diefem Verlangen sind die Arbeiter im Interesse des Vergifteten denn auch nachgegeben.

Trifft das, was uns die Arbeiter auf das bestimmteste versichern, daß der Arzt erst nach zwei Stunden bei dem Totkranken erschien, zu, so ist allerdings das Verhalten des Arztes aufs schärfste zu beurteilen. Es war seine Pflicht, nachdem er zugefagt und er bringende Aufgaben während dieser Zeit nicht zu erfüllen hatte, so schnell als möglich bei dem in Lebensgefahr Schwebenden zu erscheinen.

Potsdam.

Die letzte Wahlvereinsversammlung beschäftigte sich in eingehender Weise mit der diesjährigen Kaiserfeier. Man erklärte sich mit der Resolution des Parteitagcs einverstanden, war jedoch in der Mehrheit der Ansicht, daß die Bestimmung über die Abgabe des Tagesdienstes, wozu übrigens in Potsdam kein einziges Mitglied betroffen wird, zu hoch sei. Man hätte erwartet, daß bei Festsetzung dieser Bestimmung auch für diejenigen, die mit Mühsal auf den zu erwartenden Schaden gezwungen sind, zu arbeiten, ein Extrabeitrag, event. in Form einer Matrate zu 1 M. oder 50 Pf., wenn auch nur freiwillig, festgesetzt worden wäre. Vormittags 1 1/2 Uhr wird von dem Gewerkschaftsrat eine Versammlung bei Glaser, Kaiser-Wilhelm-Straße, abgehalten werden und am Nachmittag und Abend wird der Wahlverein die Kaiserfeier in Viktoriagarten arrangieren. — Eine Beschwerde über die örtliche Zeitungspedition führte, da dieselbe Privatgeschäft des betreffenden Genossen ist, zur Einlegung einer Petition. Da die vereinbarten Bedingungen die Zustimmung beider Teile gefunden haben, wird von den Genossen erwartet, daß sie ausschließlich, auch zur Beforgung der Parteiliteratur, die Expedition des Genossen Walld, Jägerstr. 34, benutzen. — Aufgenommen wurden 8 Mitglieder.

Eine städtische Rechtsanwaltsstelle ist seit dem 1. April für Arbeiterangelegenheiten im Rathaus auf wiederholtes Anfordern des Regierungspräsidenten eingerichtet worden. Die Anstalt wird allen Personen ohne Unterschied des Alters, der Konfession und der Parteistellung mit Ausschluß der Verantwortlichkeit nur mündlich gewährt. An Schreibgebühren werden pro Schriftseite 10 Pf. erhoben.

Die Einwohnerzahl geht zurück. Gegen den 1. Januar d. J. sind am 1. April 519 Personen weniger vorhanden. Auch ein Erfolg der Stadtverwaltung nur wohlhabendere Leute nach Potsdam zu ziehen. Beim Mangel kleinerer Wohnungen wird die Arbeiterklasse immer mehr in die aufstrebenden Vororte verdrängt. Städtische Einrichtungen wie Krankenhaus, Gemeinde- und sogar höhere Schulen weisen seit einiger Zeit bei größeren Ausgaben eine verminderte Frequenz auf. Die Industrie wird ferngehalten, bestehende Industriezweige haben durch besondere Vorschriften mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen.

Vermischtes.

Grubenunglück.

Auf Jecke Deutscher Kaiser, Schacht 2 bei Hamborn ereignete sich nach einer Meldung aus Bochum in der Nacht zum Dienstag eine Explosion schlagender Wetter. 5 Bergleute wurden getötet, 4 von ihnen konnten alsbald geborgen werden, der fünfte erst nach Aufräumung eines größeren Bruches. Nach den Angaben der Zeichenverwaltung ist die Wetterführung intakt geblieben, so daß eine Betriebsstörung nicht eingetreten sei. Von anderer Seite verlautet, daß der Betrieb teilweise gestört ist. Weiter wird gemeldet, daß der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes die Berginspektion schon vor Monaten aufgefordert hat, die Wetterlampen zu kontrollieren, da etwa ein Drittel derselben defekt seien.

In den Himmel — geschossen.

Der „Leo“, das katholischste aller katholischen Blätter, erzählt eine „erbauliche“ Geschichte aus dem Leben eines Missionars. Da liest man u. a. folgende ruhende Szene:

„Im Jahre 1882 haben die Rothhäute ihn zum Tode verurteilt, an einen Baum gebunden und schon Feuer angelegt, da hat er sich noch durch eine List gerettet. 1884 haben die Nordamerikaner 284 Rothhäute gefangen genommen, die alle erschossen werden sollten. Der Oberst, ein treuer Katholik, ließ dem Missionar sagen, wenn er noch etwas für die Seelen tun könne, möge er doch kommen. Er erwirkte einen Aufschub der Hinrichtung, und als nach drei Tagen alle gemüßigt unter-

richtet waren, sollte am frühen Morgen das Urteil vollstreckt werden. Die 284 jungen Männer wurden je 10 Schritt auseinander aufgestellt, der Priester trat heran, taufte den ersten, und kaum daß er sich abgewandt, durchbohrte den Indianer die Kugel, und so ging es, bis alle 284 durch Gottes Gnade und den Selbennut dieses eifrigen Priesters in den Himmel eingingen.“ Das größte Verdienst um den Massenklub in den Himmel geführt demnach dem mordenden Obersten.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12. 4.	am 11. 4.	am 12. 4.	am 11. 4.
	cm	cm		cm
Remel, Mühl	—	—	Saale, Großh.	153
Bregel, Unterburg	100	-28	Havel, Spanbau	119
Wesel, Horn	318	—	Rathenow	130
Oder, Ratibor	296	-37	Spree, Spremberg	94
„Kreuzen	270	-23	„Weeslow	196
„Frankfurt	286	-22	„Wenden	-23
Bärte, Schein	250	-10	Rhein, Witten	47
„Landenberg	302	-9	Rhein, Witten	379
Rega, Gerdamm	130	-3	„Raub	160
Elbe, Lethmeritz	68	+5	„Rhin	170
„Dresden	-40	+10	„Rhein, Witten	68
„Dach	349	-23	Rain, Berlin	157
„Ragdeburg	214	-18	„Rhein, Witten	—

+) + bedeutet Sturz, — Fall, — Unterpegel.

Zentralverband der freien Händler, Gauleiter usw. Neben Sonnabend nach dem 15. des Monats Versammlung bei Drödel, Neue Friedrichstr. 35.

Antiklerikal Marktbericht der Antiklerikalen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft langsam, Preise unverändert, für Hammelfleisch anziehend. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise nachgebend. Geflügel: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Eier: Zufuhr gering, Geschäft ruhig, Preise beständig. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise gedrückt.

Witterungsbericht vom 13. April 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temperatur
Frankfurt	743	SW	bedeckt	4	Darmstadt	758	NO	2 wolkenl.	-11
Darmstadt	743	SW	4 Regen	5	Berlin	755	SW	1 Schneef.	-3
Berlin	744	SW	3 Regen	6	Stettin	757	SW	4 bedeckt	10
Stettin	744	SW	3 Regen	6	Magdeburg	749	SW	1 wolkenl.	5
Magdeburg	744	SW	3 Regen	6	Paris	758	SW	4 bedeckt	10
Paris	744	SW	3 Regen	6					

Wetterprognose für Mittwoch, den 14. April 1909.

Heute ist zeitweise aufklarend, jedoch aber unbeständig mit Regenschauern und kalten westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau



Sunlicht Seife

ist für Wollfabrikate unersetzlich. Gestrickte Wollsachen und Decken schrumpfen in der Wäsche nicht ein, gemusterte und farbechte Stücke verlieren nicht die Frische der Farbe, wenn sie mit Sunlicht Seife nach Vorschrift gewaschen werden. Sunlicht Seife wird vielfach nachgeahmt, aber in der Qualität niemals erreicht.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 14. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Meistersinger von Nürnberg. (Anf. 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Nora. Neues königliches Opernhaus. Geflohen.

Deutsches. Faust.
Kammerstücke. Der Graf von Gleichen. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Besch.

Schulze.
Wehen. Der Gottesknecht.

Verling. Klein. Goliath.

Berliner. Einer von unsers Leut.

Neues. Eines Engländer Heim.

Thalia. Wo wohnt sie denn?

Komische Oper. Garmen.

Reisende. Kümmer dich um

Amelie.

Lustspielhaus. Im Klubfessel.

Kleines. Moral.

Deibel. Die Räuber.

Schiller O. (Wallner - Theater.)

Die Karolinger.

Schiller Charlottenburg. Die

Welt in der man sich langweilt.

Friedrich Wilhelmstadt. Schan-

spielhaus. Othello.

Quellen. Das Mädel ohne Geld.

Tranon. Nibelungenlied.

Neues Operetten. Die Dollar-

prinzessin.

Berliner Operetten-Theater SW.

Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Bernhard Hofe. Ruch-Witz.

Waldspiel-Theater. Der Hund von

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.

Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

Abends 8 Uhr:
Bei den Schwarzhäutern.

Anfang 8 Uhr.
Neues Theater.

Unter Leitung von Fritz Rudolph.
Täglich:

Eines Engländer Heim.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Der Jockeyklub.

Donnerstag, den 14. April, Anfang 8 Uhr:
Othello.

Donnerstag: Der große Komet.

Freitag zum ersten Male: Der

Dochtermann.

Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. —

Anfang 8 Uhr.

Kümmere dich um Amelie.

Schwank in 3 Akten (4 Bildern)

von Feydeau.

Morgen u. folg. Lager: Die Vorhölle.

Donnerstag, den 14. April, 8 Uhr:

Der Floh im Ohr.

Hebbel-Theater

Königsgraben Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.

Mittwoch, den 14. April:

Die Möwe.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.

Abends 8 Uhr:

Die Dollarprinzessin.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Das Mädel ohne Geld.

Donnerstag: Totschläger von Paris.

Freitag: Maria, die Tochter des

Regiments.

Sonabend: Hachmann als Er-

gänger.

Sonntag 8 Uhr: Romeo und Julia.

Abends 8 Uhr: Mädel ohne Geld.

Montag: Straßenbahnfahrer Krause.

Darauf: Verbrechen hinterm Herd.

DERNHARD ROSE THEATER

St. Frankfurter Str. 182.

Kurt-Wirth.

Poffe mit Gefang in drei

Akten von Witten.

Anfang 8 Uhr. Hochentagspreise.

Donnerstag: Reiterantike.

Gastspiel-Theater.

Adenauer Straße 68. Täglich 8 Uhr:

Die großartige Fortsetzung von

Der Hund von Baskerville.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Die Karolinger.

Tranierpiel in 5 Akten von

Emil v. Blöndel.

Ende 10 1/2 Uhr.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Die Welt, in der man sich langweilt.

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Welt, in der man sich langweilt.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:

Donnerwetter — tadellos!

Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.

Musik von Paul Lincke. Regie

Direktor Schultz.

Perry, Holden, Bender,

Giampietro, Kettner,

Pfann, Thielcher.

Apollon

Theater

Gastspiel der drei Schwestern

Wiesenthal

und das gr. Attraktions-Programm,

u. a. Feinhand, Rechenmeister.

Der junge Papa. Operette.

Anfang 8 Uhr.

Wintergarten

!!Neues Programm!!

Salerno

Amann

8 Geishas

sowie die

sensationellen Attraktionen

des

April-Programms.

Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M.

(einschl. Program u. Garderobe)

Passage-Theater.

Die maurische Schlangentänzerin

Yaka-Ishad

Gastspiel der Garland-

Negeroperette

18 Solokräfte

und das grandiose

April-Programm.

Der größte

Variété-Erfolg

den je Berlin gehabt!

Berliner Eis-Palast

Ständige Eisbahn.

Bis 12 Uhr nachts geöffnet.

Konzert und Kunstausf.

Casino-Theater

Vollreiter Str. 37. — Täglich 8 Uhr.

Bis zum 30. April:

Ackermann.

W 1. Mal auf diesem Bühne:

In Vertretung.

Sonntag 4 Uhr: Die Planabäder.

Gebrüder

Herrnfeld-

Theater. Vorverk.

11-12 Uhr.

Zum 4. Male:

Meine-Deine

Tochter.

Familien-Idyll in 2 Akten

von A. und D. Herrnfeld

(nach Papa Noe).

Der selige Niemann.

Lastspiel in 1 Akt von

Karl Töhlheim.

Damms Volkspark-Theater

(früher Dietz)

Landesberger Allee 76/77.

Täglich:

Weishach Sächsisch. Volks-Theater

zum erstenmal in Berlin — pos-

sitiv neu — alles leicht — man

amüsiert sich leicht.

Sanssouci,

Kottbus

Strasse 8.

Direktion Wilhelm Koller.

Jeden Sonntag, Montag,

Donnerstag:

Hoffmanns

Norddeutscher Sänger

und

Frühling - Kränzchen.

Beg. Sonnt. 5, moent. 8 U.

Stets neues

hochaktuelles Programm!

Passage-Panoptikum.

Während der Osterferien,

vom 4. April bis inkl. 18. April:

Volkstage!

Jeder Erwachsene ein Kind frei!

Jedes Kind erhält ein Geschenk!

Alle Extra-Sehenswürdigkeiten

frei!

Eintritt 50 Pf.

Kinder ohne Begl., Soldaten 25 Pf.

Zirkus Schumann

Heute

Mittwoch, 14. April,

abends 7 1/2 Uhr:

Abschieds-

Vorstellung

mit

außerordentlich großem

reichhaltigem Programm.

W. Noacks Theater

Direktion: Ad. Hill. Brunnstr. 16.

Zum letzten Male:

Wie man Weiber kurt.

Poffe mit Gefang in 3 Akten.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Donnerstag: Remut und Edelstein.

Sonabend: Yelba, die russische Kaiser.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom

Bahnhof Dönh.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Das wunderbare

April-Programm.

12 Attraktionen 12

Nur Künstler allerersten Ranges.

Das Skelett im Hause.

Poffe in 1 Akt von Oskar Rein.

Vorstellung, wochentags gütig zu

halben Preisen, überall gratis.

Walhalla-

Opern-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal.

Abends 8 Uhr: Die amüsanten

April-Spezialitäten.

Im Tunnel: Frei-Konzert.

Gustav

Behrens-

Theater.

Goltzstr. 9.

Das glänzende sensationelle

April-Programm.

0 1/2 Uhr: Aufstieg des leuchtenden

Entschlafes „Häppel 11“.

Der Friseur als Don Juan.

Operette.

Anfang 6 Uhr.

Zirkus Busch.

